

Die Geschichte der deutschen Arbeiter-
bewegung von 1890 bis 1914 im Spiegel
der Historiographie der DDR

Inaugural - Dissertation
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von
Wilfried Kalk
aus Soltau

1973

Die Geschichte der deutschen Arbeiter- bewegung von 1890 bis 1914 im Spiegel der Historiographie der DDR

**Inaugural - Dissertation
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg**

**vorgelegt von
Wilfried Kalk
aus Soltau**



Tag der mündlichen Prüfung: 8. Mai 1973

Dekan: Universitätsprofessor Dr. K.J. Höltgen
Referent: Universitätsprofessor Dr. H. Lades
Korreferent: Universitätsprofessor Dr. K.-H. Ruffmann

DISPOSITION

Einleitung

I. Stand und Bedeutung der Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der DDR

1. Die Funktionen der Forschung zur deutschen Arbeiterbewegung im Rahmen der Funktionen der Geschichtswissenschaft in der DDR
2. Die Planung, Lenkung und Organisation dieses Forschungsgebietes
3. Prinzipien und Tendenzen der Forschung und Interpretation

II. Die Beurteilung des Jahres 1890 - als Zäsur in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung - durch die DDR-Historiographie und der Forschungsstand in der BRD

1. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes
2. Das Ergebnis der Reichstagswahlen, der Sturz des Reichskanzlers von Bismarck und der "Neue Kurs"
3. Die Oppositionsbewegung der "Jungen"
4. Der Parteitag der SPD in Halle, die Konstituierung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Halberstädter Kongreß

III. Die Darstellung und Bewertung der "Periode" von 1890 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts

1. Der Parteitag der SPD in Erfurt von 1891, die Annahme des Erfurter Programms und das Problem der Marxismus-Rezeption

2. Die Bedeutung der Streikkämpfe
3. Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften
4. Die Milizforderung und die Flotten- und Militärpolitik der Sozialdemokratie
5. Die Auseinandersetzung mit dem "Opportunismus" in der deutschen Arbeiterbewegung
 - a) Georg von Vollmars Reformismus, insbesondere der Staatssozialismus
 - b) Die Haltung der Partei gegenüber der Agrarfrage
 - c) Eduard Bernstein und die Entstehung des Revisionismus
6. Die Bedeutung der deutschen Sozialdemokratie in der internationalen Arbeiterbewegung

IV. Die Darstellung und Bewertung der "Periode" vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1914

1. "Der Beginn des Zeitalters des Imperialismus"
2. Die Auseinandersetzungen mit den Revisionisten, insbesondere auf dem Dresdner Parteitag von 1903
3. Der Aufstieg der Gewerkschaften
4. "Der Einfluß der Revolution von 1905 - 1907 in Rußland"
5. Die "Massenaktionen" der deutschen Arbeiterbewegung
6. Karl Kautsky und der "Zentrismus"
7. Die linke Parteiströmung, Rosa Luxemburg und der "Luxemburgismus"
8. Die Massenstreikdebatte
9. Die Kolonialkritik und der Beginn einer sozialdemokratischen Außen- und Kolonialpolitik
10. Die SPD und die internationale Arbeiterbewegung, der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart 1907
11. Die Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914

Schluß

E I N L E I T U N G

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist ein wichtiger Bestandteil der modernen Sozialgeschichte. In ihr stellt die Phase von 1890 bis 1914 insofern einen Höhepunkt dar, als in diesem Zeitraum die deutsche Sozialdemokratie als erste große Massenpartei zum Vorbild - auch in theoretischen Fragen - in der internationalen Arbeiterbewegung aufsteigt.

Die große Bedeutung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung innerhalb der Geschichtswissenschaft der DDR wird daraus ersichtlich, daß die Wissenschaftspolitik der SED diesem Forschungsgebiet den höchsten Stellenwert einräumt; die Gründe dafür kommen in den Funktionen dieses Gebietes der Geschichtswissenschaft zum Ausdruck, die in der vorliegenden Arbeit dargelegt werden. Der erhebliche Einsatz von wissenschaftlichem Personal und das energische Bemühen um publizistische Breitenwirkung fallen dabei ebenso ins Gewicht, wie die Tatsache, daß in Archiven der DDR beachtliches Material liegt, das der bundesdeutschen Forschung bis jetzt kaum zugänglich ist. Das überaus hohe Interesse der Parteiführung an diesem Thema ist u.a. darin zum Ausdruck gekommen, daß mit großem Aufwand eine achtbändige "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" ¹⁾ erstellt worden ist, die vom SED-Standpunkt aus als Standardwerk zu betrachten ist: "Diese parteioffizielle Darstellung gilt nicht nur als Krönung der SED-Historie, sondern bietet auch die für alle DDR-Historiker verbindliche Lesart der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Probleme." ²⁾ Sie wird durch weitere Arbeiten laufend ergänzt.

¹⁾ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (GdAB). Hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED. Bd. I - VIII. Berlin 1966

²⁾ Weber, Hermann: Die SED und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. In: Neue Politische Literatur 4/67. S.451

Diese Leistungen, so einseitig und parteilich im Sinne der SED sie auch immer ausgerichtet sein mögen, können um so weniger ignoriert werden, je mehr Aussicht besteht, daß in den kommenden Jahren die Beziehungen zwischen der Geschichtswissenschaft der BRD und der DDR sich möglicherweise verändern. Das Verhältnis von Politik und Wissenschaft, speziell Geschichtswissenschaft, ist in der DDR eindeutig parteilich determiniert. Ein analoges Verhältnis in der BRD kann es aus dem Selbstverständnis eines demokratischen Gemeinwesens und aus dessen Selbstverständnis von Wissenschaft, darunter auch von Geschichtswissenschaft, nicht geben. Die Pluralität von Auffassungen ist systemimmanent. Dabei kann den Vertretern auch verschiedener Auffassungen das Streben nach möglichst objektiver Erfassung geschichtlicher Realität unterstellt werden.

Wenn sich zwischen den Wissenschaftssystemen in den beiden deutschen Staaten Beziehungen ergeben, die von der anderen Seite unter die von uns schwer definierbare Einheit von Konfrontation und Kooperation gestellt werden, wird auch das Verhältnis von Pluralität auf unserer Seite und weithin geschlossener Konformität auf der anderen für die Beziehung zwischen den beiden geschichtswissenschaftlichen Bereichen relevant werden.

Zu den unter diesem Gesichtspunkt brisanten Themen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Zeitraum von 1890 bis 1974 liegen auch von Seiten der bundesdeutschen Forschung eine Reihe beachtlicher Untersuchungen vor, die gleichzeitig die Pluralität der Sichtweisen zum Ausdruck bringen. Es ist kein Zufall, daß die bundesdeutsche Forschung kein Standardwerk von gleicher Geschlossenheit wie die in der DDR erschienene "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" erstellt hat. Eine unserer neuesten Publikationen, die wichtige Habilitationsschrift von Dieter Groh "Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges", (Frankfurt/M./Berlin/Wien 1973), die nach Abschluß dieses Manuskriptes erschien, konnte nur noch bei der Analyse weniger Probleme herangezogen werden.

Die unter spezifischen geschichtsphilosophischen und wissenschaftspolitischen Konzeptionen arbeitende Geschichtswissenschaft der DDR kommt in der Bearbeitung vieler Fragen zu anderen Ergebnissen und Interpretationen als westliche Historiker, und es ist in erster Linie das Anliegen dieser Arbeit, die Divergenzen aufzuzeigen, außerdem aber auch, Konvergenzen darzulegen. Es ist sicherlich sinnvoll und nützlich, auf Kontroverspunkte rechtzeitig aufmerksam zu machen, besonders wenn es sich um ein Thema handelt, das von der anderen Seite als zentral eingeschätzt wird, von uns aus als zwar auch wichtig, aber doch als Teilbereich einer komplexen Entwicklung.

Der vorliegende Beitrag zur Geschichte der Geschichtsschreibung im geteilten Deutschland setzt sich einmal mit dem gegenwärtigen Stand der historischen Forschung der DDR über den ausgewählten Geschichtsabschnitt auseinander; dabei werden auch Kontroversen und Diskussionen innerhalb der Geschichtsschreibung der DDR über Probleme in dieser Phase der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung berücksichtigt. Zum anderen wird eine Gegenüberstellung mit der einschlägigen Fachliteratur der BRD versucht. Aus ihr lassen sich unschwer die wesentlichen inhaltlichen Unterschiede aber auch Ähnlichkeiten zwischen beiden Sehweisen entnehmen. Deshalb kann, wer sich künftig einen Überblick über die zwischen bundesdeutscher und DDR-Forschung kontroversen Themen verschaffen will, in der vorliegenden Abhandlung nützliches Material und wichtige Teilkenntnisse finden.

Zu der Forschungssituation in Bezug auf das hier behandelte Thema ist zu sagen, daß bisher kein Werk mit einer ähnlichen bzw. vergleichbaren Thematik erstellt worden ist. Hinzu kommt, daß viele Desiderata zu diesem Forschungsgebiet vorliegen, deren Erfüllung wichtige Grundlagen für die weitere Bearbeitung des vorliegenden Themas liefern würden: Die Frage z.B., ob sich der Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung durchgesetzt habe - eine zentrale Behauptung der SED-Geschichts-

schreibung -, ließe sich nur auf der Grundlage regional-geschichtlicher Organisationsanalysen beantworten. Solche liegen noch kaum vor. Untersuchungen dieser Art wären jedoch notwendig, um ein Thema, das politisch so aufgeladen ist, einer mehr nüchternen Betrachtungsweise zuzuführen. Vor diesem Hintergrund ist die Tatsache zu sehen, daß die vorliegende Arbeit generell konstatiert, daß die Beschäftigung mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung heute noch in apologetischer Absicht - und zwar auf beiden Seiten - geschieht, und noch nicht anstrebt, ein System von Kategorien zu vermitteln, mit denen die gegensätzlichen Positionen gemessen bzw. kritisch verglichen werden könnten.

Für Hinweise, Förderung und Kritik habe ich zu danken Herrn Professor Hans Lades und Herrn Dr. Eckard Förtsch vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (Erlangen), in dem ich zwei Jahre lang als Hilfsassistent arbeitete, außerdem Herrn Professor Karl-Heinz Ruffmann. Mein Dank gilt auch der Friedrich-Ebert-Stiftung, die mich durch ein Promotionsstipendium finanziell unterstützte.

I. Stand und Bedeutung der Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der DDR

1. Die Funktionen der Forschung zur deutschen Arbeiterbewegung im Rahmen der Funktionen der Geschichtswissenschaft in der DDR

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist das zentrale Forschungsgebiet der Geschichtswissenschaft der DDR: sie wird als "der wichtigste Bestandteil der Geschichte des deutschen Volkes" ¹⁾ betrachtet. Weil die SED - wie alle regierenden kommunistischen Parteien - der historischen Forschung, Lehre und Publikation besonderen Wert beimißt und außerdem selbst Walter Ulbricht, für den die Geschichtswissenschaft sozusagen sein dritter Beruf gewesen ist ²⁾, sich persönlich gern in geschichtswissenschaftliche Diskussionen und die Ausarbeitung von Konzeptionen einschaltete - er war von 1963 bis 1966 Leiter des Autorenkollektivs der achtbändigen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", des bisher wichtigsten Ergebnisses der Geschichtswissenschaft in der DDR ³⁾, kann man auf die hohe Bedeutung schließen, die die Geschichte, insbesondere die der deutschen Arbeiterbewegung, für die SED besitzt. Dabei muß man berücksichtigen, daß im Wissen-

1) GdAB. a.a.O. Bd. I. S. 10 des Vorworts

2) Ulbrichts Bekenntnis: "Die Geschichtswissenschaft ist schon lange sozusagen mein dritter Beruf", bei Berthold, Lothar: Sozusagen mein dritter Beruf. In: Neues Deutschland v. 14. 6.64; vgl. auch Engelberg, Ernst: Über Partei und Geschichtswissenschaft. Zum 70. Geburtstag von Walter Ulbricht. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG). 4/1963. S.649 ff.

3) Berthold, Lothar: Über die Arbeit an der achtbändigen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" und die Aufgaben der Geschichtswissenschaft nach dem Erscheinen des Geschichtswerkes. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen (fehlt ab 1966) Arbeiterbewegung (abgek. BZG) 2/67. S. 206

schaftsverständnis der SED die Geschichtswissenschaft wie die anderen Sozialwissenschaften von außerwissenschaftlichen Zielen her bestimmt wird, die aus einem vorgegebenen Welt- und Geschichtsbild und den sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Funktionen aller Wissenschaften abgeleitet werden.

Im Rahmen der Funktionen der Geschichtswissenschaft in der DDR ⁴⁾ trägt die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung insbesondere zur Erfüllung folgender Aufgaben bei:

- 1) Es soll vor allem der Nachweis "der Kontinuität der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" ⁵⁾ erbracht werden, um die SED als "geschichtslogisch" rechtmäßige Nachfolgerin der alten deutschen Arbeiterbewegung erscheinen zu lassen. Die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung wird als die "bestimmende Traditionslinie" angesehen ⁶⁾, und man beschäftigt sich deshalb schwerpunktmäßig mit jenen Strömungen, deren Tradition man fortzuführen glaubt - wie die der Linken in der Vorkriegssozialdemokratie.
- 2) Einen wichtigen Beitrag liefert dieses Forschungsgebiet für die Propagierung des "Proletarischen Internationalismus" - denn "die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist zugleich ein untrennbarer Bestandteil der internationalen

⁴⁾ Siehe dazu: Förtsch, Eckart: Geschichtswissenschaft. In: Produktivkraft Wissenschaft. Sozialistische Sozialwissenschaften in der DDR. Hrsg. v. Lades, Hans u. Burrichter, Clemens. Hamburg 1970. S. 95 ff.

⁵⁾ GdAB.a.a.O. Bd. I. S. 12 des Vorworts

⁶⁾ Die historischen Traditionen der DDR. In: ZfG 9/69. S. 1105 ff.

Arbeiterbewegung" 7) - und für "die Überzeugung von der Richtigkeit und Notwendigkeit der Freundschaft und allseitigen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, in der der proletarische Internationalismus seinen wichtigsten Ausdruck findet" 8).

3) Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung trägt zur "Sozialistischen Bewußtseinsbildung" bei, denn "die achtbändige 'Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' beantwortet die Hauptfrage der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die Frage, wie es der Arbeiterklasse gelang, in Deutschland die politische Macht zu erobern und den Sozialismus aufzubauen" 9) und vermittelt dadurch wesentliche Einsichten für historisches Bewußtsein, das als Komponente des "sozialistischen Bewußtseins" wichtig ist.

4) Bei der Erfüllung der politischen Kampffunktion, der "Auseinanderetzung" mit der Geschichtswissenschaft der BRD besitzt dieses Forschungsgebiet einen hervorragenden Stellenwert; denn die Aufgabe, "die Durchsetzung klarer klassenmäßiger Vorstellungen in der westdeutschen Arbeiterbewegung (zu fördern" 10) und "gefährliche" Methoden, Theorien und Ergebnisse der westdeutschen Forschung zu "entlarven", soll durch die Propagierung und Popularisierung der eigenen Forschungen gerade auf diesem Gebiet besonders wirksam gelöst werden.

7) GdAB.a.a.O. Bd. I. S. 10 des Vorworts

8) Streisand, Joachim: Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. In: ZfG 1-2/69. S. 35

9) GdAB. a.a.O. Bd. I. S. 8 des Vorworts

10) Berthold, Lothar/ Diehl, Ernst: Einige Probleme der Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung im Lichte des VII. Parteitag der SED. In: BZG 4/67. S. 577

- 5) Eine weitere Aufgabe ist der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung dadurch gestellt, daß sie der SED "Lehren" für ihre politische Strategie liefern soll. "Die Prognosefunktion wird abgeleitet aus dem marxistisch-leninistischen Geschichtsverständnis, aus dem Axiom von den "Gesetzmäßigkeiten" der Entwicklung zum Höheren und von der grundsätzlichen Auffassung her, daß gegenwärtige und künftige Probleme nur im Kontext zur ihrer Geschichte verstanden und gelöst werden können." 10 a)

10 a) Förtsch, Eckart: Geschichtswissenschaft. In: Produktivkraft Wissenschaft. Sozialistische Sozialwissenschaften in der DDR. Hrsg. v. Lades, Hans u. Burrichter, Clemens. Hamburg 1970. S. 97

2. Die Planung, Lenkung und Organisation dieses Forschungsgebietes

Bei der Entwicklung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zur Domäne der Geschichtswissenschaft in der DDR durch die Wissenschaftspolitik der SED kann man verschiedene Phasen unterscheiden. Bis zum XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, als der Prozeß der Entstalinisierung begann, wurde dieses Forschungsgebiet noch nicht intensiv und systematisch bearbeitet.¹¹⁾ Von diesem Zeitpunkt an rückte dieses Gebiet dann immer stärker in den Mittelpunkt historischer Forschung und Darstellung in der DDR.

Seit 1959 erscheint eine speziell für dieses Gebiet zuständige historische Fachzeitschrift, die "Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED herausgegeben; von 1969 an trägt sie den verkürzten Titel "Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung".¹²⁾ Der "Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung"¹³⁾, der auf der 2. Tagung des auf dem VI. Parteitag neugewählten ZK der SED im April 1963 nach einigen unbedeutenden Änderungen verabschiedet wurde, war das wichtigste For-

11) Siehe dazu Beck, Reinhart: Die Geschichte der Weimarer Republik im Spiegel der sowjetzonalen Geschichtsschreibung. Bonn/Berlin 1965. S. 81 ff.; Weber, Hermann: Die SED und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. In: Neue Politische Literatur. a.a.O. S. 449 f.; ders.: Ulbricht fälscht Geschichte. Ein Kommentar mit Dokumenten zum "Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". Köln 1964. S. 11 ff.

12) Zur Bedeutung dieser Zeitschrift siehe Vorwort des Redaktionskollegiums. In: BZG 1/59. S. 4 - 7; Auf dem Wege zu einer neuen Qualität der geschichtswissenschaftlichen Arbeit. In: BZG 3/69. S. 383 f.

13) Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. In: Einheit. Sonderheft August 62. S. 58 - 186 (Entwurf)

schungsergebnis seit 1956. Dieses Werk bildete die Grundlage für die achtbändige "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", die 1966 erschien, nachdem mit der Gründung der Sektion Geschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften 1964 die erstmalige Formulierung eines langfristigen Forschungsplans ¹⁴⁾ für die Geschichtswissenschaft verbunden war, der die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zum zentralen Forschungsschwerpunkt erhob. Dreieinhalb Jahre Arbeit, bei der zum ersten Mal die "sozialistische Gemeinschaftsarbeit" von etwa zweihundert Gesellschaftswissenschaftlern praktiziert worden war, waren bis zur Herausgabe erforderlich, und schon in der Mitte des Jahres 1967 lag es in einer Auflage von etwa einer Million Exemplaren vor. ¹⁵⁾ Es wird als neuer Ausgangspunkt und zentrales Thema für die historische Forschung des 19. und 20. Jahrhunderts angesehen und findet Lob als Ausdruck der Tatsache, daß "die Geschichte der Arbeiterbewegung, früher das Reservat der Arbeiterorganisationen und ihrer Bildungseinrichtungen, (...) in die Hochschulen und akademischen Lehranstalten Einzug gehalten" ¹⁶⁾

14) Engelberg, Ernst: Die Aufgaben der Historiker der DDR von 1964 - 1970. Pflichten und Rechte der Sektion Geschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften. In: ZfG 3/64. S. 388 ff.

15) Siehe dazu Berthold, Lothar: Über die Arbeit an der achtbändigen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" und die Aufgaben der Geschichtswissenschaft nach dem Erscheinen des Geschichtswerkes. In: BZG 2/67. S. 195 ff., der als Sekretär des Autorenkollektivs bei dieser Gelegenheit über die "sozialistische Gemeinschaftsarbeit" informiert: 20 Historiker verfaßten in vier Arbeitsgruppen die einzelnen Kapitel; mehr als 200 Historiker und andere Gesellschaftswissenschaftler stellten Materialien, Ausarbeitungen, Studien etc. zur Verfügung und beteiligten sich an der Diskussion der einzelnen Kapitel.

16) Ebenda. S. 198

habe. An der Entstehung der beiden grundlegenden Gesamtdarstellungen über die deutsche Arbeiterbewegung hatte Walter Ulbricht maßgeblichen Anteil. 17)

Seit 1964 "dominiert in allen einschlägigen Planungen die Beschäftigung mit der deutschen Arbeiterbewegung nicht nur in der Rangfolge der Forschungsschwerpunkte, sondern auch und vor allem als zentrales Thema, von dem aus historische Untersuchungen in anderen, auch Spezialdisziplinen und Spezialgebieten bestimmt werden sollen" 18). Insbesondere die biographische Forschung und Publikation wurde seitdem verstärkt. 19)

Bis 1968 war die Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED die Leiteinrichtung der Forschung und Lehre zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; der Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 22. Oktober 1968 20) wies dann dem Institut

-
- 17) Bemerkenswert ist auch: "Der Nationalpreis für Wissenschaft und Technik erster Klasse wurde in diesem Jahr nicht an einen Naturwissenschaftler verliehen. Aus der Hand des SED-Chefs erhielten fünf Historiker aus Ostberlin und Jena die mit einhunderttausend Ostmark dotierte Auszeichnung für ihren Anteil an den 'bedeutenden wissenschaftlichen Leistungen bei der Ausarbeitung der achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' (Christ u. Welt v. 2.12.66)."
- 18) Förtsch, Eckart: Geschichtswissenschaft. In: Produktivkraft Wissenschaft. a.a.O. S. 112.
- 19) Allerdings ließ die SED kurze Zeit nach der Auslieferung "die erste fundierte Darstellung, die in der DDR über führende Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung erschienen ist (Weber, Hermann in: Die Zeit v. 16.10.70)", aus dem Handel ziehen; seitdem ist die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon. Hrsg. v. IML beim ZK der SED. Berlin 1970 nicht mehr zu beziehen.
- 20) Beschluß des Politbüros des ZK der SED v. 22.10.68: "Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR". In: Volksarmee. Beilage 1/69.

für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, in dem sich auch das Zentrale Parteiarchiv befindet und das sich bei der Fertigstellung der achtbändigen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" wissenschaftsorganisatorisch bewährt hatte, die Funktion einer Leiteinrichtung auf diesem Forschungsbereich zu, der die "Koordinierung und Anleitung der entsprechenden Sektionen der Universitäten und Hochschulen, der Forschungsbereiche der Akademien sowie sonstiger Forschungseinrichtungen" ²¹⁾ obliegt. Das IML führt eine Liste aller Forschungsvorhaben, Dissertationen und Examensarbeiten zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und vergibt die Forschungsaufträge an die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den Kreis- und Bezirksleitungen der SED, in denen neben Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen Lehrer, Journalisten, Archivare, Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, Militärs und "Arbeiterveteranen" tätig sind, die die GdAB popularisieren und mit regionalgeschichtlichen Fakten der Arbeiterbewegung illustrieren, Gedenk- und Erinnerungsstätten einrichten und pflegen, Ausstellungen veranstalten, Erinnerungen von "Arbeiterveteranen" sammeln und Chroniken der Betriebe und Gemeinden führen.

Das IML hat sich infolge des Politbüro-Beschlusses vom 22. Oktober 1968 außerdem selbst zum wichtigsten Forschungszentrum zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung entwickelt: In den drei Abteilungen zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung des Instituts arbeitet nämlich tatsächlich der weitaus größte Teil der Historiker der DDR, die sich mit der Erforschung der Arbeiterbewegung beschäftigen.

21) Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR. In: Volksarmee. Beilage 1/69. S. 15

Prof. Ernst Diehl, Mitglied des ZK der SED, stellvertretender Direktor des IML und Leiter der Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, nimmt den höchsten Platz auf diesem Wissenschaftsgebiet ein - in erster Linie wegen seiner wissenschaftsorganisatorischen Erfahrung als bewährter Koordinator zwischen SED und Geschichtswissenschaft, als Sekretär der Deutschen-Historiker-Gesellschaft und als Vorsitzender des "Rates für die Geschichtswissenschaft der DDR". Prof. Lothar Berthold, der bis zum Frühjahr 1969 Direktor des IML war und als Sekretär des Autorenkollektivs der achtbändigen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" von 1966 hervorgetreten war, verlor seine Position im IML wegen der Kompetenzverlagerungen des Instituts, oder weil seine Tochter gegen die ČSSR-Besetzung protestiert hatte. Weitere bedeutende Wissenschaftler zur Arbeiterbewegung im IML sind: Prof. Heinrich Gemkow (stellvertretender Direktor des IML), Prof. Günter Hortzschansky (Abteilungsleiter), Prof. Horst Schuhmacher (Abteilungsleiter), Prof. Arnold Reisberg (Wissenschaftlicher Arbeitsleiter), Erich Kundel (stellvertretender Abteilungsleiter), Annelies Laschitzka (Sektorleiterin), Martin Hundt (stellvertretender Sektorleiter), Günter Radczun (Wissenschaftlicher Oberassistent), Manfred Teresiak, Erna Herbig, Walter Wimmer (Wissenschaftliche Mitarbeiter), Fritz Zimmermann (Chefredakteur der BZG).

Im Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED befindet sich ein Lehrstuhl zur Geschichte der Arbeiterbewegung: Der Leiter ist Prof. Walter Schmidt, sein Stellvertreter Prof. Gerhard Lozek. Außerdem arbeiten dort u. a. Helmut Meier (Leiter der Forschungsgruppe "Sozialistisches Geschichtsbewußtsein") und Hellmut Hesselbarth (Dozent). An der Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED beschäftigen sich mit der Arbeiterbewegung in führender Position Prof. Helmut Neef (stellvertretender Direktor),

Prof. Werner Horn (Leiter des Lehrstuhls zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung) und Prof. Heinz Wohlgemuth (Wissenschaftlicher Mitarbeiter).

Außer den aufgezählten namhaftesten Wissenschaftlern in den Parteiinstituten - in denen die größte Anzahl und die hervorragendsten Persönlichkeiten ihren Arbeitsplatz haben - sind noch die beiden Historiker zu nennen, die zusammen mit Prof. Ernst Diehl, Prof. Lothar Berthold und Prof. Werner Horn zum Autorenkollektiv der achtbändigen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" gehörten - neben dem Vorsitzenden des Autorenkollektivs Walter Ulbricht, den Parteiveteranen Friedrich Ebert (Mitglied des Politbüros), Fritz Globig, Bernard Koenen, Wilhelm Koenen, Albert Schreiner und den Parteiideologen Kurt Hager (Mitglied des Politbüros und Abteilungsleiter im Zentralsekretariat der SED für Kultur und Wissenschaft) und Hanna Wolf (Direktor der Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED) - nämlich Prof. Horst Bartel (Direktor des Zentralinstituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften) und Prof. Ernst Engelberg (Direktor des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften). Prof. Günter Griep ist Leiter des Lehrstuhls zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an der Gewerkschaftshochschule "Fritz Heckert" beim Bundesvorstand des FDGB. Ein abschließender Vergleich der Anzahl der Wissenschaftler in der DDR, die sich mit der Arbeiterbewegung beschäftigen, mit denen in der BRD führt zu dem Ergebnis, daß die Zahl für die DDR die der BRD um ein Vielfaches übertrifft.

3. Prinzipien und Tendenzen der Forschung und Interpretation

Die Ideologie des Marxismus-Leninismus - das System der Lehren und Leitsätze der SED und der anderen kommunistischen Parteien - besitzt im historischen Materialismus eine Geschichtsphilosophie von absoluter Gültigkeit, in deren Rahmen die allgemeinen Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft erfaßt werden sollen. Der historische Materialismus ist nach dieser Auffassung daher nicht eine politische Theorie unter anderen, sondern das zu sich selbst kommende Bewußtsein der Arbeiterklasse, das heißt die Einsicht in die "wahren, notwendigen Gesetzmäßigkeiten" ihrer Entwicklung.

Aus der Marxschen These von der Identität der objektiven Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung mit dem proletarischen Klasseninteresse wird abgeleitet, daß erst die weltanschauliche Überprüfung zeigt, ob eine wissenschaftliche Aussage dem Gesamtsystem nützt oder schadet, also den Klassenstandpunkt beachtet. In der kommunistischen Ideologie fallen folglich wissenschaftliche Objektivität und wissenschaftliche Parteilichkeit zusammen. Alle gegen den Kommunismus vorgetragenen Analysen werden deshalb nicht nur als unwissenschaftlich abgetan, sondern als schädlich für das proletarische Klasseninteresse und seine Durchsetzung angesehen.

"Nun kann wissenschaftliche Parteilichkeit, die mit Objektivität identisch sein will, im Wissenschaftsverständnis der Beteiligten und in der konkreten Forschung und Darstellung in mehreren Formen vorkommen: a) als histomatkonforme, der Geschichtstheorie methodologisch und in den Werturteilen verpflichtete Parteilichkeit, b) als konkret-politische, die Subordination unter das politische System und seine Auflagen akzeptierende Parteinarbeit und c) als verbales Bekenntnis zu den Auflagen, als den Ergebnissen nachträglich aufgesetzte politisch-ideologische Nutzenanwendung und Interpretation. 22)

Lenin - von Kommunisten als Begründer der sowjetischen Geschichtswissenschaft und geistiger Vater des Leninismus hochgeschätzt - hat in seinen Schriften, auf deren Vorbildcharakter sich marxistisch-leninistische Historiker berufen, folgende Methode entwickelt, die man auf wenige Grundgedanken reduzieren kann: Der Klassenkampf als Triebkraft der Geschichte ist das grundlegende methodologische Prinzip, und der Klassenstandpunkt ist der feststehende Maßstab für die Beurteilung aller geschichtlichen Abläufe und Phänomene. Die Geschichtlichkeit - in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft als Historismus bezeichnet - in Verbindung mit der Konkretheit, d. h. dem Anspruch auf empirische Exaktheit, bedeutet, daß jede Beurteilung, Stellungnahme, Entscheidung und politische Handlung von der in jedem Fall historisch vorhandenen Entwicklungsstufe des Klassenkampfes ausgehen muß. Auf den ersten Blick ähnlich erscheinende Situationen werden daher häufig durchaus entgegengesetzt eingeschätzt. Die auf den Klassenkampf bezogene Praxis wird als der Prüfstein für die Richtigkeit der historischen Erkenntnis angesehen. Ausgangspunkt des Denkens ist immer die in ihren historischen Bezügen aufgefaßte Gegenwart. "Es ist bezeichnend, daß der Begriff 'historisch' überwiegend in solchen Verbindungen wie 'historische Lage', 'historische Aufgabe' usw. zur Bezeichnung einer unmittelbar zu bewältigenden Situation verwendet wird. Lenins Verhältnis zur Geschichte unterscheidet sich daher grundsätzlich von den in der westlichen Historiographie hervortretenden relativistischen Strömungen. Die von F. NIETZSCHE geforderte Abkehr von einer antiquarischen, lebensfeindlichen Geschichtsschreibung, der Protest gegen eine sich selbst bespiegelnde bürgerliche Historiographie, hat ihr Gegenstück in Lenins grandioser Indienststellung der Historie zur Überwindung

22) Förtsch, Eckart: Geschichtswissenschaft. In: Produktivkraft Wissenschaft. Sozialistische Sozialwissenschaften in der DDR. Hrsg. v. Lades, Hans u. Burrichter, Clemens. Hamburg 1970. S. 120 f.

der Tradition und zur Schaffung eines revolutionären Zukunftsbewußtseins." 23)

Unter diesen theoretischen, methodologischen Voraussetzungen - die sich in höchstem Maße gerade auf die Erforschung, Einordnung und Bewertung der Arbeiterbewegung auswirken - arbeiten auch heute noch die Historiker der DDR, und die Kategorien und Thesen Lenins - oft nur beiläufige historische Bemerkungen in seinen Schriften - sind für sie authentische Richtlinien für die Gesamtinterpretation. Insbesondere Lenins Revolutions-, Partei- und Bündnistheorie und seine Imperialismustheorie, die sich von den Anschauungen führender zeitgenössischer Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie - wie Rosa Luxemburg und Karl Kautsky - stark unterscheidet, besitzen zentrale Bedeutung: In seiner Schrift "Staat und Revolution" entwickelte Lenin 1917 ausführlich seine Theorie vom revolutionären Übergang in die "Diktatur des Proletariats." Er erteilte darin der parlamentarischen Demokratie eine Absage, weil sie nur die Klassenunterdrückung durch demokratische Formen maskiere, und trat für einen "demokratischen" Staat nach dem Vorbild der Pariser Kommune von 1871 an Stelle des "bürgerlichen" Staates ein. Lenins Konzeption einer Partei der Berufsrevolutionäre - und ebenso die des Bündnisses von Arbeitern und werktätigen Bauern - war jedoch - in deutlicher Abkehr von westeuropäischen Vorbildern - auf russische Verhältnisse zugeschnitten, und die westeuropäische Idee einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit evolutionärer Funktionsbestimmung wurde durch Lenins Überlegungen, für die die spezifische Situation der russischen Sozialbewegung Ausgangspunkt war, auf das Revolutions- und Organisationsdenken einer kämpferischen Vorhut - auf den Aktivismus eines Geheimbundes am Rande der Arbeiterklasse -

23) Schulz, Wilhelm: Geschichtswissenschaft. B: Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft. In: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Hrsg. v. Kernig, C.D. Bd. II. Freiburg/Basel/Wien 1968. Sp. 932 f.

reduziert. Lenins Imperialismustheorie wandte sich in erster Linie gegen den orthodoxen Marxismus Kautskys, der revolutionsfeindlich war und den Zusammenbruch des Kapitalismus allein auf Grund der ihm innewohnenden Widersprüche erwartete, und steht in engstem Zusammenhang mit seiner aktivistischen Revolutionstheorie.

Während westliche Historiker bei der Periodisierung die Jahrzehnte von den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Vorabend des Weltkrieges als eine Phase ansehen - Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sind dabei auch berücksichtigt, nämlich als die Zeit der sozial- und wirtschaftspolitischen Korporationsbildung und die zweite Phase der deutschen Industrialisierung-, zerfällt das Wilhelminische Kaiserreich nach der Periodisierung der offiziellen Geschichtsschreibung der DDR in die zweite und dritte von insgesamt fünf Hauptperioden: die zweite reicht von der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und von der Pariser Kommune bis zum Beginn des "Imperialismus" zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die dritte vom Beginn des "Imperialismus" bis zur bolschewistischen Oktoberrevolution, als Brennpunkt und welthistorische Wende. Diese Einteilung der "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" in fünf Hauptperioden entspricht der des "Grundriß" und beweist die hohe Einschätzung, die Lenins Imperialismustheorie erfährt und die weltgeschichtliche Bedeutung, die der Zäsur von 1917 beigemessen wird, des Eintritts in die "Epoche des Sozialismus", von dem aus die Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung sowohl in die Vergangenheit als auch in die Zukunft hinein in ihren Entwicklungsphasen und ihrem Zusammenhang betrachtet wird.

Lenins bekannte These, daß die Arbeiter - bei aller Kampfbereitschaft - es in ihren eigenen Anschauungen aus eigenem Vermögen, ohne den Anstoß durch eine systematisch an sie herangetragene Theorie durch die Arbeiterpartei, nur

bis zum "Trade-Unionismus" oder "Nurgewerkschaftertum" bringen, bildet die Grundlage für die Beurteilung des Verhältnisses zwischen der Partei und den Gewerkschaften, nämlich der Geltung vom Primat der Partei.

In Anlehnung an Lenins Renegaten-These versuchen die Historiker der DDR Kautskys Entwicklungsweg als einer zentralen Persönlichkeit sowohl im Formierungsprozeß der deutschen Sozialdemokratie als auch bei ihrer Umwandlung in eine reformistische Arbeiterpartei zu beweisen. Der "Zentrismus" rückt dabei in den Mittelpunkt ihrer Forschungen, denn Kautskys Entwicklung wird als ein Modellfall für Entstehung und Wirkung des "Zentrismus" in der Arbeiterbewegung angesehen, und sie stehen vor dem Dilemma, einen plötzlichen Bruch in der theoretischen Entwicklung Kautskys begründen zu müssen; hierbei sind sie von Aussagen Lenins abhängig, der noch im Juli 1909 den "ausgeprägt revolutionären Flügel Kautskys" ²⁴⁾ in der deutschen Sozialdemokratie sah und später Kautskys Schrift "Der Weg zur Macht" von 1909 als dessen letztes und bestes Werk gegen die Opportunisten lobte ²⁵⁾.

Bei Lenins Einschätzung des Revisionismus spielten eindeutig taktische Gründe mit: Er dehnte seine Kritik am Revisionismus auch auf die große Gruppe der theoriefeindlichen Reformisten und die Praktiker des Parteiapparats aus, und die Termini Revisionismus und "Opportunismus" verwendete er bewußt synonym, obgleich sie sich keinesfalls decken. Im übrigen ist der von Lenin taktisch gebrauchte Begriff des "Opportunismus" theoretisch durchaus unergiebig.

²⁴⁾ Lenin, W.I.: Werke. Hrsg. v. IML beim ZK der KPdSU. Bd. 15. Berlin 1968. S. 432

²⁵⁾ Lenin: Werke. a.a.O. Bd. 25. S. 497

Aus den politischen Funktionen der Geschichtswissenschaft in der DDR ergeben sich außerdem bestimmte Grundsätze für die Forschung und Interpretation. Weil die SED als Erbin und Nachfolgerin der alten deutschen Arbeiterbewegung erscheinen will, wird der Begriff der Arbeiterbewegung auf die Bewegung des "revolutionären, klassenbewußten" Proletariats eingeengt, und es werden vor allem die Gruppen untersucht, deren Tradition die SED fortzuführen glaubt: wie die der Linken in der Vorkriegssozialdemokratie; - das entspricht darüber hinaus zugleich auch dem Bestreben, die Geschichte der Arbeiterbewegung linear in ihrer Entwicklung auf die russische Oktoberrevolution 1917 hin zu interpretieren und auf diese Weise die große Bedeutung des "proletarischen Internationalismus" - insbesondere der engen Verbundenheit mit der Sowjetunion - historisch zu rechtfertigen. Im übrigen wird das Credo des "proletarischen Internationalismus", die Forderung nach Erhaltung des Friedens unter den Nationen, die die auseinanderstrebenden Kräfte der verschiedenen nationalen Parteien der II. Internationale bis zum Kriegsausbruch 1914 zwar äußerlich zusammenhielt, von der Historiographie der DDR - wie überhaupt die politische Macht der II. Internationale - jedoch viel zu hoch veranschlagt.

Übermäßig große Wirkung werden von der Geschichtsschreibung der DDR Streikämpfen, Massenmeetings, Protestkundgebungen, Wahlrechtskundgebungen, Maifeiern, parlamentarischen "Lämpfen" und dem antimilitaristischen Kampf der Linken zugestanden, um dadurch "klassenmäßiges revolutionäres" historisches Bewußtsein sowohl in der DDR als auch in der westdeutschen Arbeiterbewegung zu fördern. Der demokratische Sozialismus der heutigen SPD, der sich mindestens in gleichem Maße wie der Kommunismus auf die Tradition der Arbeiterbewegung berufen kann, wird von der Geschichtsschrei-

bung der DDR pauschal mit dem Standardurteil des "Opportunismus" abgetan und ihm wird mit gewissen Grundannahmen begegnet, die man als willkürliche Hilfskonstruktionen ansehen kann, weil sie von den konkreten sozialökonomischen Bedingungen abstrahieren und außerdem die Tatsache ignorieren, daß die Arbeiterbewegung in dem Maße, in dem sie parlamentarischen Einfluß errang und gewerkschaftliche und insbesondere sozialpolitische Erfolge erzielte, wegen der Interessen ihrer Anhänger und als Beweis ihrer Glaubwürdigkeit politische Kompromisse schließen und den extremen Klassenstandpunkt verlassen mußte.

Bestimmte Grundannahmen, die nicht den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen und Wandlungen Rechnung tragen, sollen die "reale" - nicht- "opportunistische" - Entwicklung der Arbeiterbewegung untermauern: Unangefochten gilt, daß sich zu Beginn des behandelten Zeitabschnitts der Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung durchgesetzt habe. Weiterhin wird ein Gegensatz zwischen den Auffassungen und dem Verhalten der Führer und Geführten konstruiert: insbesondere zwischen reformistischen Gewerkschaftsführern und Arbeiter-schaft; für die Geschichtsschreibung der DDR gilt das Axiom, daß die Arbeiterklasse sich immer fortschrittlich, also historisch richtig verhalten habe. Vereinfachend wird die deutsche Arbeiterbewegung - stark national gefärbt - idealisiert und heroisiert: "Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist ein Heldenbuch" ²⁶⁾, "die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei sind die berufenen Erben, die Bewahrer und Fortsetzer alles Fortschrittlichen, das unser deutsches Volk in seiner jahrhundertelangen wechselvollen Geschichte hervorgebracht hat" ²⁷⁾, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sei also der "wichtigste Bestandteil der Geschichte des deutschen Volkes" ²⁸⁾.

26) GdAB. Bd. I. S. 39 des Vorworts

27) Ebenda. S. 6 des Vorworts

28) Ebenda. S. 10 des Vorworts

Diese "real vorhandene Linie" der Arbeiterklasse, die die Geschichtsschreibung der DDR sieht, steht allerdings in gewissem unübersehbarem Widerspruch zu Lenins Überzeugung, daß die Massen notwendigerweise durch die Partei geleitet werden müssen, um ihre politischen Aufgaben und ihr Endziel zu erkennen; trotzdem wird sie zum Maßstab für die Beurteilung der verschiedenen ideologischen Strömungen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung: Mit dem in theoretischer Hinsicht leeren Begriff "Opportunismus" versucht man Reformismus, Revisionismus, Praktizismus und "Zentrismus" zu erklären und wirft den "opportunistischen" Führern der Partei und der Gewerkschaften "Nurparlamentarismus" und "Organisationsfetischismus" vor, die die Erfolge der "revolutionären" Masse angeblich zunichte machten.

Unter den beiden grundlegenden Werken, die in der DDR zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erschienen sind, unterscheidet sich die "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" von 1966 stark vom "Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" von 1963, auf dessen Basis sie erarbeitet wurde. Der "Grundriß" war noch eine im Geiste Stalins angelegte Arbeit ²⁹⁾ mit zahlreichen Fälschungen, Legenden und Halbwahrheiten, durch die die "stalinistische" Historiographie bestimmt war.

Die achtbändige "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" ist weitaus sachlicher als der "Grundriß": Zahlreiche Legenden wurden fallengelassen, plumpe Fälschungen wurden berichtigt und auf die Eliminierung von Namen wurde weitgehend verzichtet. Im Anhang der Bände werden 951 Dokumente - zum Teil zum ersten Mal - veröffentlicht, die allerdings nach den Prinzipien der wissenschaftlichen Parteilichkeit ausgewählt wurden.

29) Siehe dazu Weber, Hermann: Ulbricht fälscht Geschichte. Ein Kommentar mit Dokumenten zum "Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". Köln 1964

Die Abwertung Rosa Luxemburgs durch das System des "Luxemburgismus" bis zum XX. Parteitag der KPdSU 1956, auf dem die Entstalinisierung eingeleitet wurde, war ebenfalls ein Produkt "stalinistischer" Geschichtsschreibung: Ausschlaggebend für die Entstehung dieses dogmatischen Systems war nämlich Stalins Kritik an Rosa Luxemburg, wonach sie zu den Vorläufern des "Trotzkismus" gehörte.

In direktem Bezug zu ihrem politisch-zeitgeschichtlichen Hintergrund muß man auch folgende Entwicklungen einordnen: Nach der ČSSR-Krise von 1968 trat die kritische Analyse und "Zerschlagung" des Revisionismus in der Historiographie der DDR zur Arbeiterbewegung stark in den Vordergrund. Sowohl ursprünglicher als auch moderner Revisionismus - dem sich nach dem Beginn der Entstalinisierung größere Entfaltungsmöglichkeiten boten - waren davon betroffen, denn einer der wesentlichen Orientierungspunkte auch des modernen Revisionismus ist ja die Frage des demokratischen Sozialismus.

Seit der Fertigstellung der achtbändigen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" 1966 ist auch die internationale Arbeiterbewegung mehr in den Mittelpunkt der Forschung gerückt, und seit 1969 erscheint die bedeutendste Fachzeitschrift für dieses Gebiet unter dem verkürzten Titel "Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung": Verstärkte "Auseinandersetzung" des "Sozialismus" mit dem "Imperialismus" - insbesondere für den "ideologischen Kampf" in der "Dritten Welt" - und natürlich die weitere Festigung des "proletarischen Internationalismus" sind die politischen Gründe dafür.

In sehr starkem Maße bestimmt zweifellos die politische Lage zwischen DDR und BRD die Geschichtsschreibung der DDR: So konnte man während der kurzen Phase des "Dialogs" zwischen SED und SPD - ein Redneraustausch war geplant - abgewogenere

Urteile über den "Zentrismus" konstatieren, der allerdings neben dem Revisionismus als zweite "opportunistische" Strömung der Arbeiterbewegung angesehen wird. Nach dem Scheitern des "Dialogs" und nach der Bildung der "Großen Koalition" in der Bundesrepublik äußerten sich Historiker der DDR jedoch wieder negativer darüber. Nach der Bildung der sozial-liberalen Koalition 1969 konnte man dann eine sachlichere Beurteilung von Bernsteins Gesamtkonzeption des Revisionismus feststellen - allerdings immer unter dem Aspekt, daß Bernstein sich mit seinen Anschauungen dem demokratischen Sozialismus näherte - der Grundanschauung der reformistischen "opportunistischen" heutigen Sozialdemokratie -, dessen Geltungsanspruch auch nach dem Beginn der Entspannungspolitik und nach den Ostverträgen noch 1973 scharf abgelehnt wird: "Wir sind für eine Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Aber Koexistenz unserer Ideologie mit bürgerlicher Ideologie - in all ihren Spielarten, einschließlich des Sozialdemokratismus - schließen einander ebenso aus wie Feuer und Wasser." 30)

30) Norden, Albert, Mitglied des SED-Politbüros und Abteilungsleiter im Zentralsekretariat der SED für Westpropaganda, auf dem XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei Dänemarks. In: "Neues Deutschland" v. 14. 1. 73

II. Die Beurteilung des Jahres 1890 - als Zäsur in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung - durch die DDR-Historiographie und der Forschungsstand in der BRD

1. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes

Das Jahr 1890 wird sowohl von Historikern der DDR als auch der BRD als bedeutende Zäsur in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung angesehen ¹⁾; denn die Aufhebung des Sozialistengesetzes ²⁾ in diesem Jahr war die Voraussetzung für den Aufbau legaler politischer und wirtschaftlicher Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Geschichtsschreibung der DDR behauptet, die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung und die Entwicklung der deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei zu einer revolutionären marxistischen Massenpartei seien die entscheidende Ursache für die Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes gewesen. ³⁾

Diese These ist nicht zu beweisen. Wenn auch die Zeit, als das Sozialistengesetz in Kraft war, als "heroische Periode" der deutschen Sozialdemokratie in die Parteitradition einging, und das Ende des Sozialistengesetzes in der Partei damals als das Ergebnis ausschließlich des Kampfes der Sozialdemokratie eingeschätzt

1) Vgl. dazu Ritter, Gerhard A.: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890-1900. Berlin 1959. S. 12; Wachenheim, Hedwig: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914. Köln/Opladen 1967. S. 274 f.; GdAB. Bd. I. S. 290 ff.; Hesselbarth, Hellmut: Der aufkommende Revisionismus in der Bauernfrage und Karl Kautsky. In: Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung. Studien zur sozialistischen Bewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Berlin 1970. S. 333; Seeber, Gustav: Wahlkämpfe, Parlamentsarbeit und revolutionäre Politik. In: Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung. a.a.O. S. 290 ff.

2) "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", am 21. Okt. 1878 erlassen, am 1. Okt. 1890 aufgehoben" zu einzelnen Bestimmungen des Gesetzes siehe z.B. Wachenheim, H.: a.a.O. S. 207 f.

3) GdAB. Bd. I. S. 416 f.; Ettelt, W., Hundt, M., Kundel, E.: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. I. In:

wurde, enthüllt eine rückblickende unvoreingenommene Betrachtung ein differenzierteres Bild, als damalige Zeitgenossen es wahrnahmen oder die offiziöse Geschichtsschreibung der DDR es sieht. Übereinstimmung besteht mit Berichten damaliger Zeitgenossen in der Frage der Marxismus-Rezeption; keiner der vorhandenen Berichte des letzten Jahres des Sozialistengesetzes legt Zeugnis davon ab, daß der Marxismus sich in der Partei durchgesetzt hatte.⁴⁾

Das Vordringen des Marxismus und die Auffassung der Partei von sich selbst als allen anderen Parteien und dem Staat unversöhnlich gegenüberstehende Partei wurde zwar zur Zeit der Geltung des Sozialistengesetzes verstärkt, aber die deutsche Sozialdemokratie war keine "revolutionäre" Partei geworden; entscheidend für die weitere Entwicklung der Massenpartei wurde nicht die infolge des Sozialistengesetzes zunehmende Radikalisierung sondern die während der Zeit geförderte

zu 3) BZG 2/68. S. 334; Bartel, Horst: Die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Probleme der zweiten Hauptperiode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. In: ZfG 8/66. S. 1365

4) Wenn auch die "Durchsetzung des Marxismus" nicht stattgefunden hatte, stimme ich jedoch Steinberg (Steinberg, Hans-Josef: Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem I. Weltkrieg. Hannover 1967. S. 40) zu in seiner Aussage: "Wenn in dieser Arbeit behauptet wird, daß die Jahre unter dem Sozialistengesetz als die Zeit der Marxismus-Rezeption in der deutschen Partei angesehen werden müssen, so bedeutet das nicht, daß weite Kreise in der Sozialdemokratie die Marxschen Lehren erfaßt haben, sondern nur, daß nach den Erfahrungen unter dem Sozialistengesetz einzig die Theorien von Marx und Engels der Partei für grundsätzliche Aussagen zur Verfügung standen. Das heißt weiter, daß eine naturrechtliche und idealistische Begründung des Sozialismus - was das Programm angeht - verworfen wurde zugunsten einer Begründung, die den Sozialismus auf die geschichtliche Notwendigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zurückführte."

Verstärkung der parlamentarischen Arbeit ⁵⁾: "Die wachsende Stimmenzahl, die die Partei in den Wahlkämpfen der Verfolgungszeit verzeichnen konnte, erweckte in ihr die Zuversicht, daß sie auf diesem Wege der 'Gesetzlichkeit' immer größere Kreise des Volkes für sich gewinnen und sich damit eine Voraussetzung für die Machtübernahme schaffen werde!" ⁶⁾ Der ausschlaggebende Faktor für den Fall des Sozialistengesetzes war außerdem nicht die Sozialdemokratie, wie Historiker der DDR annehmen, sondern die Spaltung der Kartellparteien in den Beratungen über den Ausweisungsparagraphen des Sozialistengesetzes im Januar 1890.

5) Siehe Ritter, G. A.: a.a.O. S. 11 f.; Miller, Susanne: Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismusstreit. Frankfurt/M. 1964. S. 182; Matthias, Erich: Kautsky und der Kautsky-anismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkriege. In: Marxismus-Studien. Zweite Folge. Tübingen 1957

6) Miller, S.: a.a.O. S. 182

2. Das Ergebnis der Reichstagswahlen, der Sturz des Reichskanzlers von Bismarck und der "Neue Kurs"

Bei den Reichstagswahlen am 20. Februar 1890 erhielt die Sozialdemokratie nahezu zweimal so viele Stimmen wie bei der Wahl im Jahr 1887. Die Zahl ihrer Reichstagsmandate stieg von 11 auf 35 - eine geringe Zahl verglichen mit den 20 % der Wählerstimmen. Die SPD war nun die größte Partei in Deutschland. Zwischen diesem Wahlergebnis für die Sozialdemokratie und dem Sturz des Reichskanzlers von Bismarck konstruiert die Geschichtsschreibung der DDR durch grobe Vereinfachung einen direkten Bezug. Sie vertritt sogar die Behauptung, "mit dem Sieg über den 'Eisernen Kanzler' und über das Sozialistengesetz hatten die deutsche Sozialdemokratie und die Arbeiterklasse in einem klug und kühn geführten zwölfjährigen Kampf der preußisch-deutschen Militärmacht mit ihren ungeheuren Machtmitteln eine ernsthafte Niederlage beigebracht" ⁷⁾. Der Einfluß der deutschen Sozialdemokratie wird also stark übertrieben, denn die Entscheidung über Bismarcks Entlassung "fiel mit Sicherheit beim Kaiser und dessen Beratern " ⁸⁾.

Der "Neue Kurs" ⁹⁾, der 1890 unter dem Nachfolger Fürst Otto von Bismarcks Graf Leo von Caprivi einsetzte, hat nach Ansicht von Historikern der DDR die Bekämpfung der Sozialdemokratie fortgesetzt, obwohl diese sich nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes in einem bestimmten Rahmen legal betätigen durfte, und die Sozialpolitik der Regierung sei nur mit der Absicht durchgeführt worden, die Arbeiterbewegung zu

7) GdAB. Bd. I. S. 416

8) Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971. S. 57

9) Siehe dazu Wachenheim, H.: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914. a.a.O. S. 281 ff.

korrumptieren und zu spalten ¹⁰⁾. Historiker der DDR halten die Sozialdemokratie nämlich für eine Klassenpartei und die Politik der Regierung für die der herrschenden Klassen, die die feindliche Klassenpartei mit ihrer Klassenjustiz bekämpfen.

Ogleich "die offizielle neue Sozialpolitik recht matt war" ¹¹⁾ und die Aktivierung der Sozialpolitik im Jahre 1890 zwar durchaus nicht den grundsätzlichen Verzicht auf ein gesetzgeberisches Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung bedeutete ¹²⁾ und "die mit ungenügenden Mitteln unternommenen und nicht tief genug ansetzenden Versuche des Staates, in eine direkte Beziehung zur Arbeiterschaft zu kommen, fehlschlügen " ¹³⁾, muß man jedoch im Gegensatz zu Historikern der DDR die Sozialreformen der Einzelstaaten und die Verhältnisse in den Kommunen in ihrer Wirkung für den Arbeiter hoch veranschlagen ¹⁴⁾.

10) GdAB. Bd. I. S. 423

11) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 323

12) Ritter, G.A.: a.a.O. S. 25. Siehe dazu auch S. 27 (Revolutionsschreck Wilhelms II.), S. 43 (Staatsstreichneigungen Wilhelms II. wegen des Anwachsens der SPD).

13) Ebenda. S. 43

14) Ebenda. S. 41

3. Die Oppositionsbewegung der "Jungen"

1890 trat auch die Oppositionsbewegung der "Jungen" hervor, Diese "junge" oder unabhängige Opposition war insbesondere in Berlin und Magdeburg verbreitet. Zu ihr gehörten u. a. Karl Wildberger, Wilhelm Werner, Albert Auerbach und Max Baetge. Die Geschichtsschreibung der DDR übernimmt die Betrachtungsweise von Friedrich Engels, die die Bewegung als "Literaten- und Studentenrevolte" ¹⁵⁾ bezeichnete, die "einen krampfhaft verzerrten 'Marxismus'" ¹⁶⁾ vertritt und sich durch "ein rücksichtsloses Hinwegsetzen über alle tatsächlichen Bedingungen des Parteikampfs" ¹⁷⁾ auszeichnet. Als Hauptangriffspunkte der "Jungen" werden von Historikern der DDR aufgezählt: die "Revolutionäre" Parlamentstaktik der Sozialdemokratie, das wichtigste Kampfmittel während der neunziger Jahre, und das organisatorische Wachstum der Partei nach dem Übergang in die Legalität.

Mit Recht wies Engels zwar die Anschauungen der "Jungen" ¹⁸⁾ als Verdrehung der Marxschen Theorie zurück; zu eng gefaßt ist hingegen seine Charakterisierung der Bewegung der "Jungen" als eine "Literaten- und Studentenrevolte". Der Historiker der DDR Seeber, der Engels' These zustimmt und mit dieser einseitigen Auffassung also den Kern des Problems nicht erkennt, greift jedoch andererseits Ritters fundierte Analyse der Situation an: "Die These G. A. Ritters, daß der eigentliche Grund der Bewegung der 'Jungen' in Ressentiments der alten Genossen gegenüber den von der Partei-

15) Engels, Friedrich: (Antwort an die Redaktion des "Sächsischen Arbeiter-Zeitung"). In: Marx, Karl, Engels, Friedrich: Werke. Hrsg. v. IML beim ZK der SED. Bd. XXII. Berlin 1963. S. 68

16) Ebenda. S. 69

17) Ebenda.

18) Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt v. 14.-21.10.1891. Berlin 1891. S. 53 ff. Das hier aufgeführte Material über "Die Anschuldigungen der Berliner Opposition" wurde vom Parteivorstand nach den Berichten des "Vorwärts" zusammengestellt und den Delegierten des Parteitags in Erfurt 1891 vorgelegt.

führung angeblich hofierten neu zur Partei gestoßenen Massen zu suchen sei, geht u. E. an der innerparteilichen Situation und den mit dem Übergang zur Legalität aufgeworfenen Fragen vorbei. " 19)

Die "Jungen", die vornehmlich in Dresden, Magdeburg und Berlin auftraten, hatten auch unter der Arbeiterschaft zunächst eine große Anhängerschaft ²⁰⁾, und Auer, Bebel und Singer traten monatelang und in großen Versammlungen auf, um die Anhänger der "Jungen" zurückzugewinnen; diese Tatsachen und der Aktivismus der "Jungen" finden in der Geschichtsschreibung der DDR keine Beachtung. Die Bewegung handelte "in dem Glauben, die bisherige radikale Politik zu vertreten, wobei ihnen entgangen war, daß die Parteiführung nach dem Sieg von 1890 endgültig auf die Linie des Parlamentarismus eingeschwenkt war und zum anderen nicht gewillt war, durch revolutionäre Aktionen die friedliche zwangsläufige Entwicklung zu gefährden" ²¹⁾. Die Parlamentstaktik war jedoch nicht "revolutionär", wie Historiker der DDR behaupten; eine Äußerung des anerkannten Parteiführers Bebel, die zwar im Widerspruch zu Meinungen steht, die er später auf Parteitagen vertrat, nicht jedoch zu seiner praktischen Reformarbeit, ist ein Beweis: Er sagte nämlich auf dem Parteitag in Halle 1890 zu den "Jungen", daß neun Zehntel der Parteiarbeit in dem Bestreben geschehen sind, "auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung" ²²⁾ die Lage der Arbeiter zu verbessern.

-
- 19) Seeber, Gustav: Die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung ihrer revolutionären Parlamentstaktik von 1867 bis 1893. Einführung in die originalgetreue Reproduktion des Buches "Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstag". Berlin 1966. S. 73. Anm. 161 nimmt Bezug auf Ritter, G.A.: a.a.O. S. 85
- 20) Steinberg, H.-J.: Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. a.a.O. S. 65 u. S. 67. Anm. 153; Ritter, G.A.: a.a.O. S.85
- 21) Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 65 u. S. 67. In Anm. 150 weist Steinberg auf die Haltung der Fraktion b.d. Beratung über d. Novelle zur Gewerbeordnung u.d. Gesetzentwurf über d. Errichtung v. Gewerbegerichten 1890/91 hin.
- 22) Protokoll des Parteitages der SPD zu Halle 1890. Berlin 1890. S. 102

4. Der Parteitag der SPD in Halle, die Konstituierung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Halberstädter Kongreß

Nach dem Ablauf des Sozialistengesetzes fand der erste legale Parteitag der SPD im Oktober 1890 in Halle statt, und im November 1890 wurde die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, das erste zentrale Leitungsgremium der Gewerkschaften, gebildet; beide Ereignisse leiten einen neuen Entwicklungsabschnitt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ein.

Auf dem Parteitag in Halle wurde ein neues Organisationsstatut der Partei angenommen; der Historiker der DDR Fricke sieht als eine Haupttendenz des Parteistatuts an: "Die Partei war auf den parlamentarischen Kampf unter den Bedingungen der 'friedlichen' Periode der Entwicklung der Arbeiterbewegung eingestellt. Hierfür reichten solche Festlegungen im Prinzip aus. Jede Äußerung des außerparlamentarischen Kampfes mußte aber zeigen wie ungenügend dieser § 1 war."²³⁾ In Paragraph 1 des Statuts war festgelegt, daß als Parteimitglied jeder angesehen wird, der "sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt" ²⁴⁾. Durch das Statut waren die Mitglieder wegen der Vereinsgesetze weder verpflichtet, die Partei regelmäßig materiell zu unterstützen, noch mußten sie in einer der Parteiorganisationen aktiv sein.

Obwohl die Vereinsgesetze durch die Organisation der Vertrauensleute und teilweise durch die Bildung sozialdemokratischer Wahlvereine umgangen und eine lockere Parteiorganisation geschaffen wurde, ist die Feststellung der

²³⁾ Fricke, Dieter: Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890-1914). Dokumente und Materialien. Leipzig 1962. S. 27 f.

²⁴⁾ Protokoll des Parteitages der SPD zu Halle 1890. Berlin 1890. S. 5

Geschichtsschreibung der DDR übertrieben, daß mit dem Statut "ein elastischer, entwicklungsfähiger, von den legalen Bedingungen ausgehender Parteiaufbau gesichert" ²⁵⁾ wurde.

Die Generalkommission der Gewerkschaften war "zunächst nur eine rein symbolische Kopforganisation ohne ernsthaften realen Macht-hintergrund" ²⁶⁾. Nur der geschickten Leitung Carl Legiens war es zu verdanken, "daß nach Überbrückung anfänglicher Schwierigkeiten allmählich die Stimme der Generalkommission ein gewisses moralisches Gewicht erhielt, das auch auf die Entwicklung der einzelnen Verbände nicht ohne Einfluß blieb." ²⁷⁾

Der Historiker der DDR Griep unterstellt der Gewerkschaftsbewegung eine ernstzunehmende politische Unreife, die sich auf dem Halberstädter Kongreß 1892 zeigte: "Davon zeugt u.a. die Tatsache, daß ein Funktionär wie Carl Legien, der weder revolutionäre Kampferfahrungen hatte noch seine Ablehnung gegenüber dem revolutionären Klassenkampf ernsthaft zu verbergen suchte, an die Spitze dieser Bewegung gelangen konnte." ²⁸⁾

Dem. Halberstädter Kongreß wird auch von Historikern der DDR eine positive Bedeutung zugestanden, denn auf diesem Kongreß war eine Gewerkschaftsvereinigung mit einer einheitlichen Leitung entstanden ²⁹⁾, und es "konstituierte sich die gesamt-

25) GdAB. Bd. I. S. 425

26) Ritter, G. A. : a.a.O. S. 107 f.

27) Ebenda. S. 108

28) Griep, Günter: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (1890-1914). Berlin 1960. S.53

29) Ebenda. Vgl. GdAB. Bd. I. S. 436; Schröder, Wolfgang: Klassenkämpfe und Gewerkschaftseinheit. Die Herausbildung und Konstituierung der gesamtnationalen deutschen Gewerkschaftsbewegung und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Berlin 1965. S. 324 f.

nationale deutsche Gewerkschaftsbewegung" 30). Obwohl die deutschen Gewerkschaften nun begannen, ständige gemeinsame Kontakte zu pflegen und regelmäßig Kongresse zu veranstalten und eine zentrale Leitung besaßen, kann die zusammenfassende Bezeichnung als die eine gesamt nationale Gewerkschaftsbewegung irreführend sein, denn die einzelnen Verbände besaßen weiterhin großen Einfluß.

Der Historiker der DDR Schröder meint, die Einstimmigkeit sei erstaunlich, "mit der Legien als Mitglied der Generalkommission gewählt wurde, und das trotz der Kritiken, die gegen die Generalkommission gerichtet wurden" 31). Er zieht den Schluß: "Die Delegierten des Kongresses anerkannten mit dieser Abstimmung die großen praktisch-organisatorischen Leistungen Legiens, und ganz besonders seine unermüdliche Tätigkeit für die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung." 32) "Um 1892 waren die Differenzen, die sich zwischen dem politisch-ideologischen Standort Legiens und dem politisch-ideologischen Inhalt der deutschen Arbeiterbewegung allmählich anbahnten, noch nicht offensichtlich." 33) Während also Griep Carl Legien noch ganz allgemein als Gewerkschaftsführer für ungeeignet hält, kommt sein Kollege Schröder 1965 zu einer abgewogeneren Beurteilung dieses hervorragenden Gewerkschaftsführers.

Schröder übt Kritik an dem Rechenschaftsbericht der Generalkommission der Gewerkschaften auf dem Halberstädter Kongreß: "Nirgends wurde die entscheidende Schwäche der Gewerkschaftsbewegung, die Unterschätzung der theoretischen Arbeit und der marxistischen Theorie, so deutlich wie in diesem Rechenschaftsbericht der Generalkommission" 34); denn es sei kein Gewerk-

30) Schröder, W.: Klassenkämpfe und Gewerkschaftseinheit. a.a.O. S. 325

31) Ebenda. S. 323

32) Ebenda. S. 324

33) Ebenda

34) Ebenda. S. 314

schaftsprogramm ausgearbeitet worden, das auch das Verhältnis zur Partei hätte festlegen müssen. "In ihrem Rechenschaftsbericht ging die Generalkommission weder auf die objektiven Bedingungen des Klassenkampfes ein, also auf den Charakter des junkerlich-bourgeoisen Gesellschaftssystems, auf die Politik des Klassenstaates und auf die Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden des Kapitals, noch auf Entwicklungsgang und Stand der Gewerkschaftsbewegung, auf Notwendigkeit und Zielrichtung der Gewerkschaften, ihre Kampfkaktionen und -taktik, ihre gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklungsprobleme. Ebenso wenig behandelte der Rechenschaftsbericht die Aufgabenstellung der Arbeiterklasse im Kampf gegen die junkerlich-bourgeoise Staats- und Gesellschaftsordnung und die spezielle Rolle der Gewerkschaftsbewegung innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung." ³⁵⁾ Wiederum vertritt Schröder eine vorgefaßte, einseitig an theoretischen Fragen orientierte Meinung und unterschätzt die unmittelbaren Probleme, die die praktische Arbeit und insbesondere die Frage nach der Form der gewerkschaftlichen Organisation aufwarfen.

³⁵⁾ Schröder, W.: a.a.O. S. 313 f.

III. Die Darstellung und Bewertung der "Periode" von 1890 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts

1. Der Parteitag der SPD in Erfurt von 1891, die Annahme des Erfurter Programms und das Problem der Marxismus-Rezeption

Den Höhepunkt des Erfurter Parteitages bildete die Annahme eines neuen Programms. Die Bedeutung von Parteiprogrammen besteht nach Meinung des Historikers der DDR Gemkow in folgendem: "Programme kennzeichnen wie Wegweiser den erreichten Standort und den geplanten Weg der revolutionären deutschen Arbeiterpartei in ihrer mehr als hundertzwanzigjährigen Geschichte. Sie sind zugleich ein unbestechlicher Richter darüber, wem die Geschichte recht gab, wer ihren Auftrag erfüllte, wer vor ihrem Urteil bestehen kann." ¹⁾ "Das Erfurter Programm dokumentierte, daß sich der Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung durchgesetzt hatte." ²⁾

Die offiziöse Geschichtsschreibung der DDR ordnet das Erfurter Programm so ein: Insbesondere an vier Punkten zeige sich deutlich die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung: Erstens wurde im Erfurter Programm die welthistorische Mission der Arbeiterklasse klar formuliert. Zweitens verstanden die Verfasser des Programms unter Sozialismus eindeutig eine Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel vergesellschaftet sind. Drittens bezeugt das Programm, daß die politische Machtergreifung die notwendige Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus sei. Viertens wurde die Partei von den Verfassern des Programms als führende Kraft der Arbeiterklasse bei der

1) Gemkow, Heinrich: Der Platz des Erfurter Programms in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. In: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde 1/67. S. 8; Siehe dazu auch: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus. Hrsg. und eingel. v. Berthold, Lothar und Diehl, Ernst. Berlin 1967. S. 5 ff. der Einleitung

2) GdAB. Bd. I. S. 432

Verwirklichung des Sozialismus aufgefaßt. 3)

Vergleicht man die Aussagen des Gothaer und des Erfurter Programms, die den internationalen Charakter der deutschen Arbeiterbewegung betreffen, so stellt man fest, daß die Partei Verpflichtungen, die sich auf die internationale Arbeiterbewegung beziehen, im Erfurter Programm nicht mehr aufgriff. ⁴⁾ Dieses Programm sagt auch nicht aus, auf welche Art und Weise die Arbeiterklasse in den Besitz der politischen Macht gelangt, die ihr ja nicht ohne weiteres zufällt. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ist die erste praktische Forderung im zweiten Teil des Programms, und es ist anzunehmen, daß die Anwendung dieses Wahlrechts also die politische Machteroberung ermöglichen sollte.

Kritik übt die offiziöse Historiographie der DDR daran, daß einige Forderungen von Friedrich Engels nicht in das Programm aufgenommen worden waren: "Die Forderung der K o n z e n t r a t i o n a l l e r p o l i t i s c h e n M a c h t i n d e n H ä n d e n d e r V o l k s v e r t r e t u n g" ⁵⁾. "Vollständige Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde durch nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Beamte. Abschaffung aller von Staatswegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden." ⁶⁾ Es ist aber hervorzuheben, daß das Programm in seiner endgültigen Fassung trotzdem Engels' Zustimmung ⁷⁾ fand.

3) Bartel, Horst: Um die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Neue Probleme und Forschungsergebnisse zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert. In: BZG 5/64. S. 869

4) Vgl. Wachenheim, H.: a.a.O. S. 329, die über die Erfurter Erklärung sogar aussagt: "Das war eine klangvolle Erklärung für Parteiversammlungen, verpflichtete aber zu nichts."

5) Engels, Friedrich: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891. In: Marx/Engels: Werke Bd. 22. a.a.O. S. 235

6) Ebenda. S. 237

7) Mayer, Gustav: Friedrich Engels. Eine Biographie. Bd. II: Engels und der Aufstieg der Arbeiterbewegung in Europa. Haag 1934. S. 486 f.

Nach dem Urteil der offiziellen Historiographie der DDR weist das Erfurter Programm vor allem auch deshalb Mängel auf, weil die Lehren der Pariser Kommune ungenügend ausgewertet wurden; insbesondere das Ziel, die "bürgerlich-demokratische Republik" zu schaffen und auf die "Diktatur des Proletariats" hinzuwirken, sind nicht erwähnt worden. Walter Ulbricht behauptet: "Die Lehren aus der Pariser Kommune wurden nur von Lenin und den Bolschewiki beherzigt. Sie waren von entscheidender Bedeutung für die Ausarbeitung des Leninismus, für die Strategie und Taktik der Bolschewiki im Kampf um die bürgerlich-demokratische Revolution, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, den Übergang zur sozialistischen Revolution und den Aufbau der Staatsmacht der Arbeiterklasse." ⁸⁾ Nach dieser Feststellung hat also erst Lenin die Lehren der Pariser Kommune propagiert und in die Tat umgesetzt.

"Die sicher berühmteste und in ihrer geschichtlichen Wirkung unübertroffene Kommune-Verteidigungsschrift" ⁹⁾, Karl Marx' "Bürgerkrieg in Frankreich", "in der ein theoretisch fundierter Mythos (...) enthalten war" ¹⁰⁾ und in der "die verwickelten Ereignisse simplifiziert und idealisiert historisch auf einen Nenner gebracht und zur weltgeschichtlich bedeutsamen Arbeiterrevolution erklärt" ¹¹⁾ wurden, war wesentliche Grundlage für Lenins revolutionäre Theorien; es ist eine Schrift, "die gewissermaßen ein Fremdkörper im Marx - Engels'schen Denksystem blieb" ¹²⁾. Grützner definiert Lenins revolutionäre Theorie folgendermaßen: "L e n i n hatte unter dem Motto,

8) Ulbricht, Walter: Referat zum "Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". In: Einheit Sonderheft August 62. S. 18; das Referat wurde auf der 16. Tagung des ZK der SED gehalten.

9) Grützner, Günter: Die Pariser Kommune. Macht und Karriere einer politischen Legende. Die Auswirkungen auf das politische Denken in Deutschland. Köln/Opladen 1963. S. 249

10) Ebenda

11) Ebenda

12) Ebenda. S. 270

die 'wahren M a r x s c h e n Lehren vom Staat' wiederherzustellen, mit speziell ausgewählten Bruchstücken M a r x - E n g e l s s c h e n Gedankengutes eine eigene neue Theorie aufgebaut, in der den Erfahrungen der Kommune und der 'Analyse von M a r x' eine grundlegende Bedeutung zukam. Er propagierte für die proletarische Revolution - getreu der M a r x s c h e n Ergänzung des Kommunistischen Manifests und der in einem Brief an K u g e l m a n n dazu gegebenen Erklärung - das Zerschlagen der Staatsmaschine und deren Ersetzung durch eine politische Organisationsform nach dem von M a r x skizzierten Modell der Pariser Kommune." ¹³⁾ "Mit seiner Propagierung der starren Kommune-Schablone griff L e n i n (...) eindeutig auf den als überwunden geglaubten Blanquismus zurück, den er auf diese Weise aus dem 19. ins 20. Jahrhundert hinüberrettete." ¹⁴⁾

Die Geschichtsschreibung der DDR bestreitet die These, die von Historikern der BRD vertreten wird, daß der theoretische Teil des Erfurter Programms "zur Zeit der Annahme des Programms nur geistiger Besitz einer kleinen intellektuellen Elite war, (...)" ¹⁵⁾; sie behauptet, die Programmdiskussion der Mitglieder beweise die Aufnahmebereitschaft gegenüber den theoretischen Fragen der Arbeiterbewegung, die im ersten Teil des Programms niedergelegt waren ¹⁶⁾. Susanne Miller räumt zwar ein, daß in der Mitgliedschaft eine große Bereitschaft vorhanden war, der Initiative für eine marxistische Revision des Programms zu folgen ¹⁷⁾, eine fruchtbare

¹³⁾ Grützner, G.: Die Pariser Kommune. a.a.O. S. 258; Lenin legte seine revolutionäre Theorie und die Lehren aus der Pariser Kommune insbesondere in seiner theoretischen Hauptschrift "Staat und Revolution" dar.

¹⁴⁾ Ebenda. S. 270

¹⁵⁾ Matthias, Erich: Kautsky und der Kautskyanismus. a.a.O. S. 160; siehe auch Ritter, G.A.: a.a.O. S. 94 f.

¹⁶⁾ Schröder, Wolfgang/Seeber, Gustav: Zur Vorbereitung des Erfurter Programms. In: ZfG 7/66. S. 1122

¹⁷⁾ Miller, Susanne: Das Problem der Freiheit im Sozialismus. a.a.O. S. 202

Diskussion um den theoretischen ersten Teil gab es unter den Mitgliedern jedoch nicht. Diesen Eindruck kann man auch aus der Tatsache gewinnen, daß der Parteitag auf eine Programmdiskussion verzichtete und das Ergebnis der meisten Einsendungen an den "Vorwärts", die die Diskussionen der Parteiversammlungen zusammenfaßten, fast regelmäßig lautete: "im großen und ganzen einverstanden" 18).

Die These der Historiker der DDR Schröder und Seeber, daß der erste, grundsätzliche Teil des Erfurter Programms und der zweite Teil in engem inneren Zusammenhang stehen 19), wird von Matthias angegriffen: "Der auf einen Entwurf Lautskys zurückgehende erste theoretische Teil des Erfurter Programms, der die Bewegungsgesetze des Kapitalismus in marxistischer Begriffssprache formuliert, und der praktische zweite Teil, der die demokratischen und sozialreformerischen Forderungen enthält, die die Sozialdemokratie seit ihrer Gründung vertrat, stehen ohne innere Beziehung nebeneinander." 20) Dieser Dualismus des Erfurter Programms muß der Theorie, die ihm zugrunde liegt, zur Last gelegt werden, denn "das Verhältnis zwischen geschichtsphilosophischem Determinismus und ethischem Voluntarismus wurde in der Theorie von Marx und Engels nicht klargestellt" 21).

18) Miller, S.: a.a.O. S. 203

19) Schröder, W./ Seeber, G.: Zur Vorbereitung des Erfurter Programms. In: ZfG 7/66. S. 1124

20) Matthias, E.: a.a.O. S. 159 f.; Miller, S.: a.a.O. S. 217 stimmt Matthias zu.

21) Miller, S.: a.a.O. S. 217 f.

2. Die Bedeutung der Streikkämpfe

Starke Beachtung finden die Streikkämpfe der deutschen Arbeiterbewegung in der Geschichtsschreibung der DDR, vor allem der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet 1889 und der Streik der Hamburger Hafenarbeiter 1896/97. Der Bergarbeiterstreik war mit 150 000 Streikenden der größte Streik der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert. Etwas höhere Löhne, eine allmählich auf neun Stunden herabgesetzte Arbeitszeit und geringe Verbesserungen der übrigen Arbeitsbedingungen waren die Erfolge des Bergarbeiterstreiks; der Hafenarbeiterstreik brachte keine Besserung der Lage der Arbeiter, und viele Arbeiter wurden von ihrem früheren Arbeitgeber nicht wieder eingestellt. Trotzdem stimmt die Geschichtsschreibung der DDR Franz Mehring zu ²²⁾, der die These vertrat, "daß der Hamburger Streik allein ungleich wichtiger war als sämtliche Debatten, die seit Jahr und Tag im Reichstage geführt worden sind" ²³⁾.

Gerhard A. Ritter nimmt Bezug auf den Streik der Buchdrucker 1892, den 10 000 Buchdrucker zehn Wochen lang durchführten und der die größte leistungsfähigste Gewerkschaftsorganisation die hohe Summe von zweieinhalb Millionen Mark kostete, und meint, daß der Zusammenbruch dieses Streiks den Beweis zu erbringen schien, "daß angesichts der ständigen Steigerung der Widerstandskraft des Unternehmertums die Arbeiter nur noch von der Tätigkeit der Partei im Reichstag eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse erwarten durften" ²⁴⁾.

Diese beiden Auffassungen stehen sich also diametral gegenüber. Die Folgen der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung mit der wachsenden Verstärkung der parlamentarischen Arbeit

22) GdAB. Bd. II. S. 468

23) Mehring, Franz: Nach dem Hamburger Ausstände. In: Franz Mehring: Gesammelte Schriften. Bd. XIV. Berlin 1964 S. 163.

24) Ritter, G. A.: a.a.O. S. 123

und der Sozialpolitik gibt Ritter recht: Wenn auch viele Streiks keine sofortige Besserung der Lage der Arbeiter bewirkten, war die Zahl der Streiks und Aussperrungen "bis zum Ersten Weltkrieg noch sehr hoch und beinahe ständig steigend, aber es wuchs auch die Zahl der für die Arbeiter erfolgreichen Lohnbewegungen ohne Streiks" ²⁵⁾.

Insbesondere nach 1895 schlossen sich immer mehr Arbeiter den gewerkschaftlichen Organisationen an, "die nicht nur in den Arbeitskonflikten einen gewissen Rückhalt bieten und allgemein für die Behauptung des Streikrechts manifestieren konnten, sondern allmählich auch durch den Abschluß von Tarifverträgen, ferner durch den Arbeitsnachweis, durch den Aufbau einer gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung sowie durch den Rechtsdienst ihrer Arbeitersekretariate ein umfangreiches und höchst fruchtbares Sozialwerk errichteten. Damit blieb aber die gewerkschaftliche Tätigkeit je länger je weniger eine bloße Äußerung des Klassenkampfes, sondern wurde ein wirksames Mittel zur Eingliederung der Arbeiterschaft in die Gegenwartsordnung." ²⁶⁾

Die Ignorierung der Erfolge, die durch parlamentarische Tätigkeit für die Arbeiter erzielt wurden, durch die offiziöse Historiographie der DDR steht im Widerspruch zur wachsenden Zahl der Gewerkschaftsführer innerhalb der Reichstagsfraktion der SPD und ihrer Mitarbeit beim Ausbau der Sozialgesetzgebung oder ihrem Kampf gegen eine wirtschaftspolitische Gesetzgebung, die sich für die Lebenshaltung der Arbeiter ungünstig auswirkte. 1912 bestand die Reichstagsfraktion fast zu einem Drittel aus Gewerkschaftlern. Die Entwicklung seit den neunziger Jahren: 1893 11,6 %, 1898 21,4 %, 1903 23,5 %, 1907 29,5 %, 1912 32,7 %. ²⁷⁾

25) Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick. München 1970. S. 102 f.

26) Gilg, Peter: Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wilhelminischen Deutschland. Eine ideengeschichtliche Studie zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Wiesbaden 1965. S. 144

27) Varain, Heinz Josef: Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890 - 1920). Düsseldorf 1956. S. 45

3. Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften

"Den Kern des Streites um das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften bildete die Frage, ob die Gewerkschaften eine sozialistische, revolutionäre Klassenpolitik oder eine trade-unionistische Reformpolitik betreiben sollten" ²⁸⁾ Unter dieser Perspektive untersucht die Geschichtsschreibung der DDR die Auseinandersetzungen zwischen Partei- und Gewerkschaftsführern.

Stark kritisiert wird die Haltung der Generalkommission von Historikern der DDR; insbesondere Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission, wird angegriffen. Schröder sieht einen Widerspruch zwischen der Arbeit der Generalkommission, "die in dieser Phase des Klassenkampfes der Vorbereitung der künftigen entscheidenden Kämpfe dienen mußte und auch objektiv diente" ²⁹⁾, und ihrer politisch-ideologischen Konzeption: Er geht von einer vereinfachenden Voraussetzung aus, für die er den Beweis nicht bringt, nämlich daß die Generalkommission, "ebenso wie die deutsche Gewerkschaftsbewegung, insgesamt auf den von der revolutionären Sozialdemokratie repräsentierten sozialistischen Positionen fußte" ³⁰⁾; die Generalkommission arbeitete "zu Beginn der neunziger Jahre die besonderen Aufgaben der Gewerkschaftsarbeit nicht unter dem weiten Aspekt des revolutionären Kampfes um den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats aus, sondern unter dem Gesichtswinkel der Aufgaben, die die Gewerkschaften in der relativ 'friedlichen' Phase des Klassenkampfes lösen mußten" ³¹⁾. Schröder kommt zu dem Ergebnis, daß die führenden Gewerkschaftsfunktionäre "mit ihrer Orientierung auf die Gegenwartsarbeit und den

28) GdAB. Bd. I. S. 437

29) Schröder, Wolfgang: Klassenkämpfe und Gewerkschaftseinheit. Die Herausbildung und Konstituierung der gesamt-nationalen deutschen Gewerkschaftsbewegung und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Berlin 1965. S. 263

30) Ebenda. Siehe auch die "politisch-ideologische Position der Gewerkschaften" auf S. 262.

31) Ebenda

ökonomischen Kampf (...) erst allmählich, aber dann immer stärker die grundsätzlichen Klasseninteressen des Proletariats aus den Augen (verloren) und nicht den revolutionären Kampf der Partei, sondern die diesem Kampf zersetzenden opportunistischen Elemente (stärkten)" 32).

Die Ursache für diese Haltung der Generalkommission sei die Beibehaltung der Ideologie des "Trade-Unionismus", der zwar als Durchgangsstufe im Prozeß der Herausbildung des "sozialistischen Klassenbewußtseins" zum Marxismus hinführe, "wird aber diese Durchgangsstufe konserviert, so kann der Trade-Unionismus - wie dies beim 'Alten' Trade-Unionismus in England der Fall war - die Funktion eines Bollwerks gegen das Eindringen des wissenschaftlichen Sozialismus in die Arbeiterbewegung haben und wirkt somit probürgerlich bzw. als bürgerliche Ideologie in der Arbeiterbewegung" 33).

Auf dem Parteitag der SPD in Köln im Jahre 1893 erreichte die Auseinandersetzung zwischen Partei- und Gewerkschaftsführern ihren Höhepunkt. Carl Legien war der Hauptreferent zum Tagesordnungspunkt "Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen". Die Geschichtsschreibung der DDR vertritt die These, daß Legien und auch die anderen führenden Gewerkschaftsvertreter "für eine im wesentlichen ökonomische Orientierung der Gewerkschaftsbewegung" 34) eintraten; "die Partei sollte sich der Generalkommission faktisch unterordnen" 35). Gegenüber dieser Behauptung kann der Beweis erbracht werden, daß Legien zwar Partei und Gewerkschaften für fast gleich

32) Schröder, W.: Klassenkämpfe und Gewerkschaftseinheit. a.a.O. S. 264 f.

33) Ebenda. S. 271

34) GdAB. Bd. I. S. 437

35) Ebenda. Vgl. Griep, Günter: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (1890-1914). Berlin 1960. S. 55

wichtig hielt und den Gewerkschaften in der Erziehung ihrer Mitglieder sogar den Vorrang gab, aber er beurteilte die Bedeutung der Gewerkschaften immer im Hinblick auf die größeren Aufgaben der Partei ³⁶⁾.

Bebel führte auf dem Parteitag als Ursache für künftige Einschränkungen der Betätigungsmöglichkeiten der Gewerkschaften die staatliche Tätigkeit auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes und der Sozialpolitik an ³⁷⁾; er verkannte also den tatsächlichen Entwicklungsverlauf. Der Historiker der DDR Griep erkennt diese Äußerung bemerkenswerterweise als "zeitweiligen Irrtum Bebels" ³⁸⁾ an und vertritt die Meinung, daß die "Opportunisten" sich diese Ansicht zunutze machten und die Bedeutung der Gewerkschaften gegenüber der Partei überschätzten ³⁹⁾, ohne allerdings ein Beispiel zu nennen.

Nachdem die von den Gewerkschaftsführern befürwortete Resolution, die jedes Parteimitglied zum Eintritt in die Gewerkschaften verpflichten sollte, mit 169 gegen 29 Stimmen abgelehnt worden war, nahm der Kölner Parteitag eine Resolution an, die den Parteigenossen von neuem die Pflicht auferlegte, "unermüdlich für die Erkenntnis der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken und mit aller Kraft für deren Stärkung einzutreten" ⁴⁰⁾. Kritik übt die Historiographie der DDR daran, daß die Resolution lediglich die

³⁶⁾ Vgl. Ritter, G.A.: a.a.O. S. 126 f., der Legiens entscheidende Beurteilungskriterien für die Bedeutung der Gewerkschaften aufzählt: "Vorschule für die politische Bewegung", "Erziehungsanstalt" der Partei, "Palliativmittel" innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und "bestes Agitationsmittel für die politische Bewegung" (Protokoll des Parteitages der SPD zu Köln 1893. Berlin 1893. S. 183 f.).

³⁷⁾ Siehe Protokoll des Parteitages der SPD zu Köln 1893. S. 201

³⁸⁾ Griep, G.: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung (...). a.a.O. S. 55

³⁹⁾ Ebenda

⁴⁰⁾ Protokoll des Parteitages der SPD zu Köln 1893. S. 180 f. (im Original gesperrt)

"Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zur Führung der wirtschaftlichen Kämpfe" ⁴¹⁾ bekundete ⁴²⁾, und man darauf verzichtete, "feste Grundsätze aufzustellen, die der Partei den bestimmenden Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung sichern mußten" ⁴³⁾.

Die Geschichtsschreibung der DDR hält das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften für ein Schlüsselproblem in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Sie geht von der These aus, daß die Partei den Primat vor den Gewerkschaften hat, und verdammt die allmähliche Loslösung der Gewerkschaften von der Bevormundung der Partei, die nach den Diskussionen auf dem Parteitag in Köln einsetzte, als "Opportunismus". Ritter führt Gründe für das Verhalten der Gewerkschaften an: "das desinteressierte Verhalten der Sozialdemokratie" ⁴⁴⁾ gegenüber den Gewerkschaften; die Tatsache, daß "nicht die Gewerkschaften auf die Hebammendienste der Partei angewiesen (waren), sondern gerade die Partei (...) nur dort Fuß fassen (konnte), wo die Gewerkschaftsbewegung den Boden vorbereitet hatte" ⁴⁵⁾; der Umstand, daß die Diskussion, die sich an die Frage der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften anschloß, von den führenden Gewerkschaftsführern für überflüssig gehalten wird, "in der Furcht vor einer Infizierung

⁴¹⁾ Protokoll des Parteitages der SPD zu Köln 1893. S. 180

⁴²⁾ Siehe GdAB. Bd. I. S. 437

⁴³⁾ Ebenda. S. 438

⁴⁴⁾ Ritter, G.A.: a.a.O. S. 127. Siehe auch S. 154, wo Ritter betont, daß das "Desinteresse der Partei" auch "durch die Annahme einer Resolution für den gesetzlichen Arbeiterschutz und einer Erklärung für den gesetzlichen Achtuhr-Ladenschluß auf dem Gothaer Parteitag 1896 nicht zu verdecken war".

⁴⁵⁾ Ebenda. S. 172. Ritter stellt als Beweis in Anm. 132 Zahlenangaben von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern (aus Leipzig und Stuttgart) gegenüber.

der Gewerkschaften durch die Keime der Zwietracht in der sozialdemokratischen Partei" ⁴⁶⁾ und der Angst vor einer Gefährdung der Streikaktionen und der sozialpolitischen Tätigkeit der Gewerkschaften.

Schröder erkennt diese Motive der Gewerkschaften nicht an und wirft insbesondere der Generalkommission den Verzicht auf theoretische Arbeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung vor ⁴⁷⁾ und unterstellt ihr die Haltung des "Nurgewerkschaftertums." Positiv bewertet werden von der Geschichtsschreibung der DDR die Opferfreudigkeit, die zähe Kleinarbeit, der revolutionäre Elan der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und der Gewerkschaftsfunktionäre und das starke Wachstum der Gewerkschaften ⁴⁸⁾.

46) Ritter, G. A. : a.a.O. S. 174

47) Schröder, W.: Klassenkämpfe und Gewerkschaftseinheit.
a.a.O. S. 263

48) GdAB. Bd. I. S. 438

4. Die Milizforderung und die Flotten- und Militärpolitik der Sozialdemokratie

Bereits im Erfurter Programm wurde die Volkswehr anstelle des stehenden Heeres gefordert. August Bebel und Friedrich Engels waren die Hauptvertreter der Milizforderung in der deutschen Sozialdemokratie. Das Programm des "Volkswehrsystems" ⁴⁹⁾, das in seiner Grundkonzeption bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges das militärische Standardprogramm der deutschen Sozialdemokratie blieb, "ist der Ausdruck des Wehrwillens der Arbeiterschaft, die in den monarchischen Staat nicht eingegliedert ist, das bestehende Heer als Kernstück dieses Staates ablehnt und Formen sucht, die in einem künftigen Staat den Wehrdienst für den Arbeiter anziehend machen könnten" ⁵⁰⁾.

Übereinstimmend werden von Historikern der DDR und BRD folgende Vorzüge des Militärprogramms der SPD anerkannt: Die Volkswehr sollte nicht wie das stehende Heer ein Sondergebilde in der Gesellschaft sein, sondern die gleichen Grundsätze wie im bürgerlichen Leben sollten in ihr Geltung besitzen: "Dem Dualismus von Soldat und Bürger, der für die Armee des stehenden Heeres im monarchischen Staat kennzeichnend war, tritt die Konzeption vom 'Staatsbürger in Waffen' gegenüber." ⁵¹⁾ Die Forderung nach Konzentration auf das für die Kriegführung Wesentliche in Ausbildung und Ausrüstung der Armee, wie Beschränkung der Ausbildung auf den Felddienst, Verkürzung der aktiven Dienstzeit, Wegfall von Paraden und Zieruniformen, zollt der Situation des Industriearbeiters Rechnung, der gewöhnt war, nach dem ökonomischen Grundprinzip einen bestimmten Nutzen mit dem gering-

49) Siehe dazu Höhn, Reinhard: Sozialismus und Heer. Bd. II. Die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Moltkeschem Heer (1871 - 1878). Bad Homburg v.d.H./Berlin/Zürich 1959 - 1969. S. 377 ff. Höhn umreißt in 26 Punkten das militärische Standardprogramm.

50) Höhn, R.: a.a.O. S. 383

51) Ebenda. S. 384

sten Aufwand zu erzielen, und der sich infolgedessen am Ausbildungsbetrieb der Armee stieß, in dem viel Zeit für Nebensächlichkeiten vergeudet wurde. 52)

Die Bedeutung, die der vormilitärischen Jugenderziehung von sozialdemokratischer Seite, insbesondere von August Bebel, für die Wehrfähigkeit beigemessen wurde, erfährt auch bei Historikern der DDR und BRD positive Beachtung. Höhn vertritt die Meinung, daß das Heer damals für den Gedanken der vormilitärischen Jugenderziehung hätte Interesse zeigen müssen 53). Für Oeckel ist diese Forderung sogar einer der Hauptgesichtspunkte des militärischen Programms, weil sie erst eine verkürzte aktive Dienstzeit ermögliche 54).

Kritisiert wird von Historikern der DDR und BRD der Gebrauch des Heeres mit allgemeiner Wehrpflicht als innenpolitischem Ordnungsinstrument. Die SPD sah "im Offizierskorps, dem die Mannschaften strikt unterstellt waren, und damit im stehenden Heer ihren politischen Feind und ein Instrument des 'Klassenstaats'", das bei Streiks, Straßenkämpfen und -demonstrationen gegen sie eingesetzt werden konnte 55). "Ein Wehrsystem, das den Gebrauch des Heeres als Regierungsinstrument zu innerpolitischen Zwecken ausschließt und es allein auf die Landesverteidigung abstellt, ist demgegenüber überlegen." 56)

Die Geschichtsschreibung der DDR übertreibt allerdings einseitig die Aufgabe der Armee, Ordnungsfaktor im Inneren zu sein 57), indem sie sich auf Engels' Aussage be-

52) Höhn, R.: a.a.O. S. 384

53) Ebenda

54) Oeckel, Heinz: Volkswehr gegen Militarismus. Zur Milizfrage in der proletarischen Militärpolitik in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg. Berlin 1962. S. 69

55) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 348

56) Höhn, R.: a.a.O. S. 384

57) Engels, Friedrich: Kann Europa abrüsten ? In: Marx/Engels. Werke. Bd. XXII. Berlin 1963. S. 371

ruft, daß "die Armeen schützen sollen nicht so sehr gegen den äußeren wie gegen den inneren Feind" 58).

Zentraler Punkt der Kritik der Historiegraphie der DDR an dem Milizprogramm ist das Versäumnis der SdD, die Milizforderung mit dem Streben nach der "demokratischen Republik" zu verbinden. 59) Höhn hält das Milizprogramm für zukunftsbezogen: Seine Stärke bestand zwar "in seiner umfassenden Konzeption, die die Wehrfrage in engen Zusammenhang mit der Gesellschaftsordnung stellte" 60), seine Verwirklichung setzte aber "eine totale Veränderung von Staat und Gesellschaftsordnung" 61) voraus. Das Programm konnte im Grunde erst verwirklicht werden, wenn an die Stelle der Monarchie die Demokratie getreten war; insofern waren die Anträge der SFD im Reichstag zur Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung bedeutungslos. 62) Die Geschichtsschreibung der DDR hält es jedoch "für eine großartige Leistung, daß die Partei die Milizforderung immer wieder vertrat und im Laufe der neunziger Jahre auch mehrere entsprechende Anträge im Reichstag einbrachte. Die dadurch erzwungene ablehnende Stellungnahme der herrschenden Klassen enthüllte das preußisch-deutsche Militärsystem als den Hauptbestandteil des im Innern antidemokratischen und nach außen hin aggressiven politischen Systems in Deutschland." 63)

58) GdAB. Bd. I. S. 442

59) GdAB. Bd. I. S. 442, Hennig, Günter: August Bebel. Todfeind des preußisch-deutschen Militärstaats. 1891 - 1899. Berlin 1963. S. 250

60) Höhn, R.: a.a.O. S. 384 f.

61) Ebenda. S. 385

62) Ebenda

63) GdAB. Bd. I. S. 443

Historiker der DDR und BRD kommen zu dem Resultat, daß zweifellos August Bebel und auch andere Marxisten im Schweizer Militärsystem, also in der bürgerlichen Miliz, das entscheidende Vorbild sahen ⁶⁴⁾, wenn sich auch August Bebel ⁶⁵⁾ und Friedrich Engels ⁶⁶⁾ weigerten, das schweizerische Milizsystem zu akzeptieren. An dieser fehlenden Abgrenzung von der bürgerlichen Miliz durch das Programm einer "proletarischen Miliz" übt Oeckel Kritik, denn sie erschwerte die restlose Zerschlagung des revisionistischen Militärprogramms. ⁶⁷⁾

In ihrer Beurteilung des Milizprogramms der SPD übersieht die Geschichtsschreibung der DDR, daß die SPD über keine Erfahrungen in der Heeresorganisation verfügte und auch keine Fachleute auf diesem Gebiet besaß, daß man sich in der Partei kaum für militärtechnische Überlegungen interessierte und Führungsfragen nicht näher behandelt wurden; "die Programmvorstellungen endeten im Grunde bei dem Staatsbürger im Waffenrock" ⁶⁸⁾. Weil die SPD von der Unfehlbarkeit des Programms überzeugt war und die Durchführung als eine rein technische Frage betrachtete, die ohne Schwierigkeiten gelöst werden könnte, sobald der demokratische und soziale Zukunftsstaat Wirklichkeit wäre, konzentrierte "sie ihre Bemühungen ausschließlich auf die Propaganda, um breitesten Kreisen die Augen darüber zu öffnen, daß das stehende Heer ein Übel sei und abgeschafft werden müsse" ⁶⁹⁾. Der Historiker der DDR

64) Oeckel, H.: Volkswehr gegen Militarismus. a.a.O. S. 71

65) Siehe Protokoll des Parteitages der SPD zu Hannover 1899. Berlin 1899. S. 277

66) Engels, Friedrich: Kann Europa abrüsten? In: Marx/Engels. Werke. Bd. XXII. Berlin 1963. S. 372

67) Siehe Oeckel, H.: a.a.O. S. 71; Höhn, R.: a.a.O. S. 387 f. weist darauf hin, daß selbst die Schweizer Miliz bereits in der Paulskirche für die gemäßigten Liberalen ihre Anziehungskraft verloren hatte, als sie sich mit den Fragen von Reich und Krieg auseinandersetzten.

68) Höhn, R.: a.a.O. S. 385 f.

69) Ebenda

Hennig hält es sogar für ein ernstes Versäumnis der Partei, in den neunziger Jahren bewußt auf eine *s p e z i e l l e* antimilitaristische Propaganda verzichtet zu haben ⁷⁰⁾ und den Militarismus, die Hauptstütze des damaligen preußisch-deutschen Staates, der sich immer häufiger in den Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit einmischte, nur als eine Einrichtung des bestehenden Klassenstaates unter anderen bekämpft zu haben ⁷¹⁾.

Unberücksichtigt bleibt in der Historiographie der DDR, daß die Festlegung auf den reinen Verteidigungskrieg fragwürdig war. Weil es im modernen Krieg wichtig ist, die kriegesischen Handlungen so schnell wie möglich in das feindliche Land zu tragen, muß man von anderen militärtechnischen Erwägungen ausgehen; der grundsätzliche Unterschied und die Überlegenheit der Volkswehr gegenüber dem stehenden Heer, die gerade in der Abstellung auf die Verteidigung der eigenen Grenze lag, wurde damit weitgehend hinfällig. ⁷²⁾

"Ebenso wie für den Frühliberalismus war das Bekenntnis zur Volkswehr auch für die Sozialdemokratie eine Weltanschauungsfrage. Sie begnügte sich mit dem traditionellen Hinweis auf die Überlegenheit der Volksbewaffnung, die sich für sie in den französischen Revolutionskriegen und in den Freiheitskriegen gegenüber den damaligen stehenden Heeren erwiesen hatte, und wies auf die Lehren hin, die sich aus dem Partisanenkampf der Franzosen gegen die deutschen Armeen im Kriege

70) Hennig, G.: August Bebel. a.a.O. S. 232

71) Ebenda. S. 235

72) Vgl. Höhn, R.: a.a.O. S. 386; siehe die Kritik des Revisionisten Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Hrsg. v. Hillmann, Günther. Hamburg 1969. S. 174, der als erster Sozialdemokrat darauf hinwies, daß "in modernen Ländern Krieg im eigenen Lande schon die halbe Niederlage ist".

von 1871 ergeben hätten." 73) Eine Überprüfung, ob diese historischen Beispiele für die Gegenwart noch anwendbar waren erachtete sie für unnötig. 74) Erst die Revisionisten führen die Volkswehridee von der weltanschaulichen Betrachtungsweise auf ihren militärtechnischen Kern zurück und untersuchen die praktischen Möglichkeiten einer milizmäßig aufgebauten Heeresorganisation für die Gegenwart.

Fraglich wird für die Revisionisten die deutliche Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg. 75) Für sie hat auch die Sorge der Partei vor einem Einsatz des stehenden Heeres gegen die sozialistische Arbeiterschaft keine große Bedeutung mehr. 76) Die Revisionisten waren fähig, die entscheidende Frage zu stellen, nämlich die, was in einem Krieg werden soll, dessen Ausbruch die SPD nicht abwenden kann: Schippel erklärte dazu, man könne "doch nicht unseren Soldaten schlechte Flinten, schlechte Kanonen geben" 77), weil man nicht in der Lage sei, Kriege zu verhindern.

Friedrich Engels, in der Partei die anerkannte Autorität in militärwissenschaftlichen Fragen, machte in einer Artikelserie "Kann Europa abrüsten?" den Vorschlag für eine Abrüstung, nämlich die aktive Dienstzeit herabzusetzen, "mit dem Milizsystem als Endziel" 78). Engels gab die Forderung nach der Miliz nie auf, obwohl auch bei ihm dieses Endziel bereits stark gegenüber dem praktischen Kampf um eine Verkürzung der aktiven Dienstzeit in den Hintergrund trat,

73) Höhn, Reinhard: Sozialismus und Heer. Bd. III: Der Kampf des Heeres gegen die Sozialdemokratie. a.a.O. 1969.S.573; Ritter, G.A.: a.a.O. S. 190 behauptet sogar: "Der Milizgedanke ist in der Sozialdemokratie nie mehr gewesen als eine ungeformte, kraftlose Übernahme bürgerlicher Revolutionsromantik."

74) Höhn, R.: Sozialismus und Heer. Bd. III. a.a.O. S. 573

75) Siehe Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. a.a.O. S.174

76) Ebenda. S. 173 f.

77) Protokoll des Parteitages der SPD zu Hamburg 1897. S. 137

78) Engels, F.: Kann Europa abrüsten? a.a.O. S. 375

wie es in der Artikelserie "Kann Europa abrüsten?" zum Ausdruck kommt. ⁷⁹⁾ Dieser Abrüstungsvorschlag Engels' stimmt auch durchaus mit dem Parteiprogramm der SPD überein.

Schippel wies auf die bemerkenswerten Ausführungen von Engels hin, unterschlug jedoch Engels' Hinweis auf das "Milizsystem als Endziel" und versuchte, Engels auf die Heeresform eines stehenden Heeres mit verkürzter aktiver Dienstzeit festzulegen. ⁸⁰⁾ Oeckel betont, daß das "eine durch sophistische Zitaterie erreichte Fälschung" ⁸¹⁾ Schippels sei, während Höhn hervorhebt, daß es im Sinne des Revisionismus hätte "durchaus fruchtbar sein können, an Engels anzuknüpfen, wenn dies in vertiefter Form und nicht in so skizzenhafter Weise geschehen wäre". ⁸²⁾ Schippels militärpolitischer Revisionismus, der den Milizgedanken der Partei verwarf, war ein Angriff auf eine im Parteiprogramm der SPD festgelegte Anschauung und führte zu heftigen Diskussionen.

Auf den Parteitag in Hamburg, Stuttgart und Hannover fanden Auseinandersetzungen mit den Revisionisten über die Möglichkeit einer sozialdemokratischen Bewilligung von Mitteln für die Flotte und anderen Militärforderungen und über die Milizforderung statt.

Die Flotte fiel aus den antimilitaristischen Auffassungen der SPD unter den Aspekten heraus, daß sie nicht wie die Armee über ganz Deutschland verbreitet war und die herrschen-

79) Ritter, G.A.: a.a.O. S. 189

80) Protokoll des Parteitages der SPD zu Hannover 1899. S. 263

81) Oeckel, H.: Volkswehr gegen Militarismus. a.a.O. S. 68

82) Höhn, R.: Sozialismus und Heer. Bd. III. a.a.O. S. 588

den Schichten nicht überall stützen und auch nicht die Form einer Miliz annehmen konnte. Einige Revisionisten nahmen deshalb die Gelegenheit wahr, in der Frage der Bewilligung von Mitteln für die Flotte, aber auch der übrigen Militärausgaben einen Vorstoß zu wagen.

Die prinzipielle Ablehnung aller Militärmittel stand "im Widerspruch zu der seit 1870 von der Partei nie aufgegebenen Bereitschaft zur Landesverteidigung in einem Deutschland durch Angriff aufgezwungenen Verteidigungskrieg" ⁸³⁾ und zum Bekenntnis zur allgemeinen Wehrpflicht, außerdem gefährdete sie - da für Milizanträge gegenwärtig und auch in absehbarer Zeit keine Mehrheit im Reichstag vorhanden sei - die Verteidigungskraft der deutschen Arbeiter ⁸⁴⁾; die SPD förderte im übrigen durch diese Haltung ihre eigene Diffamierung und konnte politische Kompromisse mit anderen Parteien nur ad hoc schließen ⁸⁵⁾.

Ignaz Auer und insbesondere Wolfgang Heine entwickelten schließlich eine "Kompensationstheorie": militärische Aufwendungen, die zur Verteidigung der Nation notwendig sind und den Idealen und Grundsätzen der Partei indifferent gegenüberstehen, sollte man bewilligen, wenn man als Gegenleistung Volksrechte eintauschen könnte ⁸⁶⁾. Obgleich Heine zugestand, daß ein solches Angebot bei dem reaktionären Charakter der Regierung in den kommenden Jahrzehnten kaum Aussicht auf Annahme hätte ⁸⁷⁾, gab er damit doch den prinzipiellen Grundsatz der SPD, "diesem System

83) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 349

84) Vgl. Schippel auf dem Parteitag in Hamburg 1897. Protokoll. S. 121 f.

85) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 348

86) Vgl. Wolfgang Heine in einer Rede auf einer Berliner Versammlung vom 10. Februar 1891. Zitiert von Geyer auf dem Parteitag von Hannover 1899 an Hand von eigenen Aufzeichnungen Heines. Protokoll. S. 251

87) Ebenda

keinen Mann und keinen Groschen", zum ersten Mal auf ⁸⁸⁾.

Heines Kompensationspolitik wurde auf den Parteitag in Stuttgart und Hannover kritisiert. Vor allem Rosa Luxemburg und Clara Zetkin nahmen auf dem Stuttgarter Parteitag 1898 zur Kompensationspolitik der Revisionisten Stellung; Rosa Luxemburg vertrat die These: "Das Ergebnis der Kompensationspolitik ist also immer, daß wir die Verhältnisse zu unseren Gunsten bloß auf dem Papier, zugunsten der Gegner aber in der objektiven Wirklichkeit verschieben, daß wir unsere Position im Grunde genommen schwächen, diejenige des Gegners aber stärken." ⁸⁹⁾ Clara Zetkin bezeichnete die Kompensationspolitik als "auf deutsch gesagt: Schacherpolitik mit dem kapitalistischen Staat" ⁹⁰⁾.

Auf dem Parteitag in Hannover 1899 nahm die Partei grundsätzlich zum militärpolitischen Revisionismus Stellung. In einer Resolution wurde gefordert, das "Heerwesen von Grund auf umzugestalten", "eine auf demokratischer Grundlage aufgebaute Organisation der Landes- und Volksverteidigung" zu schaffen, "die Kastenwesen und Gegensätze zwischen Volk und Heer unmöglich macht, jeden wehrfähigen Mann zum Waffendienst verpflichtet und seine Ausbildung zum brauchbaren Wehrmann durch eine entsprechende Jugenderziehung herbeiführt" ⁹¹⁾. Die Resolution wurde von dem Parteitag angenommen, und die Revisionisten hatten in ihrer Militärpolitik eine Niederlage erlitten. ⁹²⁾ Außerdem wurde eine

88) Vgl. Ritter, G.A.: a.a.O. S. 188, der auf Geyer hinweist (Protokoll des Parteitages zu Hannover 1899. S. 281).

89) Protokoll des Parteitages zu Stuttgart 1898. S. 118

90) Ebenda. S. 95

91) Protokoll des Parteitages zu Hannover 1899. S. 68

92) Vgl. Oeckel, H.: a.a.O. S. 68. Ich stimme R. Höhn: Sozialismus und Heer. Bd. III. a.a.O. S. 592. Anm. 3 zu, der die Meinung vertritt, daß es nach den Umständen und der Gesamttenz der Resolution unzutreffend ist, wenn H. Wachenheim: a.a.O. S. 351 vermutet, daß mit der Ablehnung von Mitteln für das "bestehende" Militärsystem in Absatz 4 der Resolution "in diesem Punkt die Tür für eine Änderung der Parteihaltung um eine schmale Spalte geöffnet wurde".

von Hoffmann, Ledebour, Luxemburg und Zetkin beantragte Resolution angenommen, die "die vom Genossen Schippel in seinen Aufsätzen über den Militarismus geäußerte Auffassung mit aller Entschiedenheit" zurückwies, weil sie einen Verstoß gegen die Grundsätze der SPD bedeuteten. 93)

Die SPD sah "mit Recht im militärpolitischen Revisionismus eine Tendenz zur Aussöhnung mit dem bestehenden Heeressystem, das sie seit Jahrzehnten als größtes Hemmnis für eine Demokratisierung bekämpft hatte"; bei weiterer Ausbreitung würden die revisionistischen Ideen einen schwerwiegenden Verlust an revolutionärer Schwungkraft bewirken. 94)

Für die Volkswehr wurde von den führenden Parteivertretern eine Begründung angegeben, die der militärischen Situation gegen Ende des 19. Jahrhunderts in keiner Weise gerecht wurde 95); aus diesem Grund sieht sich auch die Historiographie der DDR zu einer Kritik veranlaßt: Oeckel hält zwar prinzipiell an der Berechtigung der Milizforderung fest, gesteht jedoch zu, daß der Schippelsche Revisionismus in der Milizfrage nur dann restlos zerschlagen werden konnte, "wenn sich der führende Kern der Partei von den überholten Auffassungen über die

93) Protokoll des Parteitages zu Hannover 1899. S. 267 u. S. 282. Ein Antrag auf den Ausschluß Schippels wurde dagegen abgelehnt.

94) Vgl. Höhn, R.: Sozialismus und Heer. Bd. III. a.a.O. S. 494; siehe Geyer auf dem Parteitag von Hannover 1899. Protokoll. S. 252; siehe Luxemburg auf dem Parteitag von Hannover 1899. Protokoll. S. 175: Wenn die Revisionisten die Milizforderung darauf reduzieren, die aktive Dienstzeit im stehenden Heer zu verkürzen, erheben sie damit einen kleinen Teil der Milizforderung zum eigentlichen Minimalprogramm in der Militärpolitik, "dann wird das, was wir jetzt als Minimalprogramm betrachten, zum Endziel, und unser wirkliches Endziel scheidet gänzlich aus dem Bereich der Wirklichkeit und wird tatsächlich zur 'revolutionären Phrase'".

95) Vgl. Höhn, R.: Sozialismus und Heer. Bd. III. a.a.O. S. 594

Miliz frei machte" 96). Er kritisiert die Mehrheit der Parteiführer, die versuchte, "die veraltete Milizlösung der vormonopolistischen Periode den modernen militärischen Erfordernissen anzupassen, wie sie durch die Entwicklung der Kriegstechnik, der Kriegskunst und der Massenheere gegeben waren. Eine solche 'Reformierung' oder 'Erneuerung' der alten Milizlösung änderte nichts an ihrem jetzt hemmenden Charakter" 97). Eine Alternative zur "bürgerlichen Milizforderung" wird jedoch auch von Historikern der DDR nicht aufgezeigt, und Ritter behauptet mit Recht, daß der Milizgedanke um 1900 völlig inhaltslos und tot war und die SPD, unfähig, das verlassene Erbe der bürgerlich-liberalen Opposition mit eigenem Inhalt zu erfüllen", sich in der praktischen Polemik bereits stillschweigend mit der bestehenden Heeresverfassung als Grundlage der organisatorischen Weiterbildung abgefunden hatte 98).

96) Oeckel, H.: Volkswehr gegen Militarismus. a.a.O. S. 75

97) Ebenda. S. 75 f.

98) Ritter, G.A.: a.a.O. S. 190; vgl. Höhn, R.: Sozialismus und Heer. Bd. III. a.a.O. S. 594 f.; vgl. Wachenheim, H.: a.a.O. S. 350, die auf den Bericht der Reichstagsfraktion hinweist, der dem Parteitag von 1899 vorgelegt wurde.

5. Die Auseinandersetzung mit dem "Opportunismus" in der deutschen Arbeiterbewegung

a) Georg von Vollmars Reformismus, insbesondere der Staatssozialismus

Die Rede "Über die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie" 99), die Georg von Vollmar im Sommer 1891 im Eldorado-Palast in München hielt, darf man als "das grundlegende Manifest des Reformismus in der Sozialdemokratie" 100) ansehen. Vollmar berief sich darin auf das "im besten Sinne realpolitische Wesen unserer Partei", dem es nicht widerspreche, "wenn wir den Weg zu Verhandlungen betreten und suchen, auf Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung Verbesserungen wirtschaftlicher und politischer Art herbeizuführen" 101); er regte deshalb folgendes Aktionsprogramm an: 1. Die Weiterführung des Arbeiterschutzes; 2. Die Erringung eines wirklichen Koalitionsrechtes; 3. Die Beseitigung staatlicher Intervention bei Lohnstreitigkeiten zu gunsten eines Teiles; 4. Maßnahmen, die Ringe, Kartelle, Syndikate gesetzlichen Bestimmungen unterwerfen, um künstliche Preissteigerungen zu unterbinden; 5. Die Beseitigung der Lebensmittelzölle. 102)

Die Historiographie der DDR fällt über Vollmars reformistische Gedanken folgendes Urteil: "Diesen Ansichten lag eine opportunistische Auffassung über das Wesen des bürgerlichen, besonders des preußisch-deutschen Staates zugrunde. Sie nährte die Vorstellung, die Arbeiter-

99) Vollmar, Georg von: Über die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Zwei Reden, gehalten am 1. Juni und 6. Juli 1891 im "Eldorado" zu München. München 1891

100) Ritter, G. A.: a.a.O. S. 87

101) Vollmar, Georg von: a.a.O. S. 7

102) Vollmar, Georg von: a.a.O. S. 19

klasse könne ohne die Eroberung der politischen Macht mit ausschließlich gesetzlichen Mitteln den Kapitalismus in den Sozialismus umwandeln." ¹⁰³⁾ Obgleich Vollmar zwar im Gegensatz etwa zu Bebel ¹⁰⁴⁾, Engels ¹⁰⁵⁾ und Liebknecht ¹⁰⁶⁾ den Glauben an die Nähe der kapitalistischen Katastrophe verloren hatte, gab er hingegen "die Gesamtkonzeption der 'marxistischen' Ideologie" ¹⁰⁷⁾ und insbesondere die Forderung nach dem sozialistischen Staat nicht auf, wenn auch dieses Postulat bei ihm "im Dunkel der Zukunft hinter den Tagesforderungen der Reformarbeit zurücktritt" ¹⁰⁸⁾.

Die Aussagen der Historiographie der DDR sind deshalb zumindest zu undifferenziert bzw. zu pauschal, die Vollmar eine "opportunistische" Haltung unterstellen ¹⁰⁹⁾, und August Bebel zustimmen ¹¹⁰⁾, der auf dem Erfurter Parteitag 1891 "den Rechtsopportunisten Vollmar in die Reihe jener kleinbürgerlichen Elemente innerhalb der Partei" einordnete, "deren eigene angenehme soziale Lage sie die Nöte und Sorgen des Proletariats

103) GdAB. Bd. I. S. 427

104) Bebel rief auf dem Parteitag von Erfurt 1891 (Protokoll S. 172) aus: "Die Verwirklichung unserer Ziele ist so nahe, daß wenige in diesem Saale sind, die diesen Tag nicht erleben werden."

105) Engels, Friedrich: Der Sozialismus in Deutschland. In: Marx/Engels. Werke Bd. XXII. Berlin 1963. S. 249 ff. Engels sagte einen Umschwung der Verhältnisse für 1898 und eine sozialdemokratische Mehrheit in der deutschen Armee für das Ende des Jahrhunderts voraus.

106) Ritter, G.A.: a.a.O. weist in Anm. 85 S. 91 auf eine Rede Liebknechts in Bielefeld hin, in der dieser die Worte aussprach, daß die "letzte Schlacht" sich vorbereite. Ritter meint, "die überaus günstige Interpretation der politischen Verhältnisse für die Partei ist nicht nur in der Augenblickssituation der Auseinandersetzung mit Vollmar ausschlaggebend gewesen, sondern ist eines der typischen Kennzeichen der Partei bis 1893/94".

107) Jansen, Reinhard: Georg von Vollmar. Eine politische Biographie. Hrsg. v. d. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Düsseldorf 1958. S. 40

108) Ritter, G. A.: a.a.O. S. 89

109) GdAB. Bd. I. 426 f.; vgl. Fricke, Dieter in seiner Rezension

im Kapitalismus vergessen ließ" ¹¹¹⁾, und ferner betonte, daß Vollmars Taktik "nicht nur die Versumpfung, sondern die vollständige Korrumption und schließlich die Zugrunderichtung der Partei" ¹¹²⁾ herbeiführen würde.

Jansen hingegen kommt zu dem Resultat, Vollmar habe zu Beginn dieses Jahrzehnts nur "im Gegensatz zur großen Mehrheit seiner politischen Freunde ohne große Ressentiments auf die jüngste Vergangenheit" zurückgeblickt und sei gewillt gewesen, "die neugewonnene Plattform scheinbarer politischer Gleichberechtigung zu betreten, um der Partei im Wechselspiel der politischen Kräfte fruchtbare Bedeutung zukommen zu lassen" ¹¹³⁾.

Die SPD brach die Auseinandersetzung mit Vollmars Reformismus ohne endgültige Entscheidung ab, und Vollmar blieb weiter Parteimitglied, weil sein Ausschluß größere Gruppen von Mitgliedern der SPD entfremdet hätte ¹¹⁴⁾. Die einstimmige Annahme einer "nichtssagenden Kompromißresolution" ¹¹⁵⁾ auf dem Erfurter Parteitag 1891 über die "Taktik der Partei" verdeckte die Gegensätze.

Die Geschichtsschreibung der DDR hält es für ein verhängnisvolles Versäumnis der SPD, daß Vollmar mit seinen Anhängern nicht aus der Partei ausgeschlossen wurde, weil der "Opportunis-

zu ¹⁰⁹⁾ über: Jansen, Reinhard: Georg von Vollmar. a.a.O. In: ZfG 5/58. S. 1160 f.

¹¹⁰⁾ Fricke, Dieter: a.a.O. S. 1162

¹¹¹⁾ Hennig, Günter: August Bebel. Todfeind des preußisch-deutschen Militärstaats. 1891 - 1899. Berlin 1963. S. 74 f., der sich auf Bebels Äußerung auf dem Erfurter Parteitag bezieht (Protokoll. S. 272).

¹¹²⁾ Protokoll des Parteitages der SPD zu Erfurt 1891. S. 281

¹¹³⁾ Jansen, Reinhard: Georg von Vollmar. a.a.O. S. 37

¹¹⁴⁾ Ebenda. S. 43 f.

¹¹⁵⁾ Ritter, G. A.: a.a.O. S. 92; vgl. Jansen, R.: a.a.O. S. 44

mus" Vollmars sich vor allem deshalb weiter in ihren Reihen ausbreiten konnte ¹¹⁶⁾; insbesondere die Einstellung Bebels wird kritisiert, weil dieser in der Trennung von den "Opportunisten" eine Spaltung der Partei sah, "die dem Klassenfeind des Proletariats Anlaß zu Triumpfen gegeben hätte" ¹¹⁷⁾, und sich nicht zu der Erkenntnis durchringen konnte, "daß die Trennung vom Opportunismus unabdingbar notwendig ist, um gerade den revolutionären Charakter der Partei zu wahren und ihre revolutionäre Einheit und Geschlossenheit zu festigen" ¹¹⁸⁾. Der Historiker der DDR Fricke stimmt "bei aller Berücksichtigung der damaligen Situation nur mit großer Einschränkung" ¹¹⁹⁾ der These zu, daß die Partei sich von Vollmar deshalb nicht getrennt habe, weil sie dann größere Gruppen von Parteimitgliedern vor den Kopf gestoßen hätte, die von westdeutschen Historikern ¹²⁰⁾ vertreten wird. Der unbestreitbare Einfluß, den Vollmar bei den bayerischen und den übrigen süddeutschen Sozialdemokraten besaß, wird von Fricke ignoriert. ¹²¹⁾

Georg von Vollmar schrieb 1892 den Aufsatz "Über Staatssozialismus" ¹²²⁾ und trat für die Ausdehnung staatlicher Reformmaßnahmen und die Übernahme wirtschaftlicher Betriebe

-
- ¹¹⁶⁾ Hennig, Günter: August Bebel. a.a.O. S. 102 f. u. Fricke, Dieter in seiner Rezension. a.a.O. S. 1162 f. kritisieren, daß die Hinweise von Friedrich Engels nicht genügend beachtet worden seien.
- ¹¹⁷⁾ Hennig, G.: a.a.O. S. 74 f.
- ¹¹⁸⁾ Ebenda. Mit Hinweis auf den Parteitag von Hannover 1899 Protokoll. S. 94 u. 239.
- ¹¹⁹⁾ Fricke, D.: a.a.O. S. 1162
- ¹²⁰⁾ Jansen, R.: a.a.O. S. 43 f.; Wachenheim, H.: a.a.O. S. 325
- ¹²¹⁾ Fricke, D.: a.a.O. S. 1162
- ¹²²⁾ Vollmar, Georg von: Über Staatssozialismus. Nürnberg 1892

durch den Staat ein. Er "war der Ansicht, daß die Zeit für die Sozialdemokratie arbeite, denn er sah in der mit 'mathematischer Sicherheit' sich vollziehenden Kapitalkonzentration und der damit verbundenen wachsenden Massenverarmung - also 'marxistische Thesen' - die Garantie dafür, daß alle staatssozialistischen Maßnahmen durch die 'Entwicklung der Verhältnisse von selbst' die Sozialdemokratie zum Siege führen werden" ¹²³⁾; man dürfe sich freilich "nicht der Illusion hingeben, als ob der Sozialismus von oben her geschenkt werden könne, denn das Sozialideal, das für die kaiserlichen Erlasse maßgebend sei, sei natürlich nicht das Ideal der Sozialdemokratie, weil diese von dem Grundsatz ausgehe, daß die endgültige Umgestaltung der Gesellschaft nur das Werk des Volkes selbst sein könne" ¹²⁴⁾.

Fricke hält den Staatssozialismus Vollmars, der, wie Ritter richtig feststellt, "sich nur um Nuancen von der offiziellen Parteimeinung unterschied" ¹²⁵⁾, für ein Einschwenken auf die staatliche Sozialpolitik ¹²⁶⁾, und Fricke's Kollege Hennig konstatiert, "daß das, was Vollmar analog der bourgeoisen Ideologie als 'Staatssozialismus' bezeichnete, nichts anderes als Ausdruck der verstärkten Entwicklung des monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus während der neunziger Jahre war" ¹²⁷⁾.

Die Historiographie der DDR mißt der Resolution "Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie", die auf dem Berliner Parteitag 1892 von Vollmar und Liebknecht vorgelegt worden war, keine Bedeutung zu. In der Resolution wurde der Staatssozialismus zwar "als ein System

¹²³⁾ Jansen, R.: a.a.O. S. 45

¹²⁴⁾ Ebenda. S. 44 f.

¹²⁵⁾ Ritter, G.A.: a.a.O. S. 92

¹²⁶⁾ Fricke, D.: a.a.O. S. 1163

¹²⁷⁾ Hennig, G.: a.a.O. S. 90

von Halbheiten, Abschlagszahlungen und Ialliativmitteln bezeichnet, das die Arbeiterklasse der Sozialdemokratie entfremden sollte" ¹²⁸⁾, und behauptet, "Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, die Vollmar gar nicht vertreten hatte, (...) bringe die Arbeiterschaft unter das Doppeljoch der ökonomischen und politischen Ausbeutung" ¹²⁹⁾, "für die Sozialreform blieb jedoch eine Hintertür offen" ¹³⁰⁾: "Die Sozialdemokratie hat nie verschmäht, solche staatlichen Maßregeln zu fordern oder - falls von anderer Seite vorgeschlagen - zu billigen, welche eine Hebung der Lage der Arbeiterklasse unter dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem herbeiführen könnten" ¹³¹⁾, hieß es in der Resolution.

Das eindeutige Bekenntnis Bebels zum Staatssozialismus auf dem Breslauer Parteitag 1895 ¹³²⁾ wird von der Geschichtsschreibung der DDR nicht beachtet oder geleugnet ¹³³⁾. Bebel vertrat auf diesem Parteitag folgende Thesen: "Der Standpunkt, die Staatsmacht nicht zu stärken, ist manchesterlich. Wir müssen diese Eierschalen abstreifen. (...) Die praktischen Forderungen des Kommunistischen Manifests sind heute zum erheblichen Teil veraltet." ¹³⁴⁾

¹²⁸⁾ Wachenheim, H.: a.a.O. S. 526

¹²⁹⁾ Ebenda

¹³⁰⁾ Ebenda

¹³¹⁾ Protokoll des Parteitages der SPD zu Berlin 1892 S. 173

¹³²⁾ Vgl. Jansen, R.: a.a.O. S. 47, dem ich aber darin nicht zustimme, daß Bebel ein "noch viel eindeutigeres Bekenntnis zum 'Staatssozialismus'" ablegte, als es Vollmar je gewagt hatte.

¹³³⁾ Fricke, D.: a.a.O. S. 1163

¹³⁴⁾ Protokoll des Parteitages der SPD zu Breslau 1895. S. 119

b) Die Haltung der Partei gegenüber der Agrarfrage

Ritter, der die Stellung der Partei zur Agrarfrage als "das vielschichtigste, interessanteste und tiefgreifendste Problem der sozialdemokratischen Parteigeschichte der 90er Jahre" ¹³⁵⁾ bewertet, vertritt die These: "Der Versuch, die natürlichen Grenzen der Partei zu sprengen und über das Industrie- und Landproletariat hinaus die Bauern in den Bereich der sozialdemokratischen Einflußsphäre zu ziehen, bewirkte nicht nur als letzte Konsequenz der Tendenzen zur Verstärkung der praktischen Reformpolitik in der Partei eine Auflockerung der erstarrten sozialdemokratischen Politik, sondern war gleichzeitig der Ausgangspunkt des nicht wieder abreißenden Fadens der theoretischen Diskussionen um die Revision der marxistischen Glaubenssätze." ¹³⁶⁾

Die Geschichtsschreibung der DDR sieht die Agrarfrage auch als wichtigsten Ansatzpunkt für den entstehenden Revisionismus an: "Sie war noch ungeklärt, gleichzeitig bestand in der Partei das dringende Bedürfnis nach schneller Klärung, wenn sie das Land wirklich zu ihrem Kampffeld machen und sich nicht nur auf die Stadt beschränken wollte. Da die Bauernfrage mit allen Grundvorstellungen der Sozialdemokratie verwoben war, bot sie ein günstiges Terrain für Angriffe auf entscheidende Teile des wissenschaftlichen Sozialismus." ¹³⁷⁾ "Der Versuch, mittels der Bauernfrage die revolutionäre Haltung der Partei zu erschüttern" war "der massivste Angriff des Opportunismus seit dem Fall des

¹³⁵⁾ Ritter, G.A.: a.a.O. S. 134; vgl. Jansen, R.: a.a.O. S. 75; vgl. Lehmann, Hans Georg: Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie. Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus. Tübingen 1970. S. XII. d. Einleitung, S. 48 (internationale Sozialdemokratie) u. S. 263

¹³⁶⁾ Ritter, G.A.: a.a.O. S. 134

¹³⁷⁾ Hesselbarth, Hellmut: Der aufkommende Revisionismus in der Bauernfrage und Karl Kautsky. In: Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung. Berlin 1970. S. 338, vgl. auch S. 348

Sozialistengesetzes" ¹³⁸⁾.

Der Frankfurter Parteitag 1894 behandelte als besonderen Tagesordnungspunkt "Agrarfrage und die Sozialdemokratie", nahm eine von Schoenlank und Vollmar eingebrachte Resolution ¹³⁹⁾ über die Agrarfrage mit großer Mehrheit an und veranlaßte die Bildung einer Kommission zum Studium der Agrarfrage ¹⁴⁰⁾.

Die Historiographie der DDR konstatiert, daß der Frankfurter Parteitag nicht auf der Höhe seiner Aufgaben stand und deutlich das Anwachsen des "Opportunismus" in der Sozialdemokratie zeigte ¹⁴¹⁾. Insbesondere Georg von Vollmars Forderung nach staatlichem Bauernschutz und sein Eintreten für die Erhaltung der Mittel- und Kleinbetriebe in der Landwirtschaft wird als "Opportunismus" bezeichnet.

Wenn auch die Festlegung der eingesetzten Agrarprogrammkommission auf den Schutz der Bauern - nämlich den Bauern als "Steuerzahler", "Schuldner" und "Landwirt" ¹⁴²⁾ vor Nachteilen zu bewahren - eine Überrumpelung der Parteidelegierten durch die Referenten Georg von Vollmar und Bruno Schoenlank war, und es falsch ist, "die in nebelhaften Vorstellungen befangene Mehrheit des Parteitages als konsequente Vertreter des Bauernschutzes anzusehen" ¹⁴³⁾, ist die These vertretbar, "daß es für einen Moment so erschien, als ob die kleine, geschlossene und überzeugte Gruppe der sozialdemokratischen Agrarpolitiker bei dem

¹³⁸⁾ Hesselbarth, Hellmut: Revolutionäre Sozialdemokraten, Opportunisten und die Bauern am Vorabend des Imperialismus. Berlin 1968. S. 235

¹³⁹⁾ Protokoll des Parteitages der SPD zu Frankfurt 1894. S. 157 f.

¹⁴⁰⁾ Ebenda

¹⁴¹⁾ GdAB. Bd. I. S. 460 f.

¹⁴²⁾ Vgl. die Resolution über die Agrarfrage (Parteitag 1894. Protokoll. S. 134 f.).

¹⁴³⁾ Ritter, G. A.: a.a.O. S. 136

Mangel einigermaßen fundierter Gegenanschauungen zum Spurgänger auf dem Wege einer sozialdem. Bauernschutzpolitik werden würde" ¹⁴⁴⁾. Der Historiker der DDR Zimmermann hingegen lehnt diese Interpretation ab und zieht aus der allgemeinen Ablehnung der Agrarprogrammorschläge in der Parteipresse und den Parteiversammlungen die Schlußfolgerung: In der Auseinandersetzung "mit den Opportunisten in der Agrarfrage wurde von der Masse der Partei die falsche Entscheidung des Frankfurter Parteitags faktisch korrigiert und gleichzeitig die Voraussetzung geschaffen, auf dem nächsten Parteitag die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen" ¹⁴⁵⁾; die Geschichtsschreibung der DDR sieht darin bereits einen Beweis für "revolutionären Kampfegeist des übergroßen Teils der sozialistisch organisierten Arbeiter" ¹⁴⁶⁾.

Friedrich Engels' Aufsatz "Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland", der Anfang Dezember 1894 in der "Neuen Zeit" erschien, wird von der Geschichtsschreibung der DDR als bedeutendste Schrift zur Agrarfrage hervorgehoben ¹⁴⁷⁾. Die Historiographie der DDR akzeptiert damit Engels' These, daß die kleinbäuerlichen Betriebe unvermeidlich dem Untergang entgegengehen und man sie deshalb in genossenschaftliche Großbetriebe umwandeln muß, obgleich die bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe sich im Zeitraum von 1882 bis 1895 vermehrt hatten, während sich der Anteil der Großbetriebe an der Gesamtanbaufläche der Landwirtschaft verringert hatte, und man die klein-

¹⁴⁴⁾ Ritter, G.A.: a.a.O. S. 136

¹⁴⁵⁾ Zimmermann, Fritz: Friedrich Engels' Hilfe für die deutsche Sozialdemokratie im Kampf gegen den Opportunismus in der Bauernfrage in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. BZG Sonderheft/1961 anläßlich des 15. Jahrestages der Gründung der SED. S. 175

¹⁴⁶⁾ GdAB. Bd. I. S. 461

¹⁴⁷⁾ Ebenda. S. 462. Vgl. auch Hesselbarth, Hellmut: Revolutionäre Sozialdemokraten, Opportunisten und die Bauern am Vorabend des Imperialismus. Berlin 1968. S.202, der die Schrift als "bedeutendste Hilfe, die Friedrich Engels - neben seinen Briefen - den marxistischen Kräften in der deutschen Sozialdemokratie gegen den vordringenden Opportunismus bot", einschätzt.

bäuerlichen Betriebe nicht nur als lebensfähig, sondern auch teilweise den Großbetrieben überlegen einschätzen muß 148).

Auf dem Breslauer Parteitag 1895 wurde von der Agrarkommission ein Programmentwurf 149) mit vielen Einzelheiten vorgelegt, der sowohl von Historikern der DDR als auch der BRD als Kompromiß angesehen wird. Während Ritter von einer "Kompromißlösung zwischen der Scylla speziell agrarischer Forderungen und der Charybdis eines Zusammenstoßes mit den überkommenen Parteiprinzipien" 150) spricht, sieht Hesselbarth den Kompromiß darin, daß das Agrarprogramm sowohl im marxistischen als auch im "opportunistischen" Sinn ausgelegt werden konnte: "Sein Sinn hing vom Kommentar ab, und gerade den hatte die heterogene Agrarkommission nicht geben können." 151) Hesselbarth weist darauf hin, daß der Entwurf der Agrarkommission in folgenden wichtigen Punkten gegensätzliche Auslegung zuließ: "Der Charakter (des Programms) hing hauptsächlich davon ab, ob diese Forderungen zur demokratischen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und damit zur Vorbereitung der sozialistischen Revolution beitragen oder die bestehenden Verhältnisse nur reformieren sollten, was wiederum eng damit verbunden war, welcher Staat dieses Programm in Angriff nehmen sollte, ein demokratischer oder der bestehende junkerlich-großbürgerliche. Ferner hing der Charakter des Programmentwurfs davon ab, ob vorwiegend die Lage des Kleinbauern erleichtert und damit das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern angebahnt, die Bauern in den

148) Vgl. Ritter, G.A.: a.a.O. S. 146

149) Protokoll des Parteitages der SPD zu Breslau 1895. S. 210 - 216. Vorschläge der Agrarkommission an den Parteitag von 1895.

150) Ritter, G.A.: a.a.O. S. 140

151) Hesselbarth, Hellmut: Revolutionäre Sozialdemokraten, Opportunisten und die Bauern am Vorabend des Imperialismus. Berlin 1968. S. 215

politischen Kampf an der Seite der Arbeiter hineingezogen werden sollten, oder ob es sich um wirtschaftliche Hebung der Landwirtschaft schlechthin handelte. Und schließlich hing er davon ab, ob bezweckt war, die Lage des Kleinbauern im Sinne Engels' nur erträglicher zu machen, oder ob man diese Maßnahmen als Mittel hinstellte, den bäuerlichen Kleinbetrieb zu verewigen." 152)

Zimmermann macht August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die auf dem Breslauer Parteitag 1895 für das Agrarprogramm stimmten, den Vorwurf, die prinzipielle Bedeutung der Agrardebatte auf dem Parteitag unterschätzt und die praktische Seite in den Vordergrund gestellt zu haben; Bebel habe sich gleichzeitig der Illusion hingegeben, durch vertretbare Zugeständnisse die "Opportunisten", die in den süddeutschen Landtagen mit ihren Forderungen schon viel weiter nach rechts gegangen seien als der Breslauer Agrarprogrammentwurf, besser an die Einhaltung der Parteibeschlüsse binden zu können. 153) Sein Kollege Hesselbarth übt Kritik an seinem Urteil über Bebel, weil er die von Bebel vertretene "demokratische" Zielsetzung des Bündnisses mit den Bauern nicht herausstelle und damit notgedrungen zu einem Urteil komme, das den Bebelschen Absichten ungenügend gerecht werde. 154)

Entgegen dem Willen der Führer der Partei wurden die Vorschläge der Agrarkommission auf dem Breslauer Parteitag mit großer Mehrheit verworfen und die Beschlüsse des Frankfurter Parteitags aufgehoben. Als Ursachen dafür führt die Geschichtsschreibung der DDR an: Weil sich von Anfang an die süddeutschen "Opportunisten" der Bauern-

152) Hesselbarth, H.: a.a.O. S. 214 f.

153) Zimmermann, Fritz: Friedrich Engels' Hilfe für die deutsche Sozialdemokratie im Kampf gegen den Opportunismus in der Bauernfrage in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. BZG Sonderheft/1961 anlässlich des 15. Jahrestages der Gründung der SED. S. 186

154) Hesselbarth, H.: a.a.O. S. 233

frage bemächtigt hatten, erschien die Bauernfrage überhaupt für die Mehrheit der Partei als "opportunistisch" suspekt. "Hinzu kam, daß diejenigen, die einer Lösung am nächsten kamen, also Bebel, ebenfalls Fehler machten, ihren Standpunkt selbst ungenügend begriffen, ihn nicht deutlich genug herausstellten, sich nicht eindeutig von den Opportunisten distanzierten und damit nirgends auf Verständnis, sondern bei allen Seiten nur auf verwundertes Mißtrauen stießen." ¹⁵⁵⁾ Außerdem herrschte unter den Delegierten in der Partei weitgehende Unkenntnis über die Bauernfrage; sie waren nicht gewillt, die Vorstellung von der Aufsaugung der Kleinbetriebe durch den Großbetrieb als unabänderliche Entwicklung in der Landwirtschaft aufzugeben. Weiterhin waren die staatssozialistischen Tendenzen des Agrarprogrammwerfs nicht mit den marxistischen Prinzipien in der Agrarfrage zu vereinbaren.

Als weitere Motive muß man auch noch in Betracht ziehen: die instinktive Abneigung der Industriearbeiterschaft, den proletarischen Charakter der Sozialdemokratie aufzugeben ¹⁵⁶⁾, die Konflikte, die sich aus der Versöhnung der verschiedenen Interessen der kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Produzenten mit denen der Lebensmittel konsumierenden Arbeiterschaft ergaben ¹⁵⁷⁾, und "die Resignation nach der Einsicht in die Schwierigkeit und Gefährlichkeit einer Umsetzung der unverbindlichen allgemeinen Begeisterung für die Landagitation in dem Bereich konkreter agrarpolitischer Forderungen" ¹⁵⁸⁾.

Die im wesentlichen marxistischen Anschauungen in der Bauernfrage gegen Mitte der neunziger Jahre, die vor allem durch Karl Kautsky vertreten wurden, sind für Hesselbarth

¹⁵⁵⁾ Hesselbarth, H.: a.a.O. S. 239 f.

¹⁵⁶⁾ Vgl. Ritter, G.A.: a.a.O. S. 143

¹⁵⁷⁾ Vgl. Wachenheim, H.: a.a.O. S. 338

¹⁵⁸⁾ Ritter, G.A.: a.a.O. S. 144

"vor allem in zwei für die unmittelbare Aktion unter den Kleinbauern entscheidenden Punkten unzureichend" ¹⁵⁹⁾;
Erstens "glaubte man vielfach angesichts der raschen kapitalistischen Industrieentwicklung jener Jahre, in der Landwirtschaft werde der Kleinbetrieb sehr schnell, wenn nicht von heute auf morgen so doch sicher von morgen auf übermorgen, verschwinden" ¹⁶⁰⁾, und man tendierte dazu, "die landwirtschaftliche Entwicklung direkt mit der der Industrie und folglich die Interessen der Kleinbauern unmittelbar mit denen der Industrieproletarier zu identifizieren" ¹⁶¹⁾.
"Aus beidem schloß man, daß sich der Kleinbauer rasch in seiner Masse direkt und unvermittelt für die sozialistischen Ziele gewinnen lasse." ¹⁶²⁾ Zweitens hielt man - weil der Kleinbetrieb zum Untergang verurteilt sei und rasch untergehen werde - "allgemein jede wirtschaftliche Hilfe für den Kleinbauern, namentlich im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft, für einen Versuch, sich gegen den ehernen Gang der ökonomischen Gesetze zu stemmen, einen Versuch, der aussichtslos, utopisch, ja - da die sozialistische Revolution dadurch verzögert würde - reaktionär sei. Somit aber verzichtete man auf ein über die allgemeinen demokratischen Forderungen des Erfurter Programms hinausreichendes spezifisches Aktionsprogramm für die Bauern. Folglich agitierten die Sozialdemokraten unter den Bauern in der Regel mit den sozialistischen Zielsetzungen, die an die Stelle unmittelbarer, demokratischer Forderungen traten, und engten das Bündnis darauf ein, den bereits proletariisierten Kleinbauern, der sich schon nicht mehr als Kleinbauer fühlt, als Mitglied der Sozialdemokratie direkt für die sozialistische Revolution zu gewinnen." ¹⁶³⁾

159) Hesselbarth, Hellmut: Der aufkommende Revisionismus in der Bauernfrage und Karl Kautsky. In: Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung. Berlin 1970. S. 335

160) Ebenda

161) Ebenda. S. 336

162) Ebenda

163) Ebenda

Hesselbarth sieht also auch vereinfachende Vorstellungen bei marxistischen Theoretikern, die nicht ausreichten, "die spezifischen Züge der kapitalistischen Entwicklung in der Landwirtschaft zu erfassen" ¹⁶⁴⁾, und einen Widerspruch "zwischen erkannter Aufgabe - Bündnis mit den werktätigen Bauern - und theoretischer Bewältigung, die faktisch den Weg zum Bauern versperrte" ¹⁶⁵⁾. Als Ursache für die unklare Auffassung vom Bündnis mit den Bauern betrachtet Hesselbarth die unzureichende Vorstellung von den "demokratischen" Aufgaben in Deutschland und ihr Verhältnis zum Sozialismus ¹⁶⁶⁾; denn im Widerspruch zu Friedrich Engels hielt die deutsche Sozialdemokratie "angesichts des weit entwickelten Kapitalismus und der Agonie des demokratischen Bürgertums diese Stufe nicht mehr für möglich. Die demokratische Republik würde in Deutschland Nebenprodukt der sozialistischen Revolution sein, die unmittelbar auf der Tagesordnung stünde" ¹⁶⁷⁾.

Nach Hesselbarths Meinung waren folgende Umstände für die Haltung der SPD ausschlaggebend: Erstens war die Arbeiterbewegung nicht mehr auf Bundesgenossen angewiesen, weil in Deutschland die Arbeiterschaft bereits die Hälfte der Bevölkerung ausmachte, und sie brauchte auch nicht den kräftezehrenden und auf Anhieb wenig Erfolg bringenden Kampf um den Bauern als eine Lebensfrage für die Partei anzusehen; die sozialökonomische Struktur in Deutschland war eben so beschaffen, daß es keinen ausreichenden objektiven Zwang gab, die Bauern mit aller Kraft in ein Bündnis einzubeziehen. ¹⁶⁸⁾ Zweitens schien folgende Situation den Kampf um "Demokratie" nicht mehr zwingend notwendig zu machen,

164) Hesselbarth, H. : Der aufkommende Revisionismus in der Bauernfrage und Karl Kautsky. a.a.O. S. 335

165) Ebenda. S. 336

166) Ebenda

167) Ebenda. S. 337

168) Ebenda. S. 387

sondern die "sozialistische Revolution auf die Tagesordnung zu setzen: zwar war das halbabsolutistische Kaiserreich ein gutes Stück von einer "bürgerlichen Demokratie" entfernt, "aber der Höhegrad der erreichten kapitalistischen Entwicklung, der Zusammenbruch und das fast völlige Verschwinden jeder größeren nennenswerten bürgerlich-demokratischen Bewegung außerhalb der Sozialdemokratie auf der einen Seite, die immerhin existierenden demokratischen Freiheiten auf der anderen Seite, die zwar zu beschnitten waren, als daß die Sozialdemokratie Machtpositionen hätte erobern können, die aber wiederum weit genug waren, um ihr eine relativ ungehinderte, politische Agitation zu erlauben" 169), förderten diese Tendenz in der Sozialdemokratie.

Anfang 1899 erschien Karl Kautskys Buch "Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie" 170), über das Ritter dieses Urteil fällt: "Das eigentümlich Starre und Konstruierte der Kautskyschen Gedankengebäude neben der Wirklichkeit ist kaum besser zu illustrieren als an Hand dieses verzweifelten Versuches, die von den Tatsachen widerlegte, postulierte 'Einheitlichkeit der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung' 171) zur Ehrenrettung von Marx, wenn auch mit Einschränkungen zu verteidigen." 172) Wachenheim bemerkt außerdem dazu: "Kautsky mag das marxistische Argument, die Konzentration auch der landwirtschaftlichen Produktion im Großbetrieb, in den Vordergrund geschoben haben, um den Versuch der Entwicklung zu einer Arbeiter- und Bauernpartei, den er für politisch gefährlich hielt, zu verhindern. Er hat

169) Hesselbarth, H.: Der aufkommende Revisionismus in der Bauernfrage und Karl Kautsky. a.a.O. S. 387 f.

170) Kautsky, Karl: Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie. Stuttgart 1899

171) Ebenda. S. 406

172) Ritter, G.A.: a.a.O. S. 147

solche Strategie später noch oft angewandt." 173)

Hesselbarth übt zwar ebenfalls Kritik an Kautsky, weil er die weitere kapitalistische Entwicklung schließlich wohl in der Tendenz richtig sah, "aber doch in einem übertriebenen Maße in der Unterordnung der Landwirtschaft unter die Industrie" 174), kommt aber zu dem Resultat: "Nimmt man die tatsächliche Entwicklung der Landwirtschaft im Kapitalismus als Kriterium, dann zeigt sich, daß Kautsky in vielen Einzelheiten zweifellos irrte, in den Hauptlinien aber Recht behielt, während die Revisionisten gewiß in vielen Einzelheiten Recht hatten, mit ihrer Gesamtkonzeption jedoch in die Irre gegangen waren" 175); denn bezeichnend für die revisionistische Betrachtungsweise sei gewesen, "daß sie weder die Entwicklung des Kapitalismus noch des Klassenkampfes in der Landwirtschaft untersuchte, sondern sich fast ausschließlich mit der Frage beschäftigte, welche Betriebsgröße die höchste Produktivität in der Landwirtschaft erziele. Die Antwort wurde in einer abstrakten, von jeder konkreten Gesellschaftsstruktur befreiten, damit utopischen Betriebslehre gesucht und auf dieser Grundlage ein kleinbäuerlicher, außerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung schwebender, aber mit ausreichendem Kapital zu intensiver erweiterter Reproduktion versehener Betrieb ersonnen. Das wiederum diene umgekehrt als Nachweis, daß der Kapitalismus eine der Landwirtschaft fremde Erscheinung sei." 176)

173) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 339

174) Hesselbarth, H.: Der aufkommende Revisionismus in der Bauernfrage und Karl Kautsky. a.a.O. S. 374

175) Ebenda. S. 375

176) Ebenda. S. 348 f.

Der westdeutsche Historiker Puhle führt als Ursachen für das Versagen der SED in der Agrarfrage gerade die unklaren ideologischen Grundlagen und den "Dogmatismus der Kautskyaner" an, die eine einheitliche Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse erschwerten, "ebenso wie die Verschiedenartigkeit der Grund- und Arbeitsverfassungen in den deutschen Staaten, insbesondere der Unterschied zwischen den Bedürfnissen der ostelbischen Landarbeiterschaft und der Klein- und Mittelbauern im Westen und Süden" und natürlich die königlich-preußische Staatsregierung; "die Entscheidung der SPD in der Agrarfrage stabilisierte indirekt die Vorherrschaft des Bundes der Landwirte im Reich" ¹⁷⁷⁾.

Sein westdeutscher Kollege Lehmann weist weiterhin darauf hin, daß sich die ökonomische Lage der europäischen Landwirtschaft seit der Mitte der neunziger Jahre u.a. deshalb besserte, "weil der staatliche Bauernschutz die Auswirkungen der Agrarkrise linderte; dies machte die Landagitation noch schwieriger, und zwar zu einer Zeit, als die sozialdemokratische Agrarpolitik wegen innerparteilicher Konflikte bereits Schiffbruch erlitten hatte" ^{177a)}.

Lehmann zieht für die Zeit von der Jahrhundertwende bis zum 1. Weltkrieg folgende Schlußfolgerung: "Die agrartheoretischen Diskussionen änderten nichts an der Tatsache, daß die Agrarpolitik in der Gesamtpartei bis zum 1. Weltkrieg von der Tagesordnung abgesetzt blieb. Formell wurde das Erfurter erst durch das Görlitzer Parteiprogramm aus dem Jahre 1921 aufgehoben, die Breslauer Resolution durch das revisionistische Agrarprogramm, das die SPD in Kiel 1927 ratifizierte." ^{177b)}

¹⁷⁷⁾ Puhle, Hans-Jürgen: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich (1893-1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei. Hannover 1966. S. 188

^{177a)} Lehmann, Hans Georg: Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der Deutschen und Internationalen Sozialdemokratie. Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus. Tübingen 1970. S. 270 f.

^{177b)} Ebenda. S. 262

c) Eduard Bernstein und die Entstehung des Revisions-
mus

Friedrich Engels' letzte Arbeit, die Einleitung zu Karl Marx' Schrift "Die Klassenkämpfe in Frankreich von 1848 bis 1850", die er wenige Monate vor seinem Tod veröffentlichte, gibt Anlaß zu unterschiedlichen Interpretationen durch Historiker der DDR und BRD. Der Vorwurf der offiziellen Geschichtsschreibung der DDR, "die Arbeit Friedrich Engels' wurde bei ihrer Veröffentlichung im 'Vorwärts' so verstümmelt, daß sie ihren revolutionären Inhalt einbüßte"¹⁷⁸⁾, wird von dem westdeutschen Historiker Gneuss zurückgewiesen¹⁷⁹⁾. Einige Stellen seien zwar aus der Einleitung gestrichen worden, weil sie die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion bei der Debatte um die Umsturzvorlage hätten schwächen können, jedoch nicht nur "auf Verlangen von Mitgliedern des Parteivorstandes"¹⁸⁰⁾, wie die offiziöse Historiographie der DDR behauptet, sondern "durchaus im Einverständnis mit Engels"¹⁸¹⁾; allerdings empörte Engels, nachdem er zwar gewisse Streichungen genehmigt hatte, "die tendenziöse Verstümmelung des Vorwortes in einem Vorabdruck des 'Vorwärts', der die Kommissionsberatungen der Umsturzvorlage beeinflussen sollte, da dieser ohne sein Vorwissen abgedruckte Auszug ihn als friedfertigen 'Anbeter der Gesetzlichkeit quand meme' erscheinen lasse. Er habe diese Taktik 'nur für das Deutschland von heute, und das obendrein noch unter allem Vorbehalt' empfohlen"¹⁸²⁾, bemerkt Ritter.

178) GdAB. Bd. I. S. 464

179) Gneuss, Christian: Um den Einklang von Theorie und Praxis. Eduard Bernstein und der Revisionismus. In: Marxismusstudien. 2. Folge. Hrsg. v. Iring Fetscher. Tübingen 1957. S. 202

180) GdAB. Bd. I. S. 464

181) Gneuss, Ch.: a.a.O. S. 202

182) Ritter, G.A.: a.a.O. S. 42. Anm. 122

Die Geschichtsschreibung der DDR leugnet, daß Engels in diesem Vorwort, wenn er auch die These nicht aufgibt, daß die revolutionäre gewaltsame Erhebung einmal eintreten wird, Gedanken vertritt, die ihn in die Nähe der These Bernsteins vom "friedlichen Hineinwachsen des Sozialismus in den Kapitalismus" stellen ¹⁸³⁾, und daß Engels, indem er den Tag des revolutionären Endkampfes in weite Ferne rückt und in der Zwischenzeit zur Besonnenheit mahnt, dazu beiträgt, daß Strategie und Taktik revisionistischer Politik in der Gegenwart nun auch in der Theorie mehr und mehr Raum gewinnen ¹⁸⁴⁾. Die verkürzte These von revisionistischen Tendenzen Engels' vor seinem Tode erscheint in der Tat nicht gerechtfertigt ¹⁸⁵⁾, weil Engels den Eintritt der Revolution nicht leugnet - wie später die Revisionisten, und seine taktischen Überlegungen - in der spezifischen Situation der neunziger Jahre - deshalb nicht als revisionistisch bezeichnet werden können. Unbestreitbar ist indessen ebenfalls, daß Engels, indem er die sozialdemokratischen Wahlerfolge in ihrer machtpolitischen Bedeutung überschätzte und in späten Äußerungen gegenüber Bloch und Schmidt auf das Eigengewicht der nichtökonomischen Faktoren in der historischen Entwicklung hinwies, gewisse Ansätze zur Entwicklung des Revisionismus lieferte. Verständlicherweise berief sich Bernstein in mehreren Schriften auf dieses Vorwort von Engels.

Übereinstimmend stellen Historiker der DDR und BRD fest, daß sich in den Jahren von 1896 bis 1898 die neue Richtung des Revisionismus in der deutschen Arbeiterbewegung heraus-

183) Geneuss, Ch.: a.a.O. S. 206

184) Vgl. Ebenda

185) Vgl. Ritter, G.A.: a.a.O. S. 42 f. Anm. 122

bildete, deren maßgeblicher Theoretiker Eduard Bernstein war. 186) "Die Überwindung der Kluft zwischen der sozial-reformerischen parlamentarischen Praxis der Partei und der sich radikal gebenden 'marxistischen' Theorie war das Hauptanliegen Bernsteins, aus dem sich jede Einzelkritik erklärt. Damit der Einklang von Theorie und Praxis wiederhergestellt wurde, forderte er das Bekenntnis zur Praxis, die Angleichung der Theorie an dieselbe." 187)

Bei Wahrung ihrer verschiedenen Auffassungen über den Begriff Demokratie kommen Historiker der DDR und BRD in einem Kritikpunkt an Eduard Bernstein zu einem ähnlichen Ergebnis; Ritter meint: "Bei der Verfassungsstruktur des Reiches, nach der die Machtmittel des Staates im Gegensatz zu England nicht der jeweiligen Parlamentsmehrheit zufließen, sondern bedeutsame Machtsphären wie der gesamte Bereich der Exekutive und der Beamtenschaft und die Armee dem Einfluß des Parlamentes weitgehend entzogen waren, konnte der Anstrich zu großer Friedfertigkeit und der völlige Verzicht auf außerparlamentarische Druckmittel - das von Bernstein 1894 und auch später als legitim anerkannte Machtinstrument des politischen Streiks wird in den 'Voraussetzungen' (188) nicht erwähnt - der Politik der Partei schaden." 189) Hennig, der Bebel und der "revolutionären" Sozialdemokratie der neunziger Jahre insgesamt vorhält, daß sie ihren Klassenkampf "nahezu ausschließlich nur unter dem Blickpunkt der politischen Machtergreifung des Proletariats als dem nächsten strategischen Ziel führten und die Notwendigkeit einer demokratischen Republik für Deutschland viel zu ungenügend erfaßten" 190), macht Bernstein den Vorwurf, daß er das ausnutzte, "um diesem Staat

186) Vgl. GdAB. Bd. I. S. 473; vgl. Steinberg, H.-J.: Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. a.a.O. S. 89, dem ich auch darin zustimme, daß die Diskussion um das Agrarprogramm 1894/95 als Ausdruck revisionistischer Bestrebungen zu werten ist.

187) Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 92, der auf den Brief Bernsteins vom 18.10. 1898 Bezug nimmt. Vgl. Ritter, G.A.: a.a.O. S. 200 f.

188) Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart 1899.

demokratische Potenzen und ein demokratisches wollen zu unterstellen, das niemals zu dessen Wesenszügen gehören konnte. Auf diesem politischen Trick fußte dann seine Behauptung, das Proletariat hätte unter den Bedingungen der neunziger Jahre friedlich in den Sozialismus hineinmarschieren können." 191)

Zweifellos war die deutsche Sozialdemokratie - im krassen Widerspruch zur wachsenden Zahl ihrer Wählerstimmen und Mandate - politisch ohnmächtig; "die Frage nach der möglichen Umsetzung des politischen Machtpotentials der Partei in wirkliche Macht, in aktive und verantwortliche Mitarbeit, stellt sich in hervorragender Weise als Verfassungsfrage dar" 192), eine durchgreifende Verfassungsreform fand im wilhelminischen Reich jedoch nicht statt: "Die einzige der gesellschaftlichen Wirklichkeit adäquate politische Einrichtung war das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag, und in ihm erschöpften sich im wesentlichen die politischen Rechte der Arbeiterschaft" 193). Die Historiographie der DDR versucht die Frage nach der Umsetzung des politischen Machtpotentials in reale Macht dadurch zu beantworten, daß sie Rosa Luxemburg in ihrer Kritik an Eduard Bernstein folgt. Rosa Luxemburg wies bekanntlich in ihrer Schrift "Sozialreform oder Revolution" 194) von 1899 Bernsteins Vorschläge für die Praxis der Partei, den Sozialismus durch sozialreformerische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bemühungen schrittweise einzuführen, zurück

189) Ritter, G.A.: a.a.O. S. 202; vgl. auch Bneuss, Ch: a.a.O. S. 220; vgl. auch Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 106; vgl. auch Wachenheim, H.: a.a.O. S. 356

190) Hennig, Günter: August Bebel. a.a.O. S. 110

191) Ebenda

192) Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 146

193) Ebenda. S. 147

194) Luxemburg, Rosa: Sozialreform oder Revolution. In: Gesammelte Werke. Bd. III. Berlin 1923-28. S. 1-114

mit der These, die Revolution, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, sei der Schöpfungsakt der Klassengeschichte, die soziale Gesetzgebung dagegen das Fortvegetieren der bestehenden Gesellschaft. ¹⁹⁵⁾ Diese Revolution sei kein Staatsstreich, sondern die Folge eines zähen und unaufhörlichen Kampfes einer großen klassenbewußten Volksmasse. ¹⁹⁶⁾

Dazu erklären die BRD-Historiker: Rosa Luxemburg "hatte ihre eigene Vorstellung von der deutschen Arbeiterschaft als einer zu allen Zeiten revolutionären Masse, was diese aber in der Zeit von Rosa Luxemburgs Wirken, vom Ende der neunziger Jahre bis 1914, nicht war" ¹⁹⁷⁾. "Daß die deutschen Arbeiter eben zu der Zeit, in der sie schrieb, den Gewerkschaften zuströmten, um ihre Lebenshaltung zu verbessern, und daß sie nicht bereit waren, ihre mühsam aufgebauten Organisationen in revolutionären Versuchen zu riskieren, kümmerte sie nicht." ¹⁹⁸⁾ Sie stellte das Endziel zwar immer mit starker Betonung für die Bewegung heraus, unternahm jedoch nicht den Versuch, "das Endziel, dem sie die Alltags-tätigkeit der Partei unterordnete, anschaulich auszumalen" ¹⁹⁹⁾.

Die Feststellung der Geschichtsschreibung der DDR, daß Rosa Luxemburg in der Revolution den politischen Schöpfungsakt einer neuen Gesellschaftsordnung sah, und meinte, daß die Reform diesen Akt vorbereite ²⁰⁰⁾, trägt

¹⁹⁵⁾ Luxemburg, Rosa: Sozialreform oder Revolution. a.a.O. S. 85

¹⁹⁶⁾ Luxemburg, R.: a.a.O. S. 91 f.

¹⁹⁷⁾ Wachenheim, H.: a.a.O. S. 358; vgl. Steinberg, H.-J. a.a.O. S. 94, der "Bernsteins Kampf gegen den 'Revolutionarismus', den vom Marxismus nicht überwundenen 'Blanquismus'", für völlig verfehlt hält, weil "nämlich an eine Revolution mit sich anschließender anarchistischer Diktatur des Proletariats in der deutschen Partei niemand glaubte". "Daß auch von den Mitgliedern die Idee einer gewaltsamen Revolution weitgehend aufgegeben worden war, muß als sicher angesehen werden (Hinweise Steinbergs auf Äußerungen Bernsteins, Adlers, Vorländer in Anm. 38-30)."

¹⁹⁸⁾ Wachenheim, H.: a.a.O. S. 359

¹⁹⁹⁾ Nettl, Peter: Rosa Luxemburg. Köln/Berlin 1967. S. 213

²⁰⁰⁾ GdAB. Bd. II. S. 33

zu keiner näheren Bestimmung des Endziels bei. Außerdem führt die illusorische Vorstellung in der Geschichtsschreibung der DDR, die Arbeiterschaft sei zu dieser Zeit revolutionär gewesen, zu einer wirklichkeitsfremden Einschätzung der Bewußtseinslage des überwiegenden Teils der deutschen Arbeiterbewegung und deshalb zu keiner Antwort auf die Frage, wie das vorhandene politische Machtpotential der Sozialdemokratie in wirkliche Macht hätte umgewandelt werden können.

Die Geschichtsschreibung der DDR, die auch kritischen Äußerungen Franz Mehrings ²⁰¹⁾ und Karl Kautskys ²⁰²⁾ an Eduard Bernstein zustimmt, führt als weitere Hauptkritikpunkte an Bernsteins Auffassungen an: Bernsteins philosophische Konzeption, die er aus dem "bürgerlichen, reaktionären Neukantianismus" ²⁰³⁾ gewann, wie sie Plechanov damals interpretierte ²⁰⁴⁾; seine "idealistische" Geschichtskonzeption, die kein erkennbares Ziel des Geschichtsprozesses annimmt: "Bernstein begründete somit den Sozialismus nicht mehr aus der gesetzmäßigen Entwicklung der Gesellschaft, sondern aus dem Wunsch nach Gerechtigkeit, er ersetzte den historischen Materialismus durch einen Eklektizismus, der vor allem ethisch-sozialistisch gefärbt war." ²⁰⁵⁾; Bernsteins Leugnung des Klasseninhalts der "bürgerlichen" Demokratie; seine Forderung, die deutsche Sozialdemokratie solle die Lehre von der "proletarischen Revolution" und der "Diktatur

201) Mehring, Franz: Eine Nachlese. In: Gesammelte Schriften. Bd. XIII: Philosophische Aufsätze. Berlin 1961; Mehring, F.: Kant und Marx. In: a.a.O.

202) Kautsky, Karl: Bernstein und das Sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik. Stuttgart 1899.

203) GdAB. Bd. II. S. 32

204) Plechanov, G.: Bernstein und der Materialismus. In: Neue Zeit v. 16.2. (1897/98). S. 545-555

205) Hesselbarth, H.: Der aufkommende Revisionismus in der Bauernfrage und Karl Kautsky. In: a.a.O. S. 343

des Proletariats" ablehnen. Der Historiker der DDR Radczun hält Bernsteins Revisionismus für den damals geschlossenen Ausdruck der bereits vorhandenen "opportunistischen" Strömungen: "Bernstein hatte einerseits in dem abstrakten Staatsbürger den Bourgeois in seiner illusionären Form als allgemeinemenschliches Ideal verabsolutiert, andererseits wollte er das Proletariat als ausgebeutete und politisch unterdrückte Klasse durch die Scheinexistenz des Proletariats als 'Staatsbürger' mit dem kapitalistischen Staat aussöhnen." 206) "Indem Bernstein den Staat jeder sozial-ökonomischen Bestimmtheit und historischen Konkretheit entkleidete, machte er sich nicht nur den Weg frei, der Diktatur die Demokratie, sondern auch der Revolution die Reform metaphysisch gegenüberzustellen und die Sozialdemokratie über einen abstrakt gefaßten Parlamentarismus mit dem bestehenden Staat zu versöhnen." 207)

Vor allem die Konsumgenossenschaften, die die kapitalistische Ausbeutung allmählich in der Zirkulation beseitigen würden, die Gewerkschaften, welche dem Arbeiter Einfluß auf die Leitung der Betriebe verschaffen sollten und den ausschließlichen Einfluß des Kapitals ausschalten werden, und die Sozialdemokratische Partei, die insbesondere als Machtfaktor in den Parlamenten zu wirken habe, waren die Mittel Bernsteins zu seinem Ziel. 208) "Seine Gesamtkonzeption lief auf einen Verzicht auf den Sozialismus hinaus und näherte sich dem, was später unter dem Begriff 'demokratischer Sozialismus' Grundanschauung der reformistischen Sozialdemokratie werden sollte: auf eine Integration des Arbeiters und der Arbeiterbewegung in eine reformierte

206) Radczun, Günter: Zum Kampf Eduard Bernsteins gegen die marxistische Lehre vom Staat und von der proletarischen Revolution. In: BZG 3/66. S. 452

207) Ebenda. S. 458

208) Hesselbarth, H.: Der aufkommende Revisionismus in der Bauernfrage u. Karl Kautsky. In: a.a.O. S. 344

und demokratisierte, aber ihrem Wesen nach immer noch kapitalistische Gesellschaft." 209) Diese wesentlich sachlicheren und genaueren Äußerungen als die seines Kollegen Radczun legte Hesselbarth 1970 vor; er warf damit auch die wichtige Frage der Integration auf und trat in die Nähe des westdeutschen Historikers Dieter Groh, für den die **Indegration** der SPD im Wilhelminischen Reich ein Schlüsselproblem ist: Er erkennt nämlich eine "negative Integration" der Arbeiterbewegung - "gekennzeichnet durch zunehmende ökonomische Besserstellung und Tendenzen zur rechtlichen und faktischen Gleichberechtigung einerseits bei gleichzeitiger grundsätzlicher Verweigerung der Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft und Fortdauer der Ausbeutung und der Unterdrückungsmaßnahmen andererseits" 209a).

Die Arbeiter "hatten, was besonders die Gewerkschaftsführer seit der Jahrhundertwende betonten, mehr zu verlieren als ihre Ketten. Sie waren aber andererseits im ökonomischen und sozialen Bereich alles andere als gleichberechtigt, und zwar weder als Einzelne im Betrieb gegenüber den Arbeitgebern, noch organisiert als Gewerkschaften gegenüber den Unternehmern und deren Verbänden; ganz zu schweigen von den Verfolgungen durch die Unternehmerorganisationen und die Behörden, denen sie bei Arbeitskämpfen ausgesetzt waren." 209b)

Politisch waren die Anhänger der SPD "aufgrund der in den Gemeinden und in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Klassen- und Zensuswahlrechte, die nur in Süddeutschland und in einigen mitteldeutschen Kleinstaaten in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg abgeschafft wurden, wie alle anderen Arbeiter und Schichten mit niederem Einkommen nicht gleichberechtigt. Darüber hinaus waren sie, ob Mitglieder der Gewerkschaften, der Partei oder nur Sympathisanten und Wähler von jeder

209) Hesselbarth, H.: Der aufkommende Revisionismus in der Bauernfrage und Karl Kautsky. In: a.a.O. S. 344

209a) Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt/M./Berlin/Wien 1973. S. 36

209b) Ebenda. S. 37

Führungs- und Vertretungsaufgabe außerhalb ihrer Organisationen und außerhalb der Parlamente, von jeder Beamtenstellung - auch wieder mit geringfügigen Ausnahmen in den süddeutschen Staaten - sowie von jeder Beschäftigung in staatlichen Betrieben radikal ausgeschlossen. Sie konnten weder Gemeinderatsmitglieder, Beigeordnete oder Bürgermeister, weder Lehrer - von der Volksschule bis zur Universität - oder sonstige Beamte, noch Berufssoldat oder Reserveoffizier werden." 209c)

Zweifellos führen die allgemeinen Perspektiven, die Bernstein - allerdings unter den spezifischen Bedingungen des Wilhelminischen Kaiserreiches - eröffnet hat, bis zum demokratischen Sozialismus, wie ihn die heutige SPD in ihrem Godesberger Grundsatzprogramm vertritt, und die Abgrenzung der Geschichtsschreibung der DDR von Bernsteins Revisionismus, der in der Tradition des ethischen Sozialismus und Neukantianismus steht, ist nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt einzuordnen.

Die Parteitage in Stuttgart 1898 und Hannover 1899 beschäftigten sich zum ersten Mal eingehend mit dem Revisionismus Eduard Bernsteins; vier Tage dauerte die Debatte über den Revisionismus auf dem Parteitag in Hannover. August Bebel, der mit einer sechsstündigen Rede diese Debatte einleitete und auch eine Resolution zur Verurteilung des Revisionismus vorschlug, wird von der Geschichtsschreibung der DDR als wichtigster Vertreter der "prinzipiell revolutionären, marxistischen" 210) Position angesehen. Übereinstimmend vertraten Historiker der DDR und BRD die These, daß Bebels Auffassungen sich mit denen deckten, "die bei der Masse der sozialdemokratischen Parteimitglieder vorhanden waren" 211); "Bebel war eben ein Teil der Masse und darum ihr bester Führer." 212) Die Geschichtsschreibung der DDR übersieht allerdings, daß Bebel zwar Bernstein verurteilte, "aber seine eigene Rede führte aus dem Zwiespalt zwischen Ideologie und Reformpolitik nicht heraus" 213), und seine Übereinstimmung mit den Auffassun-

209c) Groh, Dieter: a.a.O. S. 37

210) GdAB. Bd. II S. 34

211) Ebenda. S. 35

212) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 360

213) Ebenda

gen der Masse ist so zu interpretieren, daß er zu der Einsicht gelangt ist, dem in der Realität sich vollziehenden Wandel folge die Masse zwar ohne widerrede - denn sie sieht im konkreten Fall die Vernünftigkeit einer Veränderung ein -, daß der Versuch aber, sie theoretisch von der Notwendigkeit dieser Wandlung zu überzeugen, fast unmöglich sei ²¹⁴⁾. Dieser Interpretation widerspricht die Geschichtsschreibung der DDR, die eine übereinstimmende "prinzipiell revolutionäre, marxistische" Einstellung Bebels und der Masse sieht.

Keine Beachtung schenkt die Geschichtsschreibung der DDR dem Teil der mit großer Mehrheit auf dem Parteitag von Hannover angenommenen Resolution, die wohl an Klassenkampf, Grundanschauungen und bewährter Taktik festhielt, in der aber auch das Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien von Fall zu Fall zur Stärkung der Partei bei wahlen, Erweiterung der Rechte und Freiheiten des Volkes, Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse, Förderung von Kulturaufgaben oder Bekämpfung arbeiter- und volksfeindlicher Bestrebungen gestattet wurde ²¹⁵⁾, so daß der Versuch Rosa Luxemburgs zum Scheitern verurteilt wurde, die gesamte Reformarbeit zu verhindern.

214) Vgl. Wachenheim, H.: a.a.O. S. 360, die darauf hinweist, daß Bebel die Masse so auffaßt, wie Auer sie einmal Bernstein gegenüber beschrieben hatte.

215) Protokoll des Parteitages der SPD zu Hannover 1899. S. 243 (Resolution Bebels S. 243 f.).

6. Die Bedeutung der deutschen Sozialdemokratie in der internationalen Arbeiterbewegung

Sowohl Historiker der DDR als auch der BRD betonen, daß die deutsche Sozialdemokratie im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in der II. Internationale eine führende Stellung inne-hatte: Die SiD beherrschte "dank ihrem schnellen, stabilen Anwachsen, ihrem im Kampf gegen Bismarcks Ungerechtigkeit erworbenen Ruf, ihrer ideologischen Geschlossenheit, dank der eindrucksvollen Disziplin, ihren großen Zeitungen, der starken und hervorragenden Reichstagsfraktion die Kongresse" ²¹⁶⁾; sie erschien den anderen Parteien marxistisch, und führende deutsche Sozialdemokraten nahmen in theoretischer Hinsicht einen hervorragenden Platz innerhalb der Internationale ein; insbesondere Friedrich Engels genoß großes Ansehen.

"Der tatsächliche Anlaß zur Neugründung der 'Internationale' war weder die Verbreitung des Marxismus noch des Possibilismus, sondern die Planung gemeinsamer internationaler Aktionen der Arbeiter zur Durchsetzung des Acht-Stunden-Tages." ²¹⁷⁾ Dieser Aussage stimmt die Geschichtsschreibung der DDR in Übereinstimmung mit sowjetischen Historikern nicht zu, sondern führt gerade die Wirkung des Marxismus und des Possibilismus und die Einberufung eines internationalen Sozialistenkongresses durch die Possibilisten zu dem gleichen Zeitpunkt als Anlaß an. ²¹⁸⁾ Sie erwähnt nicht, daß man sich nicht einmal bei dem ersten Beschluß der Internationale auf ihrer Gründungstagung 1889 - der Forderung des achtstündigen Arbeitstages - auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnte.

216) Wolfe, Bertram D.: Marx und die Marxisten. 100 Jahre Theorie und Praxis einer Doktrin. Frankfurt/M./ Berlin 1965. S.241; vgl. Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale. Bd. I. Hannover 1961. S. 209; vgl. GdAB. Bd. I. S. 480 f.

217) Wolfe, B.D.: a.a.O. S. 239

218) Kriwogus, I.M. Stezkewitsch, S.M.: Abriß der Geschichte der I. und II. Internationale. Berlin 1960. S. 152 f.

Die II. Internationale hatte zwar die einheitliche Ideologie des Klassenkampfes, aber nicht die Macht, die Arbeiterschaft zu einheitlichen Aktionen zu führen. Diese Ohnmacht der II. Internationale findet in der offiziellen Historiographie der DDR keine Beachtung. Wohl verhalf das Ansehen und die Macht der deutschen Sozialdemokratie, die von den marxistischen Minderheiten in Frankreich und in anderen Ländern unterstützt wurde, den Kongressen dazu, "nach außen hin den Eindruck von Einigkeit und Geschlossenheit unter dem Banner des Marxismus zu erwecken" ²¹⁹⁾, aber "der Wunsch der einzelnen Parteien auf nationale Integration war schon vor 1914 stärker als die gemeinsame Ideologie und die gemeinsamen Resolutionen" ²²⁰⁾.

Die Geschichtsschreibung der DDR erkennt nicht an, daß die Zweite Internationale sich aus nationalen Parteien zusammensetzte, die sich über keine wichtigen Dinge einigen konnten und die ihre Differenzen vor sich selbst und der Welt "hinter gleichlautenden einstimmigen, nichtssagenden Resolutionen" ²²¹⁾ verbarg, sondern zählt gerade die Beschlüsse zu den "unvergänglichen historischen Verdiensten der II. Internationale" ²²²⁾ und mißt ihnen großen Wert für die internationale Arbeiterbewegung bei.

Kritik übt der Historiker der DDR Hesselbarth daran, daß der prinzipielle Kampf gegen den "Opportunismus" in der II. Internationale während der neunziger Jahre nicht mit der gleichen Konsequenz geführt wurde wie der Kampf gegen den Anarchismus: "Das stellte sich als folgenschwerer Mangel vor allem dann heraus, als um die Jahrhundertwende der Revisionismus auftrat." ²²³⁾

219) Wolfe, B.D.: Marx und die Marxisten. a.a.O. S. 241

220) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 441; vgl. Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Leipzig 1925. S. 224

221) Wolfe, B.D.: a.a.O. S. 255; vgl. Ritter, G.A.: a.a.O. S. 193

222) Siehe Kühnrich, Heinz, Richter, Karl: Zum 75. Jahrestag der Gründung der II. Internationale. In: BZG 5/64. S.895

223) Hesselbarth, H.: Der aufkommende Revisionismus (...). In: a.a.O. S. 656

IV. Die Darstellung und Bewertung der "Periode" vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1914

1. "Der Beginn des Zeitalters des Imperialismus"

Die Geschichtsschreibung der DDR akzeptiert Lenins Theorie des Imperialismus, ohne irgend einen kritischen Einwand dagegen auszusprechen. Nach Lenins Theorie sind nicht die achtziger Jahre sondern erst die Jahre von 1898 bis 1900 der Beginn der Zeit des Imperialismus. Der Eintritt in den Imperialismus ist für die Geschichtsschreibung der DDR der Beginn der dritten Hauptperiode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; den hohen Aussagewert der Theorie des Imperialismus für diesen Zeitabschnitt kann man an folgender Feststellung des Historikers der DDR Fricke erkennen: Wir kommen nur "zu einer klaren Analyse der dritten Hauptperiode, wenn wir alle Grundfragen der neuen Epoche auf ihr Wesen zurückführen; wenn wir also nicht bei solchen Erscheinungsformen des Imperialismus wie dem Revanchismus oder dem Revisionismus stehenbleiben, sondern sie vom Wesen des Imperialismus her untersuchen" ¹⁾.

Das Wesen des Imperialismus definierte Lenin 1916 folgendermaßen: "Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist."²⁾ Der Imperialismus unterscheidet sich

1) Fricke, Dieter: Der Kampf um die Herausbildung einer revolutionären marxistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse. Neue Probleme und Forschungsergebnisse zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der dritten Hauptperiode. In: BZG 5/64. S. 872

2) zitiert nach: Lenin, W.I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß. Berlin 1967. S. 95

vom Stadium des Kapitalismus der freien Konkurrenz, das ihm vorausging also durch folgende wesentliche ökonomische Merkmale: "1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses 'Finanzkapitals'; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet." 3)

Das letzte Stadium des Kapitalismus - der Imperialismus oder Monopolkapitalismus - darf nach der Meinung Lenins jedoch nicht nur ökonomisch definiert werden. Lenin kennzeichnet den Imperialismus "als parasitären oder in Fäulnis begriffenen Kapitalismus" 4); er sei der Vorabend der proletarischen Revolution. "Immer plastischer tritt als eine Tendenz des Imperialismus die Bildung des 'Rentnerstaates', des Wucherstaates hervor, dessen Bourgeoisie in steigendem Maße von Kapitalexport und 'Kuponschneiden' lebt. Es wäre ein Fehler, zu glauben, daß diese Fäulnistendenz ein rasches Wachstum des Kapitalismus ausschließt; durchaus nicht, einzelne Industriezweige, einzelne Schichten der Bourgeoisie und einzelne Länder offenbaren in der Epoche des Imperialismus mehr oder minder stark bald die eine, bald die andere dieser Tendenzen. Im großen und ganzen wächst der Kapitalismus bedeutend schneller als früher, aber dieses Wachstum wird nicht nur im allgemeinen immer ungleichmäßiger, sondern die Ungleichmäßigkeit äußert sich auch im besonderen in der Fäulnis der kapitalkräftigsten Länder (England)." 5)

3) Lenin, W.I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. a.a.O. S. 94 f.

4) Ebenda. S. 133

5) Ebenda

Lenin kommt zu dem Schluß, "daß privatwirtschaftliche und Privateigentumsverhältnisse eine Hülle darstellen, die dem Inhalt bereits nicht mehr entspricht und die daher unvermeidlich in Fäulnis übergehen muß, wenn ihre Beseitigung künstlich verzögert wird, eine Hülle, die sich zwar verhältnismäßig lange in diesem Fäulniszustand halten kann (wenn schlimmstenfalls die Gesundung von dem opportunistischen Geschwür auf sich warten lassen sollte), die aber dennoch unvermeidlich beseitigt werden wird" 6).

Über die Kolonialpolitik schreibt Lenin: Zu Beginn des Imperialismus, (...), "als die ganze Welt verteilt war, da begann unvermeidlich die Ära des monopolistischen Kolonialbesitzes und folglich auch eines besonders verschärften Kampfes um die Aufteilung und Neuaufteilung der Welt" 7).

Zu den politischen Erscheinungen des Imperialismus gehören nach Meinung Lenins Reaktion und Unterdrückung: "Aus einem Befreier der Nationen, der er in der Zeit des Ringens mit dem Feudalismus war, ist der Kapitalismus in der imperialistischen Epoche zum größten Unterdrücker der Nationen geworden. Früher fortschrittlich, ist der Kapitalismus jetzt reaktionär geworden, er hat die Produktivkräfte so weit entwickelt, daß der Menschheit entweder der Übergang zum Sozialismus oder aber ein jahre-, ja sogar jahrzehntelanger bewaffneter Kampf der 'Groß'mächte um die künstliche Aufrechterhaltung des Kapitalismus mittels der Kolonien, Monopole, Privilegien und jeder Art von nationaler Unterdrückung bevorsteht." 8) Untrennbar miteinander verbunden seien Imperialismus und Militarismus.

Ebenso wie zwischen Imperialismus und Militarismus besteht für Lenin ein Zusammenhang zwischen Imperialismus und "Opportunismus": "Dadurch, daß die Kapitalisten eines Industriezwei-

6) Lenin, W.I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. a.a.O. S. 136

7) Ebenda. S. 132

8) Lenin, W.I.: Sozialismus und Krieg. In: Werke Bd. XXI. Berlin 1968. S. 302

ges unter vielen anderen oder eines Landes unter vielen anderen usw. hohe Monopolprofite herauszuschlagen, bekommen sie ökonomisch die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minderheit der Arbeiter zu bestechen und sie auf die Seite der Bourgeoisie des betreffenden Industriezweiges oder der betreffenden Nationen gegen alle übrigen hinüberzuziehen. Diese Tendenz wird durch den verschärften Antagonismus zwischen den imperialistischen Nationen wegen der Aufteilung der Welt noch verstärkt. So entsteht der Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus, (...)." 9)

Da die Entwicklung des Kapitalismus in den verschiedenen Ländern sehr ungleichmäßig vor sich gehe, vertritt Lenin die These, daß auch der Sozialismus nicht zugleich "in allen Ländern siegen"¹⁰⁾ wird. "Der Sieg des Sozialismus" ist zunächst "in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich" ¹¹⁾.

Keiner der Hauptgedanken, die Lenins Imperialismustheorie zugrunde liegen, geht wirklich auf ihn zurück; er nahm sie vielmehr von dem englischen liberalen Imperialismuskritiker Hobson und von marxistischen Kritikern wie Hilferding, Luxemburg und Bucharin auf. ^{11a)} Der Anteil dieser Autoren an seiner Theorie wird jedoch weder von Lenin selbst noch von der Geschichtsschreibung der DDR vollauf eingestanden.

Zwei große Vorteile läßt die Theorie Lenins erkennen:
erstens, daß er die Problematik der ungleichmäßigen

-
- 9) Lenin, W.I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. a.a.O. S. 134
- 10) Lenin, W.I.: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution. In: Lenin. Ausgewählte Werke. Bd. I. Moskau 1946. S. 878
- 11) Lenin, W.I.: Über die Lösung der vereinigten Staaten von Europa. In: Lenin. A.W. Bd. I. Moskau 1946. S. 753
- 11a) Kettenbach, Hans-Werner: Lenins Theorie des Imperialismus. Teil I: Grundlagen und Voraussetzungen. Köln 1965. S. 11 f.; Meyer, Alfred G.: Lenins Imperialismustheorie. In: Imperialismus. Hrsg. v. Wehler, Hans-Ulrich. Köln/Berlin 1970. S. 148. Anm. 7

Entwicklung und ihrer weitverzweigten Auswirkungen in den Brennpunkt rückte, und zweitens die Beharrlichkeit, mit der er gegenüber einer partiellen Kritik an einzelnen Erscheinungen des Industriekapitalismus auf einer Kritik des Gesamtsystems bestand und die Vorstellung von einer Totalität der ökonomischen, sozialen und politischen, auch der sozialpsychischen Zusammenhänge im Auge behielt. ¹²⁾

Bei der Kritik von Lenins Imperialismustheorie muß man konstatieren, daß zwar die Tendenz zur "Konzentration der Produktion und des Kapitals" zweifelsfrei ist, aber die Konkurrenz dadurch nicht aufgehoben sondern verwandelt wird, und an die Stelle des Preiskampfs im gewissen Maß die Konkurrenz um die Kosten, um die Qualität, die Konkurrenz der Werbeapparate um die "Meinung" der Käufer tritt. ¹³⁾

"Entgegen der verbreiteten Auffassung, daß die Aktiengesellschaft in den Monopolkapitalismus ein beachtliches Element ökonomischer Demokratisierung hineingetragen habe, behauptete Lenin, daß die weite Streuung von Aktien in den Händen relativ desinteressierter kleiner Kapitalbesitzer es einer kleinen Clique von Großkapitalisten ermögliche, ihre Herrschaft über die Aktiengesellschaften zu errichten, selbst wenn sie weit weniger als 51 % der Aktien kontrollieren." ¹⁴⁾

Mit der Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital erkannte Lenin eine weit verbreitete Erscheinung: Sie trifft z.B. auf Deutschland zu, in vielen anderen Ländern blieb aber das Industriekapital der wichtigste Faktor. Die Bedeutung des Kapitalexports wurde von Lenin über-

¹²⁾ Vgl. Imperialismus. Hrsg. v. Wehler, Hans-Ulrich. Köln/Berlin 1970. S. 20 der Einleitung

¹³⁾ Vgl. Hofmann, Werner (u. Mitw. v. Abendroth, Wolfgang): Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Berlin 1968. S. 220

¹⁴⁾ Meyer, Alfred G.: Lenins Imperialismustheorie. In: Imperialismus: a.a.O. S. 149. Anm. 12, mit Hinweis auf Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Werke. Bd. XXII. S. 231 f.

schätzt, und die Hauptrichtung, die nicht in die Kolonialgebiete sondern vorwiegend in ökonomisch vergleichbare Länder wies, sah er nicht.

Lenins Imperialismustheorie enthält zwei Hauptnachteile: erstens das starre Periodisierungsschema, das sich längst als ungenügend erwiesen hat, weil es dem historischen Verlauf nicht entspricht; "zweitens die These vom stagnierenden bzw. faulenden Kapitalismus, da sie die unleugbaren Widersprüche und Krisen in der Entwicklung des Industrialismus für die einzige oder eine Haupttendenz des Systems hielt, das sich gerade seit der Mitte der 1890er Jahre in neuen Wellen der auf der wissenschaftlichen Technologie beruhenden Hochindustrialisierung voranbewegte" ¹⁵⁾. Wolfe vertritt mit Recht die These, Lenin habe den Beginn des Imperialismus auf die Zeit von 1898 bis 1900 angesetzt, weil Friedrich Engels, der 1895 gestorben war, bis zu seinem Tod diesem Phänomen keine zentrale Bedeutung zugemessen hatte, so daß Lenin erst für den von einem der Begründer des Marxismus nicht mehr verbindlich interpretierten Zeitabschnitt seinen Begriff anwenden konnte. ¹⁶⁾

Aus dem "Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung" und aus der Lehre von der "Verschärfung der Widersprüche" innerhalb der kapitalistischen Welt zog Lenin die Folgerung: Eine sozialistische Revolution kann zunächst in einem Land, und zwar in einem ökonomisch zurückgebliebenen, Erfolg haben und sich dauerhaft stabilisieren. Diese Feststellung mußte dann zuerst die bolschewistische Revolution in Rußland rechtfertigen. Schröder meint, daß die leninistische Imperialismusausslegung letztlich sogar zu der These führen kann, "daß dem nationalen Befreiungskampf der kolonialen und halbkolonialen

¹⁵⁾ Imperialismus. a.a.O. S. 20 der Einleitung

¹⁶⁾ Wolfe, B.: Marx und die Marxisten. 100 Jahre Theorie und Praxis einer Doktrin. Frankfurt/M./Berlin 1965. S. 98 f.

Völker der Vorrang vor dem Klassenkampf des westlichen Industrieproletariats zukomme. Sind die Kolonien die Hauptstützen des modernen Kapitalismus, sind die aus ihnen gezogenen Extraprofite das Mittel zur Korruption der Arbeiterschaft in den Industriestaaten, so muß der Befreiungskampf der Kolonialvölker nicht nur, wie Lenin gefordert hatte, mit dem Emanzipationskampf des westlichen Industrieproletariats koordiniert werden, sondern er erhält schließlich sogar die Priorität und größere Bedeutung." ¹⁷⁾ "Als letzte, zugespitzte Schlußfolgerung aus der leninistischen Imperialismustheorie erhält also in eigentümlicher Umkehrung der Marxschen Prioritäten die Revolutionierung der asiatischen und afrikanischen Völker den Vorrang vor einer Revolutionierung des Industrieproletariats." ¹⁸⁾ Diese gravierende Transformation der marxistischen Theorie durch Lenin wird von der Historiographie der DDR ignoriert, denn sie behauptet: "Lenin hat als erster eine allseitige, auf marxistischer Grundlage beruhende Analyse des Imperialismus und eine klassenmäßige Antwort auf die herangereiften neuen Fragen des revolutionären Klassenkampfes gegeben. Damit hat er die theoretischen Erkenntnisse von Marx und Engels schöpferisch angewandt und weiterentwickelt. Lenin entwickelte eine geschlossene Theorie über den Imperialismus. Dabei verteidigte er den Marxismus gegen alle bürgerlichen und revisionistischen Auffassungen, deren Vertreter die neuen, in der Tiefe der kapitalistischen Entwicklung vor sich gehenden Prozesse zum Anlaß nahmen, den Marxismus zu revidieren, ihn seines revolutionären Inhalts zu berauben oder als veraltet zu erklären." ^{18a)}

Berücksichtigen muß man allerdings in diesem Zusammenhang einen Hinweis Meyers. Er schreibt zwar auch über diese neue Entwicklungstheorie Lenins: "Industrielle Leistungsfähigkeit und radikale politische Ideen

¹⁷⁾ Schröder, Hans-Christoph: Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der "Weltpolitik" vor 1914. Teil I. Hannover 1968. S. 23

¹⁸⁾ Ebenda

^{18a)} Haak, Ernst, Wunderlich, Hannes: Grundkurs zu Lenins Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus". Berlin 1971. S. 8 (Einleitung)

entwickeln sich im umgekehrten und nicht wie der Marxismus behauptet hatte in direktem Verhältnis zueinander. Die Revolution wird nicht in den Ländern hervorgebracht, in denen der Kapitalismus hoch entwickelt ist, sondern dort, wo er sich noch in seiner Anfangsphase befindet." 18b) Doch fügt er die Einschränkung hinzu: "Wenn diese Theorie auch von den ursprünglichen marxistischen Vorstellungen über die historische Entwicklung beträchtlich abweicht, so läßt sie sich doch mit anderen Aspekten des Marxismus vereinbaren, besonders mit der marxistischen Wissenssoziologie, die weitgehend darauf hinausläuft (wenn sie es auch nicht zu beweisen vermag), daß der 'underdog' stets eher bereit und besser im Stande ist, die schlechten und überholten Zeiten des herrschenden Systems zu kritisieren und zu überwinden. Lenins Theorie sieht den 'underdog' der imperialistischen Gesellschaft in den arbeitenden Klassen der rückständigen und halbkolonialen Nationen." 18c)

18b) Meyer, Alfred G.: Lenins Imperialismustheorie. In: Imperialismus. a.a.O. S. 141

18c) Ebenda

2. Die Auseinandersetzungen mit den Revisionisten, insbesondere auf dem Dresdner Parteitag von 1903

Der Dresdner Parteitag von 1903 war in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914 ein Höhepunkt in der Diskussion um den Revisionismus; diese Einschätzung vertreten sowohl Historiker der DDR als auch der BRD ¹⁹⁾. Dieser Parteitag, "der einen Meilenstein in der inneren Entwicklung der Partei darstellt" ²⁰⁾, kann nämlich "als der Abschluß des in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begonnenen Versuchs angesehen werden, die marxistische Grundlage der sozialdemokratischen Programmatik zu ändern, eines Versuchs, der, was das offizielle Programm betrifft, gescheitert war und erst nach dem ersten Weltkrieg wieder aufgenommen wurde" ²¹⁾.

Das Thema der Hauptauseinandersetzung dieses Parteitages war "Reichstagswahlen, Vizepräsidentenfrage, revisionistische Bestrebungen"; August Bebel und Georg von Vollmar waren die Referenten zu diesen Tagesordnungspunkten. Zwar sprach Bebel in seiner Rede den Satz aus: Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen" ²²⁾, doch war er "keineswegs der Überzeugung, daß die Partei, um zur rücksichtslosen Machtergreifung bereit zu sein, sich in der Gegenwart jeder praktischen Arbeit entziehen müsse. Was ihn erregte, waren Kompromisse mit den Bürgerlichen, die er - obwohl auch nicht stets - für Verrat an der Masse hielt." ²³⁾ Die Geschichts-

19) GdAB. Bd. II. S. 67; Miller, S.: Das Problem der Freiheit im Sozialismus. a.a.O. S. 16

20) Miller, S.: a.a.O. S. 16

21) Ebenda. S. 226

22) Protokoll des Parteitages der SPD zu Dresden 1903. S. 313

23) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 378

schreibung der DDR ignoriert die Ansicht Bebels, daß sich die SPD auch schon in der Gegenwart bemühen müsse, die Lage der Arbeiter zu verbessern, soweit es auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung möglich sei.

Historiker der DDR heben ebenso wie Historiker der BRD den Teil der Resolution hervor, in dem der Revisionismus zurückgewiesen wird: "Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt. Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerliche in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt. (...) Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an die bürgerlichen Parteien zu erleichtern."²⁴⁾ Geleugnet wird von der Geschichtsschreibung der DDR die bemerkenswerte Tatsache, daß die Resolution den Anspruch auf das Vizepräsidenten- und ein Schriftführeramt im Reichstag unterstützte; allerdings lehnte sie die "höfischen Verpflichtungen" und alles ab, was nicht durch die Reichsverfassung begründet war. Die Resolution wurde mit 288 gegen 11 Stimmen angenommen; viele Revisionisten erklärten, daß das, was in der Resolution als Revisionismus bezeichnet werde, nicht ihre Politik sei, und sie stimmten aus diesem Grund der Resolution zu. Wachenheim beurteilt diesen Parteitag so: "Der Dresdner Parteitag war ein Fiasko. Er wollte das Bild einer die kapitalistische Gesellschaft bedrohenden radikalen,

²⁴⁾ Protokoll des Parteitages der SPD zu Dresden 1903. S. 480 f. (Zit. in: GdAB. Bd. 11. S. 68; Wachenheim, H.: a.a.O. S. 379)

staatsfeindlichen Partei erhalten. Auf Versuche, die dieses Bild während der Jahre, seit denen das Sozialistengesetz erloschen war, in Realität verwandelt hätten, konnte er jedoch nicht hinweisen - sie waren auch nie gemacht worden -, auch nicht auf Pläne, die dieses Bild nun nach 13 Jahren verwirklichen sollten. Denn sie bestanden nicht, und wurden auch in Dresden nicht überdacht und nicht festgelegt." ²⁵⁾ Für diese Bewertung spricht auch die Meinung vieler Parteiblätter, "daß der Parteitag den Genossen Steine statt Brot gegeben habe und zu den unfruchtbarsten gezählt werden müsse, die die Partei seit langem aufzuweisen hatte" ²⁶⁾. Mit dieser schwerwiegenden Problematik befaßt sich die Geschichtsschreibung der DDR jedoch nicht, sondern bedauert, daß der Kampf gegen die Revisionisten in Dresden nicht entschieden genug bis zu ihrem Ausschluß aus der Partei weitergeführt wurde ²⁷⁾: "Die Inkonsequenz, die auf dem Dresdner Parteitag im Kampf gegen die Träger des bürgerlichen Einflusses in der deutschen Arbeiterbewegung zum Ausdruck gekommen war, wirkte sich auf die weitere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung verhängnisvoll aus. Sie ermöglichte es den opportunistischen Kräften, die Beschlüsse zwar formal anzuerkennen, gleichzeitig aber ihren Einfluß auf die Arbeit in der Partei, den Gewerkschaften und anderen proletarischen Massenorganisationen auszubauen und dort Schritt für Schritt in die entscheidenden Positionen einzudringen." ²⁸⁾

25) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 380

26) Ebenda

27) GdAB. Bd. II. S. 68

28) Ebenda. S. 69

3. Der Aufstieg der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften konnten nach der Jahrhundertwende einen beträchtlichen Zuwachs ihrer Mitgliederzahl verzeichnen: "1900 und 1901 hatten die der Generalkommission angeschlossenen Verbände rund 680 000 Mitglieder, 100 000 mehr als 1899. 1902 mit dem Anstieg der Konjunktur und den von ihr zu erwartenden Streiks und sonstigen Arbeiterbewegungen stieg die Mitgliedschaft auf 733 206; das entsprach 14,4 % aller Arbeiter, die das Koalitionsrecht hatten. Im Jahre 1904, während die Konjunktur andauerte und die Zahl der Arbeitskämpfe anstieg, waren schon über eine Million in den Gewerkschaften: 20,4 % der in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen. 24 % der männlichen Arbeiter."²⁹⁾ Mit diesem Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung entstand ein umfangreicher Gewerkschaftsapparat mit hauptberuflichen Funktionären: 1902 standen etwas mehr als 100 Personen hauptberuflich im Dienst der Gewerkschaften. 1905 waren es über 500, 1908 über 1200, 1911 über 1700 und 1913 über 2100. ³⁰⁾

Diese Gewerkschaftsfunktionäre werden von der Geschichtsschreibung der DDR als die entscheidende Stütze des "Opportunismus" in der Gewerkschaftsbewegung angesehen: "Die mächtige und zahlenmäßig relativ starke Gewerkschaftsbürokratie nutzte die von den Massen trotz ihrer opportunistischen Führung erkämpften gewerkschaftlichen Erfolge zum Ausbau ihrer Machtpositionen aus und propagierte diese Erfolge als 'Beweis' für die Richtigkeit ihres reformistischen Kurses, der auf das Nurgewerkschaftertum im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft gerichtet war. Von seiten führender Vertreter der freien Gewerkschaften wurde immer nachdrücklicher die Forderung

²⁹⁾ Wachenheim, H.: a.a.O. S. 385; die Zahlen über die Mitgliedschaft stammen aus den jährlichen Berichten des Korrespondenzblattes der Generalkommission.

³⁰⁾ Varain, Heinz-Josef: Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890-1920). Düsseldorf 1956. S. 59

nach einer angeblich parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften, das heißt nach ihrer Beschränkung auf die Kleinarbeit im Rahmen der kapitalistischen Ausbeuterordnung, und der völligen 'Unabhängigkeit' von der marxistischen deutschen Sozialdemokratie erhoben." 31)

Die Geschichtsschreibung der DDR sieht zwar die wachsende organisatorische Stärke der Gewerkschaftsbewegung als positiv an, wertet aber die Tätigkeit und die Anschauungen der Gewerkschaftsführer als "opportunistisch" ab und erkennt die Leistungen der Gewerkschaftsführer nicht an, die sich auf sozialpolitischem Gebiet, insbesondere im Versicherungswesen, in Tarifverträgen mit Unternehmern, in der Zunahme der Mitgliedschaft von 1897 bis 1906 um das Vierfache und ihrer Einnahmen in diesem Zeitraum um das Zehnfache zeigten, weil sie ihrer Meinung nach das "Nurgewerkschaftertum" praktizierten und den politischen Primat der Partei angeblich in Frage stellten und schließlich auch die Gleichberechtigung in politischen Fragen in der Diskussion über den Massenstreik 1905/06, in der Parteivorstand und Generalkommission sich auf ein gemeinsames Vorgehen festlegten, in den Verhandlungen der beiden Zentralinstitutionen über die Form der Feier des 1. Mai erreichten. Ritter stellt zu der Frage, ob die Partei deswegen vor den Gewerkschaften kapituliert habe, mit Recht fest: Die Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission sind "lediglich ein Ausdruck der realen Machtverhältnisse, in denen die Partei nicht daran denken konnte, ohne die Unterstützung der Freien Gewerkschaften, die ihr an Mitgliederzahl und Geldmitteln weit überlegen waren, einen Massenausstand der Arbeiter unter normalen Verhältnissen erfolgreich durchzuführen. Nicht das Prinzip der Mitbestimmung in politischen Fragen, sondern der von vielen Partei-

31) GdAB. Bd. II. S. 59; vgl. auch Griep, Günter: a.a.O. S. 68 f. u. Fricke, Dieter: Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890-1914). Dokumente und Materialien. Leipzig 1962. S. 249 f.

funktionären und vor allem den orthodoxen Marxisten geteilte Mangel an politischem Machtwillen der meisten Gewerkschaftsführer und die Tendenz, die aufkommenden Fragen allzu einseitig nach den voraussichtlichen Rückwirkungen auf die Organisationsarbeit zu entscheiden, war das Bedenkliche an der Vergewerkschaftung der Sozialdemokratie, die mit der Vernachlässigung der ideellen Antriebe der Partei und der einseitigen Beschränkung auf die Vertretung der materiellen Interessen der Arbeiterschaft sich selbst einen ihrer Lebensfäden abschnitt. Die von der Sozialdemokratie angestrebte Reform der Verfassungsstruktur des Reiches und Preußens erforderte nicht nur rechnerisches Abwägen, sondern auch politischen Elan und die Bereitschaft, Risiken einzugehen." 32)

32) Ritter, G.A.: a.a.O. S. 174 f.

4. "Der Einfluß der Revolution von 1905 - 1907 in Rußland"

Die Geschichtsschreibung der DDR schätzt die Bedeutung der ersten russischen Revolution höher ein als westliche Historiker: "Die bürgerlich-demokratische Revolution von 1905 in Rußland besaß große internationale Bedeutung. Sie war die erste Volksrevolution unter proletarischer Führung in der Epoche des Imperialismus und brachte Mittel und Formen des Kampfes hervor, die die früheren Revolutionen nicht gekannt hatten. Ihr gesamter Verlauf, ihre Ergebnisse und Lehren bewiesen, daß sich das Zentrum der internationalen revolutionären Bewegung nach Rußland verlagert hatte und das russische Proletariat zur Avantgarde des Weltproletariats geworden war." ³⁵⁾ Das Jahr 1905 "wurde zu einem wichtigen Einschnitt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" ³⁶⁾.

Sowohl Historiker der DDR als auch der BRD weisen auf folgenden Wirkungen der ersten russischen Revolution in der deutschen Arbeiterbewegung hin: Es fand ein allgemeiner Aufschwung des revolutionären Empfindens in der deutschen Arbeiterschaft statt, und die Frage des politischen Massenstreiks stand unmittelbar danach auf der Tagesordnung der Gewerkschafts- und Parteikongresse. Die Begeisterung, die die Arbeitermassen und Partei- und Gewerkschaftsführer in Deutschland für die russische Revolution erfüllte, führte zu Sympathiekundgebungen und Geldsammlungen für die russischen Revolutionäre. Die starke Zunahme der Streikämpfe 1905, als ebensoviele Arbeiter wie in den vier vorhergehenden Jahren zusammen streikten, wird allerdings nicht ausschließlich als Auswirkung dieser Revolution aufgefaßt. Außerdem entstand eine Massenbewegung zur Bekämpfung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, die sich von Sachsen aus über das ganze Reich verbreitete.

³⁵⁾ GdAB. Bd. II. S. 86

³⁶⁾ Fricke, Dieter: Der Aufschwung der Massenkämpfe der deutschen Arbeiterklasse unter dem Einfluß der russischen Revolution von 1905. In: ZfG 4/1957. S. 770

Einig sind sich Historiker der DDR und BRD auch in der Auffassung, daß die deutschen Parteiführer verschiedene Meinungen über die historische Einordnung der ersten russischen Revolution - besonders in der Frage der Stellung des Proletariats in der Revolution - vertraten und noch zerstrittener in der Frage der politischen Bedeutung der russischen Ereignisse für die deutsche Arbeiterbewegung waren - insbesondere über den politischen Massenstreik gab es konträre Auffassungen.

Die Geschichtsschreibung der DDR lehnt die Beurteilung der Revolution durch die Revisionisten ab und vertritt die Ansicht: "Die Marxisten hatten gegen viele Entstellungen und Verleumdungen zu kämpfen, um ihre Meinung über die Revolution in Rußland und die Anwendung wichtiger Lehren zu verbreiten und durchzusetzen. August Bebel, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin und vielen anderen revolutionären Sozialdemokraten gebührt das Verdienst, den Blick der deutschen Arbeiterklasse auf wichtige Lehren dieser Revolution gelenkt zu haben. Auch Karl Kautsky verfolgte das große Ereignis mit Aufmerksamkeit und zog wichtige Schlußfolgerungen." 37)

Die Geschichtsschreibung der DDR weist einerseits nachdrücklich darauf hin, daß August Bebel deutlich und wirkungsvoll seine Sympathie für die russische Revolution und das russische Volk in den Debatten des Reichstags zum Ausdruck brachte 37a), verschweigt aber andererseits nicht, daß er es auf dem Mannheimer Parteitag 1906 ablehnte, ähnliche Methoden in Deutschland anzuwenden wie in Rußland, weil die Situation in Deutschland nicht mit der in Rußland zu vergleichen sei 37b).

37) GdAB. Bd. II. S. 93

37a) Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905-1907 auf Deutschland. Hrsg. v. Prof. Dr. Leo Stern. Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 2/1. Berlin 1955 S. LX

37b) Ebenda. S. LX f.

Auch Karl Kautsky wird von der Historiographie der DDR einer Kritik unterzogen: Er habe zwar 1905 behauptet, kein Regime in Europa stehe dem russischen so nahe wie das deutsche ^{37c)}, und sei nach dem Moskauer Dezemberaufstand 1905 für eine neue Barrikadentaktik eingetreten,- "aber K A U T S K Y zog bereitwillig revolutionäre Folgerungen - wenn es sich um andere Länder, um die Vergangenheit oder die ferne Zukunft handelte" ^{37d)}. Revolutionäre Aktionen des deutschen Proletariats habe er nicht als beste Hilfe für die russische Revolution empfohlen.

37c) Ebenda. S. LXI

37d) Ebenda. S. LXII

In der Darstellung der Geschichtsschreibung der DDR kommt nicht zum Ausdruck, daß es Karl Kautsky nicht gelang, "die russischen Ereignisse in sein vermeintlich marxistisches Schema einzuordnen. Obwohl vom Proletariat getragen, sei sie keine sozialistische und trotz ihrer Aufgabe, die Demokratie im Zarenreich an die Stelle des Feudalismus zu setzen, keine bürgerliche Revolution." ³⁸⁾ Ebenso ist aus der Geschichtsschreibung der DDR nicht ersichtlich, daß August Bebel zwar in der Beurteilung der Aussichten der russischen Revolution mit Kautsky übereinstimmte ³⁹⁾, doch selbst diese Revolution nicht "Bebels Auffassung von der Umgestaltung der Gesellschaft als der Folge eines naturnotwendigen Prozesses, den zu beeinflussen nicht möglich war" ⁴⁰⁾, zu erschüttern vermochte.

Die Geschichtsschreibung der DDR geht auch nicht darauf ein, daß Rosa Luxemburg, die wohl im russischen Proletariat die Avantgarde der Revolution begrüßte, die zum erstenmal in einem revolutionären Prozeß die führende und entscheidende Rolle spielte, außerdem auch die These vertrat: "Für die dauernde Behauptung der politischen Macht in den Händen der Arbeiterschaft seien die russischen Verhältnisse aber längst noch nicht reif." ⁴¹⁾

Nicht angemessen beachtet die Geschichtsschreibung der DDR folgenden wichtigen Sachverhalt: "So sehr die deutsche Sozialdemokratie die russische Revolution und den Kampf der russischen Arbeiter bewunderte, so wenig sah sie in der

38) Lösche, Peter: Der Bolschewismus im Urteil der Deutschen Sozialdemokratie 1903-1920. Mit einem Vorwort von Georg Kotowsky, Berlin 1967. S. 38

39) Vgl. Lösche, Peter: a.a.O. S. 39 Anm. 40 (Hinweis auf Protokoll des Parteitages der SED 1905. S. 306; Protokoll des Parteitages der SED 1906. S. 231 f. u. Protokoll des Parteitages der SED 1911. S. 170).

40) Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 62 f.

41) Lösche, P.: a.a.O. S. 37

russischen Sozialdemokratie den Träger der revolutionären Bewegung. Die bisherige Unkenntnis und Zurückhaltung gegenüber den Vorgängen in der Partei des Nachbarlandes lösten jetzt Empörung und Verärgerung über die streitenden Bolschewiki und Menschewiki aus, die selbst in historisch entscheidenden Zeiten sich nicht auf eine gemeinsame Politik und Taktik einigen konnten." ⁴²⁾ "Enttäuscht und empört wandten sich die deutschen Parteiführer von den Bolschewiki und Menschewiki ab, als diese in einer objektiv revolutionären Situation sich nicht auf eine gemeinsame Politik einigen konnten. Ihre Appelle und der Druck der Parteiöffentlichkeit durch die Parteizeitungen trugen zwar dazu bei, daß schließlich notdürftig eine Verständigung in Stockholm erreicht wurde, doch blickte man weiter mit Skepsis auf die zerstrittene Emigrantenpartei. Bolschewiki und Menschewiki schienen gleichermaßen verkrampft und doktrinär, Sympathie konnte man für keine Seite gewinnen. Nur die 'Sozialistischen Monatshefte' nahmen eindeutig gegen die Bolschewiki und ihre Taktik Stellung und unterstützten die 'vernünftigen' russischen Sozialdemokraten." ⁴³⁾

⁴²⁾ Lösche, P.: a.a.O. S. 43

⁴³⁾ Ebenda. S. 47

Die Historiographie der DDR weist ihrerseits auf Vorschläge Bebels hin, zwischen Bolschewiki und Menschewiki durch ein Schiedsgericht zu vermitteln ^{43a)}, die die "zentristische" Haltung der deutschen Parteiführung in der russischen Revolution 1905-1907 charakterisieren. Sie trifft die für ihre Sichtweise typische Feststellung: Von 1905-1907 "änderte sich an der Sympathie der sich immer mehr auf einen zentristischen Standpunkt begebenden Parteigremien der SPD für die Menschewiki nichts. Die deutschen Linken aber näherten sich trotz ihrer theoretischen Schwächen durch den praktischen revolutionären Kampf sowohl in den Fragen der Einschätzung der russischen Revolution als auch in der Anwendung ihrer Lehren auf Deutschland dem Standpunkt der Bolschewiki." ^{43b)}

Abschließend ist festzuhalten, daß Historiker der DDR die Wirkung der ersten russischen Revolution auf die deutsche Arbeiterbewegung zu unkritisch überbetonen. Der westdeutsche Historiker Groh kommt freilich 1973 auch zu einer ähnlichen Hochschätzung - allerdings mit differenzierteren Schlußfolgerungen: "Die erste russische Revolution hat (...) binnen kurzem eine Scheidung angebahnt, vor der alle früheren verblaßten und die nicht mit Kategorien wie revisionistisch-reformistisch-praktizistisch und marxistisch-orthodox beschrieben werden kann. Die alte Frage, ob man bereit war, das Potential der Partei zu politischen Zwecken aktiv einzusetzen oder es vorzog, im traditionellen revolutionären Attentismus zu verharren, erhielt neue Aktualität. Die besten Kräfte der Partei, was politisch-praktisches Sensorium und theoretisch-kritisches Vermögen anlangt, folgten unter der Zentrifugalkraft der Frage 'Was tun?' dem Trend zunehmender Flügelbildung in der Sozialdemokratie, wobei sich der rechte Flügel auf die Arbeit im Parlament und der linke auf die Diskussion außerparlamentarischer Machtmittel konzentrierte." ^{43c)}

^{43a)} Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905-1907 auf Deutschland. Hrsg. v. Prof. Dr. Leo Stern. Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 2/II. Berlin 1956. S. XXI

^{43b)} Ebenda. S. XVI f.

^{43c)} Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. a.a.O. S. 63

5. Die "Massenaktionen" der deutschen Arbeiterbewegung

Historiker der BRD und DDR verzeichnen um die Jahrhundertwende ein Ansteigen der Streikämpfe; insbesondere in den Jahren von 1903 bis 1906 war die stärkste Streikbewegung.⁴⁴⁾ Der Crimmitschauer Textilarbeiterstreik 1903, die Streiks der Ruhrbergarbeiter 1903 und 1912, der Mansfelder Bergarbeiterstreik 1909, der Streik der Bauarbeiter 1910 und der Werftarbeiterstreik 1913 werden von dem Historiker der DDR Fricke für die Zeit von 1900 bis 1914 als besonders bedeutend eingeschätzt.⁴⁵⁾ Wachenheim beschränkt sich darauf, den Crimmitschauer Textilarbeiterstreik 1903 und die Streiks der Ruhrbergarbeiter 1905 und 1912 als wichtige Aktionen hervorzuheben.⁴⁶⁾

Die Massenkundgebungen während der Beratungen des Senats zur Wahlrechtsänderung in Hamburg Anfang Januar 1906 werden von der Geschichtsschreibung der DDR als der erste politische Massenstreik der deutschen Arbeiterbewegung angesehen.⁴⁷⁾ Weitere politische Massenstreiks waren nach der Darstellung der Geschichtsschreibung der DDR "gegen den blutigen Polizeiterror und die Verweigerung des demokratischen Wahlrechts"⁴⁸⁾ in Frankfurt am Main 1910 und die Streiks in Hanau und Kiel in dem gleichen Jahr. Westdeutsche Historiker halten diese Wahlrechtskämpfe nicht für politische Massenstreiks. Sowohl Historiker der DDR als auch der BRD schenken den Wahlrechtskämpfen angemessene Beachtung, die 1905 und in den folgenden Jahren, insbesondere 1910 in Preußen, Sachsen und anderen Gebieten Deutschlands stattfanden.

Der Crimmitschauer Textilarbeiterstreik von 1903, der über fünf Monate lang eine ganze örtliche Industrie stilllegen

44) Vgl. GdAB. Bd. II. u.a. S. 45, 75, 77, 83, 102; wachenheim, H.: a.a.O. S. 386 f.

45) Vgl. Fricke, Dieter: Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890-1914) a.a.O. S. 255

46) Vgl. Wachenheim, H.: a.a.O. S. 388, S. 391. S. 524

47) Vgl. GdAB. Bd. II. S. 102

48) Ebenda. S. 150

konnte und die Arbeiterschaft in ganz Deutschland erregte - denn die Forderung nach dem Zehnstundentag war in vielen Betrieben der Großstädte schon erreicht worden -, wurde durch einen Aufruf von Carl Legien und dem Vorsitzenden der Textilarbeiter auf einer Vertrauensleuteversammlung abgebrochen. Die Geschichtsschreibung der DDR nennt das Ende des Streiks einen "verräterischen Abbruch" ⁴⁹⁾ in einer "für die kämpfenden Crimmitschauer Textilarbeiter günstigen Situation" ⁵⁰⁾. Die Lage war jedoch sicherlich nicht als günstig anzusehen: Seit Ende Oktober hatten die Unternehmer nämlich als Ersatz für die Streikenden eine beträchtliche Anzahl an Arbeitswilligen aus Bayern, Böhmen und Gallizien hereingeholt. Außerdem hatten die streikenden Arbeiter Angst, die Crimmitschauer Textilindustrie würde vernichtet werden und die Arbeiter der Stadt würden dauernd brotlos bleiben; sie fürchteten auch um die Existenz des Textilarbeiterverbandes, denn eine Versammlung von Industriellen in Berlin hatte den Crimmitschauer Textilindustriellen jede Unterstützung zugesagt, und die Arbeiter folgten deshalb dem Ruf nach Streikabbruch.

Das Eingreifen der sächsischen Regierung zugunsten der Crimmitschauer Textilfabrikanten wird von Historikern der DDR und der BRD verurteilt: Während jedoch Wachenheim konstatiert, daß das Verhalten der sächsischen Regierung die Überzeugung vom Klassenstaat und von der Notwendigkeit stärkte, die gewerkschaftliche Arbeit durch die politische zu untermauern ⁵¹⁾, trifft die Geschichtsschreibung der DDR die Feststellung: "Der Streik widerlegte überzeugend die Behauptung der Revisionisten von der Abschwächung des Klassenkampfes und von der Möglichkeit eines friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus im Rahmen der kapitali-

49) BdAB. Bd. II. S. 77

50) Ebenda

51) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 390

stischen Ausbeuterordnung." 52)

Der Ruhrbergarbeiterstreik von 1905 war der größte Streik bis zu diesem Zeitpunkt: mehr als 200 000 Bergarbeiter beteiligten sich daran. Sowohl dieser Bergarbeiterstreik als auch der von 1912 wurde von den "reformistischen" Gewerkschaftsbeamten abgebrochen, trotz des ungebrochenen Kampfwillens der Bergarbeiter, für die der Streikabbruch völlig unerwartet erfolgte, behauptet die Historiographie der DDR 53). Zwar entlud sich nach dem Streikabbruch 1905 der heftige Zorn der Bergarbeiter über die Gewerkschaftsführer vier Tage lang in sechzig Massenversammlungen, danach kehrten aber alle Arbeiter in ihre Gruben zurück - und die Mitgliedschaft des deutschen Bergarbeiterverbands war dennoch um 50 000 während des Streiks gestiegen 54); nach dem Streik von 1912 gab es allerdings keine Vorwürfe gegen die Gewerkschaften wegen des Abbruches 55).

Die Geschichtsschreibung der DDR konstruiert in übertriebenem Maße einen Gegensatz zwischen der Arbeiterschaft und "reformistischen" Gewerkschaftsführern und lastet den geringen Erfolg der Wirtschaftskämpfe zum großen Teil den "opportunistischen" Gewerkschaftsführern an, ohne die machtpolitische Situation für Streikkämpfe im Wilhelminischen Deutschland - mit dem durch viele Mittel ausgerüsteten Wirkungsfeld der Arbeitgeberorganisationen 56) - und die wirkliche Einstellung der angeblich revolutionären Massen angemessen zu berücksichtigen: So stützten sich die "opportunistischen" Gewerkschaftsführer bei dem Werftarbeiterstreik von 1910 in ihren Verhandlungen mit Werftindustriellen

52) GdAB. Bd. II. S. 77

53) Ebenda. S. 85, S. 179

54) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 393

55) Ebenda. S. 524

56) Siehe dazu ebenda. S. 390 f.

"nicht auf die Massenbewegung und vertraten um geringer Vorteile willen die Arbeiterinteressen nicht konsequent. Infolgedessen kam es zwischen den revolutionären Kräften und den reformistischen Elementen im Deutschen Metallarbeiterverband zu heftigen Auseinandersetzungen über die Mißachtung des Willens der Mitglieder durch die reformistische Gewerkschaftsbürokratie" 57). Bei dem Werftarbeiterstreik von 1913 zeigte "sich in besonders krasser Form die Zuspitzung der Gegensätze zwischen der zu entschlossenem Massenkampf bereiten Arbeiterschaft und den opportunistischen Führern der freien Gewerkschaften" 58): "Die reformistischen Gewerkschaftsführer waren gegen den Streik. Sie zahlten keine Streikunterstützung, mißbrauchten die gewerkschaftliche Organisation und ihre Statuten bei der Bekämpfung der streikenden Arbeitermassen, die sie der 'Disziplinlosigkeit', des 'wilden Streikens', der Gefährdung der 'Einigkeit zwischen Massen und Führern' und der 'fundamentalsten Grundsätze der gewerkschaftlichen Verfassung' bezichtigten. Durch das Abwürgen des Streiks der 36 000 Werftarbeiter in Bremen, Flensburg, Hamburg, Kiel, Stettin und Vegesack, die trotz größter Entbehrungen und Schikanen vier Wochen lang im Kampf ausgehalten hatten, unterstützten die reformistischen Gewerkschaftsführer objektiv die imperialistischen Kriegsvorbereitungen." 59)

Die Demonstrationen für das gleiche Wahlrecht in Hessen, Sachsen, Anhalt, Bremen, Braunschweig und Mecklenburg im Jahre 1909 und in Preußen 1910 brachten keinen Erfolg, und die Geschichtsschreibung der DDR trifft für das Jahr 1910 die für ihre Interpretation bezeichnende Feststellung: "Die Führung der Partei, die schon im März bemüht gewesen war, den Elan der Massen zu hemmen, würgte im April unter dem Einfluß opportunistischer Elemente, besonders aus der Gewerkschaftsführung, die Bewegung ab." 60)

57) GdAB. Bd. II. S. 157

58) Ebenda. S. 197

59) Ebenda

60) Ebenda. S. 151

6. Karl Kautsky und der "Zentrismus"

In den Jahren 1905/06 bildeten sich neben Reformismus, Praktizismus und Revisionismus, die den rechten Flügel der Partei ausmachten - dem von der Geschichtsschreibung der DDR für diese Zeit nur noch die Bezeichnung Revisionismus bzw. "Opportunismus" zugestanden wird. -, zwei neue "Strömungen" innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung heraus: die Linken und das marxistische Zentrum oder der "Zentrismus", wie die Geschichtsschreibung der DDR die Parteimitte nennt, deren maßgeblicher Theoretiker Karl Kautsky war.

Die These der Historiker der DDR, daß in den Schriften und Artikeln Kautskys vor 1905 seine revolutionäre marxistische Haltung zum Ausdruck komme⁶¹⁾, lehnt der westdeutsche Historiker Matthias ab: Als Beweis führt er Kautskys 1893 in der "Neuen Zeit" veröffentlichten Artikel "Ein sozialdemokratischer Katechismus" an, "der als Schlüsselartikel für das Verhältnis seiner ideologischen Wirksamkeit zu den Erfordernissen der altbewährten, durch Bebel und die offizielle Partei repräsentierten 'Taktik' gelten darf und gleichzeitig die 'revolutionäre' Kautsky-Legende schon für diesen frühen Zeitpunkt ad absurdum führt"⁶²⁾. Die Historikerin der DDR Plener akzeptiert nicht Matthias' Aussage, daß in dem Verhältnis zwischen Kautsky und Bernstein "über die Grundtendenz der praktischen Wirksamkeit der Partei Übereinstimmung herrscht"⁶³⁾.⁶⁴⁾

Ebenso lehnt sie Matthias' Feststellung über das Verhältnis von Kautsky zu Bebel ab, daß sich nämlich Kautsky und Bebel

61) Laschitzka, Annelies: Karl Kautsky und der Zentrismus. In: BZG 5/68. S. 799; Plener, Ulla: Karl Kautskys Opportunismus in Organisationsfragen (1900-1914). Zur Entstehung des Zentrismus in Organisationsfragen. In: BZG 2/61. S. 354

62) Matthias, Erich: Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg. a.a.O. S. 163

63) Ebenda. S. 169

64) Plener, Ulla: a.a.O. S. 356

"trotz mancher gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten in der Grundtendenz ihrer Anschauungen und ihres Wirkens stets" ⁶⁵⁾ einig gewesen seien. ⁶⁶⁾

Flener vertritt außerdem die These, daß Kautsky Bernsteins Leitsatz "das Ziel ist mir nichts, die Bewegung alles" ablehnte, weil er "die Preisgabe des Kampfes um den Sozialismus, um die sozialistische Revolution zum Inhalt hatte, die Änderung der Taktik in Richtung der Annäherung an die Politik der Bourgeoisie und des Staates erforderlich machte und hinsichtlich der Organisation bedeutete, den Charakter der proletarischen Klassenpartei aufzugeben und sie in eine demokratische Sammelpartei umzuwandeln" ⁶⁷⁾. Der westdeutsche Historiker Steinberg kommt hingegen zu dem Ergebnis, daß Kautsky sich den Bernsteinischen Revisionsversuchen in viel größerem Maße angeschlossen habe, als man bisher auf Grund der vorliegenden Äußerungen annahm: Kautsky akzeptierte weitgehend Bernsteins These über Endziel und Bewegung und ebenso die Polemik gegen die vulgär-marxistische Zusammenbruchstheorie. Den Unterschied zwischen der Position Bernsteins und seiner eigenen sah er nicht in den Resultaten oder im Standpunkt, sondern nur im "Ton", in dem Pessimismus, der in Bernsteins Ausführungen anklinge. ⁶⁸⁾ "Erst die Erkenntnis, daß Bernstein die Grundlagen der materialistischen Geschichtsauffassung aufgegeben hatte, in den 'glücklich überwundenen Eklektizismus' zurückgefallen war und die 'Einheitlichkeit der Weltanschauung' nach der Kautsky lange gestrebt und die er schließlich in

65) Matthias, E.: a.a.O. S. 172

66) Flener, U.: a.a.O. S. 366 f.

67) Ebenda. S. 356 f.

68) Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 77

Form der materialistischen Geschichtsauffassung Engelscher Ausprägung gefunden hatte, bedrohte, führte die entscheidende Wendung in seiner Haltung zu dem Bernsteinschen Revisionsversuch herbei." 69) Kautsky sprach im übrigen der Initiative Bernsteins und im Zusammenhang damit der ganzen Erörterung über die theoretischen Grundlagen der Partei eine Wirkung auf die Mitglieder ab. 70)

Die Schrift "Der Weg zur Macht" von 1909, in der sich Kautsky von den Erwartungen, die er in den neunziger Jahren hegte, distanzierte und die damals in weiten Kreisen der Partei diskutiert wurde, wird einhellig von Historikern der BRD und DDR als der Kulminationspunkt der revolutionären Einstellung Kautskys eingestuft, gibt allerdings Anlaß zu unterschiedlichen Beurteilungen. Hedwig wachenheim konstatiert: "Kautsky präsentierte in seiner Schrift eine sehr merkwürdige Analyse der Wandlungen seit Marx und Engels, die den 'Kladderadatsch' die Revolution des Proletariats, in nicht zu langer Frist voraussagten." 71) Kautsky schreibt, daß der Fortschritt der Sozialreform und der wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats unter den gegebenen Machtverhältnissen Grenzen habe, und "er sah eine Zeit gewaltiger Kämpfe anbrechen, die nur mit der Niederwerfung und Expropriation der Kapitalistenklasse enden könnten. Kautskys weitgehende Abkehr von einer fatalistischen Auffassung in bezug auf die Revolution manifestierte sich in der höheren Einschätzung des Willens als Triebkraft der Entwicklung. Kautsky gelang dadurch - wenn auch nur für einen kurzen Zeitraum - der entscheidende Schritt über die Orthodoxie hinaus. Wie fern er jedoch dem revolutionären Aktivismus der Radikalen um Rosa Luxemburg blieb, ist daraus zu ersehen, daß er selbst auf dem Höhepunkt seiner revolutionären Einstellung die Position des Abwartens nicht aufgab" 72).

69) Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 78

70) Ebenda

71) wachenheim, H.: a.a.O. S. 476

72) Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 82 f.

Kautsky forderte in dieser Schrift im Gegensatz zu früheren Äußerungen eine Politik völliger Abstinenz hinsichtlich der Zusammenarbeit der SPD mit bürgerlichen Parteien und eine völlige Isolierungspolitik in Wahlkämpfen, falls diese nicht ohnehin schon von den bürgerlichen Parteien betrieben wurde. "Die Massen müßten aufgewühlt werden von der Reichstagstribüne aus und durch die wirtschaftlichen Kämpfe der Gewerkschaften"⁷³⁾, die neben ihren täglichen rein sozialwirtschaftlichen Aufgaben von nun an ihre entscheidende Wirtschaftsmacht für "Massenaktionen" und zwar "organischer Massen" als politische Waffe zur Erringung der politischen Rechte des Proletariats auf gesetzliche Art und Weise anwenden sollten.

Kautskys ökonomischer Analyse widersprachen die baldige Überwindung der Wirtschaftskrise von 1908/09 und die geringe Arbeitslosigkeit während dieser Krise, und insbesondere die Verelendungstheorie, die Kautsky ebenso wie die Vulgärmarxisten mit dem Hinweis auf eine kurzfristige Senkung des Lohnniveaus in seiner Darstellung wieder aufleben ließ, konnte mit der Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte nicht mehr in Einklang gebracht werden, denn von den siebziger Jahren bis zur Jahrhundertwende stiegen die Reallöhne an, zwischen 1900 und 1914 war allerdings eine verzögerte Steigerung zu verzeichnen.

Wachenheim meint: "Kautsky verfiel, wie viele andere Marxisten, in den Fehler, aus kurzfristigen politischen und wirtschaftlichen Rückschlägen langfristige Folgerungen zu ziehen und aus diesen Wandlungen eine neue Strategie für die Gewerkschaften und gegen die Reformisten oder auch den Luxemburgflügel der Partei abzuleiten, wie zum Beispiel seine Zweifel an zukünftigen Erfolgsmöglichkeiten der Gewerkschaften zeigen. Die Fehler derartiger deduktiver Analysen oder besser gesagt, Wunsch- und Haßvorstellungen, trugen in die Arbeiterbewegung Unsicherheit und neue Reibungen."⁷⁴⁾

73) Wachenheim, H.: a.a.O. D. 426

74) Ebenda. S. 481

"Seine Förderung der Passivität und des Wartens auf den bürgerlichen Zusammenbruch hat dem einheitlichen Zusammengehen der Partei, den Gewerkschaften und dem Angriffselan der Partei geschadet und einen Großangriff auf das Verfassungssystem verhindert." 75) Matthias zieht die Schlußfolgerung: Die durch Kautsky vertretene Ideologie "war zu einem Stabilitätsfaktor der Ordnung in Staat und Gesellschaft geworden" 76).

Die Mehrheit des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion, linke Sozialdemokraten, Reformisten und Revisionisten, Gewerkschaften und Genossenschaften lehnten Kautskys Streitschrift - also den Weg zur Macht durch Selbstisolierung - erwartungsgemäß ab, und Kautsky schadete seiner Stellung in der Arbeiterbewegung, denn "das Kautskysche Buch war in der Tat der Schwänzensang des doktrinären Marxismus, der seinen Einfluß auf die politischen Handlungen der Partei, der Gewerkschaften und Genossenschaften verloren hatte. Und doch lebte die Ideologie des revolutionären Klassenkampfes in dem sich mehr und mehr sozial selbstisolierenden Industrieproletariat - die Paradoxie der deutschen Arbeiterbewegung." 77)

Steinberg weist in seiner Kritik an Kautskys Schrift darauf hin, daß Kautsky mit der These, die offensichtliche Zuspitzung der politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe kündige eine revolutionäre Ära an, zwar eine Seite der inneren Entwicklung des Reiches erfaßte, aber verkannte, daß andererseits die Einbebnung der sozialen und soziologischen Gegensätze parallel damit fortschritt. 78) Er führt Kautskys Dogmatismus auf folgende Ursachen zurück:

"1. Auf die unter dem Einfluß der naturwissenschaftlichen

75) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 427

76) Matthias, E.: a.a.O. S. 197

77) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 484

78) Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 82

Grundstimmung der Zeit nicht nur von ihm vollzogene Umwandlung marxischer Prognosen in Quasi-Naturgesetze;

2. auf die Rezeption des Marxismus als Lebenslehre und Weltanschauung, deren Grundlagen für Kautsky unantastbar waren;

3. auf das philosophische und ökonomische Unvermögen Kautskys, den Marxismus über seine vulgärmarxistische Gestalt hinaus weiterzuentwickeln;

4. auf sein mangelndes Interesse an allen Fragen der Sozialpolitik" 79): "Gerade sein fehlendes Verständnis für die Probleme der Sozialpolitik hat dazu geführt, daß er weder den Reformismus noch die Gewerkschaftsbewegung in ihrem Wesen und ihrer Berechtigung erkannt hat. (...) Im Banne der Theorie stehend, hat er bei denen, die das Hauptaugenmerk auf die Sozialpolitik, die Verbesserung der Lage der Arbeiter auf dem Boden der bestehenden Ordnung richteten, allzusehr nur Opportunismus und Abweichung vom Marxismus gesehen." 80)

Die Historikerin der DDR Laschitza sieht ihrerseits folgende Hauptschwächen in Kautskys Schrift "Der Weg zur Macht":

1. Kautsky erfaßte den Imperialismus nicht in seinem Wesen und seinen wichtigsten Auswirkungen auf die verschiedenen Klassen; er trat nicht für ein im Imperialismus notwendiges und real möglich gewordenes Bündnis zwischen verschiedenen Klassenkräften unter Führung der Partei der Arbeiterklasse gegen die herrschende Reaktion ein. 81)

2. Die Lehren der Pariser Kommune und der ersten russischen Revolution wurden von ihm nur in ersten Ansätzen erkannt, wie insbesondere andere Äußerungen Kautskys zeigen.

3. Die Forderung nach einer "demokratischen Republik" sucht man vergeblich in der Schrift als nächstes Ziel im antiimperialistischen Kampf; im übrigen identifizierte er die Demokratie mit bürgerlich demokratischen Rechten und Freiheiten für die Arbeiterklasse im Kapitalismus und verwertete die von den

79) Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 84

80) Ebenda

81) Laschitza, A.: Karl Kautsky und der Zentrismus. In: a.a.O. S. 821

Linken bereits ausgearbeiteten Vorschläge zur Steigerung des antiimperialistischen Kampfes nicht.⁸²⁾

4. "Kautsky wurde einer der wichtigsten und schwierigsten Anforderungen an einen Marxisten, den Marxismus auf die konkreten Bedingungen seiner Zeit anzuwenden und das Neue in der Bewegung zielstrebig zu fördern, nicht genügend gerecht, obwohl er im 'Weg zur Macht' das selbst forderte."⁸³⁾

Die Frage nach der Rezeption des Marxismus durch Kautsky wird von Historikern der BRD und DDR unterschiedlich beantwortet; außerdem rief die Beurteilung dieses Problems im Jahr 1966 durch den Historiker der DDR Irrlitz später die Kritik seiner Fachkollegin Laschitzka in der DDR hervor.

Laschitzka nimmt Bezug auf Irrlitz' Äußerung: "Kautsky hat, wenn er auf die philosophische Grundlegung des Marxismus zu sprechen kam, die marxistische Gesellschaftsauffassung häufig als einfachen Bestandteil einer materialistischen Naturauffassung dargestellt. Die allgemeine Methodologie wird biologisch, statt historisch-materialistisch. Der Materialismus der Marx'schen Geschichtsauffassung wird naturalistisch gefaßt"⁸⁴⁾, und schreibt dazu "Wenn das heißen sollte, daß Kautsky in keiner seiner Schaffensperioden bis zu einem gewissen Grade Dialektiker und Materialist gewesen ist, wenn es anzuzweifeln gilt, ob Kautsky in philosophischer Hinsicht jemals Marxist war, wendet sich diese Feststellung gegen Irrlitz' eigenes Anliegen."⁸⁵⁾

82) Laschitzka, A.: Karl Kautsky und der Zentrismus. In: a.a.O. S. 827

83) Ebenda. S. 829

84) Irrlitz, Gerd: Bemerkungen über die Einheit politischer und theoretischer Wesenszüge des Zentrismus in der deutschen Sozialdemokratie. In: BZG 1/66. S. 50

85) Laschitzka, A.: a.a.O. S. 823

Zweifellos rückt Irrlitz, der bei Kautsky ebenso wie westdeutsche Historiker Einflüsse des Positivismus und Darwinismus feststellt, in die Nähe des westdeutschen Historikers Steinberg, der z. B. darauf hinweist, daß Kautsky sich nach der Jahrhundertwende dem Neo-Lamarckismus zuwandte und die darwinistische Theorie zur Begründung der Notwendigkeit von Revolutionen in Anspruch nahm, indem er sie mit der Katastrophentheorie verband: Das Entwicklungsgesetz der Natur sei durchaus nicht nur friedlicher Art, sondern führe immer wieder zu Katastrophen; ebenso sei keine gesellschaftliche Entwicklung ohne zeitweilige Katastrophen, diese bildeten ein notwendiges Stadium der Entwicklung, die Evolution sei unmöglich ohne zeitweilige Revolution. Steinberg hält es in diesem Zusammenhang für typisch, daß Kautsky also "den für einen dialektisch geschulten Marxisten 'abstrakten' Gegensatz von Evolution und Revolution durch die Verbindung zweier die Nat u r g e s c h i c h t e betreffenden Theorien zu überwinden versuchte. (...) In keiner Phase seiner Entwicklung hat er sich dazu durchringen können, die gesellschaftliche Evolution ganz von der natürlichen zu lösen." 86)

Im übrigen wirft Laschitzka Wachenheim einen "revisionistischen" Standpunkt vor und wendet sich gegen die Behauptung Wachenheims, daß es der Doktrinarismus "der marxistischen Theorie" selbst war, "die für ein 'Verstehen' der fortgeschrittenen kapitalistischen Entwicklung mehr und mehr unbrauchbar wurde und, vor allem, ungeeignet zu Schlußfolgerungen für politische Programme und Aktionen.

Die Epigonen verwalteten das Erbe von Marx schlecht, da sie ihm nicht, wie es dessen oberster methodischer Grundsatz verlangte, den strukturellen Änderungen der Zeit gemäß neue kritisch formulierte Analysen mit neuen theoretischen Erkenntnissen hinzufügten. Der doktrinäre Marxismus hat den Marxismus dahin sterben lassen." 87) Laschitzka urteilt entgegen dieser Feststellung über Kautskys Schrift "Der Weg zur Macht":

86) Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 53

87) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 483

"Die Grenzen der politischen Aussage von Kautskys Schrift lagen nicht im Marxismus, im Gegensatz zur Wirklichkeit, im Gegensatz zum Opportunismus, sondern in den subjektiven Schwächen ihres Verfassers bei der Anwendung des Marxismus auf die konkreten Gegebenheiten der gesellschaftlichen Entwicklung, in den Mängeln, die es in der Beherrschung der marxistischen Theorie und in der Einschätzung des Wesens und der Ursachen des Opportunismus bei ihm gab." 88)

Steinberg stimmt Irrlitz' Charakterisierung des "Zentrismus" Kautskys seit 1910 zu: "Wenn Irrlitz schreibt, daß Kautskys 'Zentrismus' durch eine 'mechanische Auffassung des Geschichtsprozesses', verbunden 'mit praktizistischer Passivität in der bewußten Tätigkeit' gekennzeichnet werden kann, so ist damit - sieht man davon ab, daß Kautskys Passivität wohl kaum als 'praktizistisch' angesehen werden kann (vgl. das Kapitel über den Praktizismus in dieser Arbeit) - ausgedrückt, was Kautskys 'zentristische' Haltung seit 1910 bestimmt hat." 89)

Auch Laschitza gibt zu, daß Irrlitz den Kautskyschen "Zentrismus" durch Bestimmungen wie "revolutionärer Formalismus" und "praktischer Quietismus" 90) zwar in einigen typischen Ausdrucksformen erfaßt, "aber es wird nicht genügend das opportunistische Wesen des Zentrismus getroffen. Diese Deutung läßt Irrlitz schließlich als mögliche Antithese erwägen, vom Zentrismus als Richtung in der Partei erst ab 1910 zu sprechen, und zu folgern, der Zentrismus 'wäre dann generell eine Übergangserscheinung - das Gros der alten deutschen Sozialdemokratie in der Phase seiner Auflösungen in den konsequenten Opportunismus einerseits, die konsequent-revolutionäre Erneuerung der deutschen Arbeiterbewegung andererseits' 91)." 92)

88) Laschitza, A.: a.a.O. S. 830

89) Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 76. Anm. 207 nimmt Bezug auf Irrlitz, G.: a.a.O. S. 59

90) Irrlitz, G.: a.a.O. S. 59

91) Ebenda. S. 48

92) Laschitza, A.: a.a.O. S. 831

Diese Antithese Irrlitz' hält Laschitzka für prinzipiell anfechtbar: "In ihrer Endkonsequenz führt sie dahin, alle diejenigen, die in der deutschen Sozialdemokratie nicht extrem nach rechts abwichen oder zu den Erkenntnissen der Linken vorstießen, also die Mehrheit der Partei, als Zentristen zusammenzufassen und den Zentrismus nicht konsequent als opportunistische Strömung zu betrachten, die sich im Gegensatz zu den revolutionären Sozialdemokraten und der linken Strömung befand. Die Tatsache jedoch, daß der Zentrismus bürgerliche Ideologie und bürgerliche Politik in der Arbeiterbewegung verkörpert, daß er eine in Einheitsfloskeln verpackte, mit Scheinradikalismus und Pseudomarxismus bemäntelte und daher besonders gefährliche opportunistische Strömung war, ist für die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft unumstößlich." 93)

Laschitzka wirft Irrlitz vor, er bleibe die konkrete Beweisführung für seine beiden Hauptthesen schuldig, daß bei Kautsky um 1910 weder ein plötzlicher Bruch in seiner Tätigkeit vorgelegen noch eine endliche Demaskierung einer schon immer scheinrevolutionären Einstellung und scheinmarxistischen Phraseologie stattgefunden habe; insbesondere versucht sie den Beweis für die zweite These zu liefern und behauptet, der politische Inhalt der "Sozialen Revolution" und des "Weges zur Macht" stehen dem Bild des westdeutschen Historikers Matthias von Kautsky entgegen 94).

Historiker der DDR akzeptieren einhellig nicht Matthias' Feststellung, "daß es sich bei dem Terminus 'Ermattungsstrategie' um nichts als ein Synonym für die alte 'Taktik' handelte" 95), sondern vertreten die Meinung: "Im April 1910 entwickelte er (Kautsky) die bekannte These von der

93) Laschitzka, A.: a.a.O. S. 831 f.

94) Laschitzka, A.: a.a.O. S. 823 f. nimmt Bezug auf Irrlitz, G.: a.a.O. S. 59

95) Matthias, E.: a.a.O. S. 186

'Ermattungsstrategie'. Damit trat zum erstenmal ein Grundzug seines zentristischen und späteren konsequent revisionistischen Schaffens zutage: der Versuch, falsche, opportunistische Auffassungen scheinmarxistisch zu begründen, indem er an die Stelle konkreter historischer Analysen oberflächlich einseitige Schemata setzte." 96)

96) Irrlitz, G.: a.a.O. S. 54

7. Die linke Parteiströmung, Rosa Luxemburg und der "Luxemburgismus"

Übereinstimmung besteht zwischen Historikern der DDR und west-deutschen Historikern, daß der linke Flügel der Partei erst unter den Einwirkungen der russischen Revolution von 1905 in steigendem Maße zu einer eigenständigen politisch-ideologischen Strömung wurde.⁹⁷⁾ Die Geschichtsschreibung der DDR berücksichtigt jedoch nicht angemessen, daß sich der radikale linke Flügel der SPD bereits um 1900 herauszubilden begann⁹⁸⁾.

Hervorragende Vertreter dieser Gruppe waren neben Rosa Luxemburg, der bedeutendsten Theoretikerin, die mehr als 650 Publikationen verfaßte, Karl Liebknecht, Franz Mehring und Clara Zetkin. Rosa Luxemburg, die Hermann Weber mit Recht als "die in Politik und Theorie wohl bedeutendste Frau unseres Jahrhunderts"⁹⁹⁾ bezeichnet, wird allerdings in ihrer Bedeutung als marxistische Theoretikerin durch Historiker der DDR überschätzt. Für Rosa Luxemburg war der Marxismus nämlich nicht eine fraglos übernommene "wissenschaftliche Weltanschauung"¹⁰⁰⁾, sondern "ihr nie in Frage gestelltes und in den für unabdingbar erachteten Punkten durchaus dogmatisches Bekenntnis zum Marxismus hatte den Charakter eines allgemeinen Bekenntnisses zum Sozialismus, repräsentiert durch 'Grundsätze' von der Qualität einer Glaubensgewißheit, und es war speziell ein Bekenntnis zur Marxschen Methode, es bedeutete für sie jedoch niemals Festlegung auf den Marxismus im Sinn einer einheitlichen, alle Lebensbereiche durch-

97) GdAB. Bd. II. S. 110; Matthias, E.: a.a.O. S. 179

98) 1899 erscheint Rosa Luxemburgs Schrift "Sozialreform oder Revolution", die Ritter, G.A.: a.a.O. S. 206 als das erste Dokument der entstehenden revolutionären Parteiströmung bezeichnet.

99) Weber, Hermann in: Die Zeit v. 5. 3. 71 S. 11

100) Radczun, Günter: Einige Bemerkungen zum Rosa-Luxemburg-Bild von John Peter Netti. In: BZG 1/69. S. 52; Laschitzka, Annelies, Radczun, Günter: Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung. Frankfurt/M. 1971. S. 34

dringenden philosophischen Weltanschauung oder als System fraglos gültiger Lehren." 101)

1903/1904 schrieb Rosa Luxemburg - die Hauptsachverständige der SPD für russische und polnische Fragen - den Artikel "Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie" 102), der nach Meinung des westdeutschen Historikers Lösche "die schärfste, weitsichtigste und fundierteste Kritik am Bolschewismus" 103) darstellt, die in der deutschen Sozialdemokratie bis zum Ausbruch der Oktoberrevolution geleistet wurde; dieser Aufsatz rief harte Angriffe durch Historiker der DDR hervor, weil Rosa Luxemburg darin andere Auffassungen über die Parteiorganisation vertrat als Lenin in seinen Schriften "Was tun?" von 1902 und "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" von 1904; denn Lenins Parteitheorie besitzt für die SED noch heute absolute Gültigkeit. Laschitza und Radezun führen dazu aus: "Rosa Luxemburg bewältigte in ihrem Aufsatz die Dialektik von Spontaneität und sozialistischer Bewußtheit aus der organisationspolitischen Sicht der Partei neuen Typus, des demokratischen Zentralismus und der Berufsrevolutionäre nicht und kam zu einer unmarxistischen Entgegensetzung von Partei und Masse. Sie unterschätzte die Rolle der Parteileitungen und des Zentralkomitees bei der Ausarbeitung der revolutionären Strategie und Taktik. Sie erfaßte damit die neuen politisch-ideologischen Anforderungen nicht, die an die revolutionäre Partei als die führende und organisierende Kraft in der Periode des Heranreifens der proletarischen Revolution gestellt wurden. Neben dieser allgemeinen Tendenz abstrahierte Rosa Luxemburg in ihrer Polemik im Gegensatz zu Lenin in unzulässiger Weise von der historischen Konkretheit und sah die deutsche Sozialdemokratie nicht als einen unter den historischen Bedingungen des Parlamentaris-

101) Stuke, Horst: Luxemburg. In: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Bd. IV. Freiburg/Basel/Wien 1971. S. 191

102) Erst 1970 wurde in der DDR zum erstenmal in einer Ausgabe ihrer Werke (Luxemburg, R.: Gesamelte Werke. Hrsg. v. IML b. ZK d. SED. Bd. I. 1893-1905. Berlin 1970) diese Schrift Rosa Luxemburgs veröffentlicht.

103) Lösche, Peter: Der Bolschewismus im Urteil der Deutschen

mus gewachsenen Parteitypus an; theoretisch verallgemeinerte Erfahrungswerte der deutschen Sozialdemokratie wurden damit zu abstrakten ahistorischen Normativen, die Rosa Luxemburg dem Organisationsplan Lenins entgegenstellte." 104)

Die Geschichtsschreibung der DDR geht nicht darauf ein, daß Rosa Luxemburg wie Lenin von der Erkenntnis ausging, daß die Partei des Proletariats nach dem Grundsatz des Zentralismus aufgebaut sein müsse. Ihr Ergebnis war allerdings grundverschieden von dem Lenins: "Dieser Zentralismus kann aber nichts anderes sein, als die gebieterische Zusammenfassung des Willens der aufgeklärten und kämpfenden Vorhut der Arbeiterschaft ihren einzelnen Gruppen und Individuen gegenüber. Es ist dies sozusagen ein 'Selbstzentralismus' der führenden Schicht des Proletariats, ihre Majoritätsherrschaft innerhalb der eigenen Partei. Organisation, Aufklärung und Kampf stehen in Wechselbeziehung zueinander, sind nur verschiedene Seiten desselben Prozesses." 105) Für Lenin hingegen bedeutet Zentralismus: "Die Partei muß auf der Grundlage des Zentralismus organisiert sein, ein einheitliches Statut, eine einheitliche Parteidisziplin, ein einheitliches leitendes Organ in der Gestalt des Parteitages und in der Zeit zwischen den Parteitagen, in Gestalt des Zentralkomitees der Partei an der Spitze haben." 106)

Der Vorwurf der Geschichtsschreibung der DDR, daß Rosa Luxemburg zu einer unmarxistischen Entgegensetzung von Partei und Masse kam, trifft eher auf Lenin zu als auf Rosa Luxemburg¹⁰⁷⁾,

zu 103) Sozialdemokratie 1903-1920. Mit einem Vorwort von Georg Kotowsky. Berlin 1967. S. 31

104) Laschitzka, A., Radczun, G.: Rosa Luxemburg. a.a.O. S.139

105) Winkler, Manfred: Rosa Luxemburg und der "Luxemburgismus". Zum Verhältnis von Politik und Geschichte in der DDR. Phil. Diss. Erlangen-Nürnberg, Masch. Schr.1965 S.21

106) Ebenda. S. 20

107) Vgl. ebenda. S. 91 ff.

denn im Gegensatz zur Meinung von Marx, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein müsse, vertrat Lenin bekanntlich die Konzeption, daß der spontane Kampf des Proletariats nicht zu einem Klassenkampf würde, solange er nicht von einer starken Organisation der Berufsrevolutionäre geleitet wird.

Historiker der DDR berücksichtigen auch nicht den Gesichtspunkt, daß Lenin und Luxemburg sehr unterschiedliche Bedingungen für ihr politisches Denken vorfanden und in ihren Äußerungen an Erfahrungen anknüpften, die nichts miteinander zu tun hatten: "Lenin hatte die Zentrifugalkraft des russischen Individualismus, der russischen Disziplinlosigkeit im Auge, während Rosa an die Abwehr deutscher Angriffe auf die Gültigkeit der marxistischen Theorie zugunsten eines reformistischen Pragmatismus dachte." 108)

Die einzige voll entfaltete und in sich geschlossene Theorie, die Rosa Luxemburg ausarbeitete, ist die Akkumulations- und Imperialismustheorie. In ihrer Schrift "Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus" von 1913 mündet sie von jedem ihrer Ansatzpunkte in die Prognose des gesetzmäßigen Untergangs des Kapitalismus. Es gelang Rosa Luxemburg aber nicht, ihre politische Revolutionsauffassung mit ihrer ökonomischen Zusammenbruchstheorie zu verbinden, sondern sie stellte beide unvermittelt nebeneinander und bemühte sich nicht einmal darum, "ihre bedeutende praktische Agitationstätigkeit gegen Militarismus, Marinismus, Rüstungs- und Kriegspolitik direkt auf ihre Imperialismustheorie zu beziehen oder im Anschluß an sie ein Aktionsprogramm gegen den Kolonialismus und für die Befreiung der Kolonialvölker zu entwerfen" 109).

108) Nettl, Peter: Rosa Luxemburg. Köln/Berlin. 1967. S. 285

109) Stuke, Horst: Luxemburg. In: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. a.a.O. S. 202

Nettl schreibt: "Die A k k u m u l a t i o n d e s K a p i t a l s sollte ein ökonomisches Theorem darlegen und kein Leitfaden für die politische Revolution sein. Deshalb ist eine Konfrontation dieses Werkes mit Lenins drei Jahre später - nach Kriegsausbruch - geschriebenem Buch über den Imperialismus nicht so sehr unmöglich als vielmehr sinnlos." ¹¹⁰⁾ "Die Probleme, die Lenin 1916 untersuchte, existierten vor dem Krieg noch nicht oder waren noch nicht zu erkennen." ¹¹¹⁾ Trotz dieser berechtigten Feststellung stellen Historiker der DDR die Imperialismusauffassung Rosa Luxemburgs der Lenins gegenüber, obwohl auch sie den Hinweis geben: "Der Gegenstand des Werkes von 1913 war rein ökonomischer Natur, um gründlicher und vielseitiger als bisher wissenschaftlich die objektive Gesetzmäßigkeit des Untergangs des Kapitalismus nachzuweisen." ¹¹²⁾

Die zentrale These von Rosa Luxemburgs ökonomischer Theorie, daß die ständige Akkumulation des Kapitals an den Absatzmarkt für den innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft nicht absetzbaren Warenrest gebunden sei, den nichtkapitalistische Produktionsformen und Sozialschichten abgeben, geht auch in ihre Imperialismustheorie ein. Der Imperialismus ist "für sie einmal 'der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus' und zum anderen 'ebenso sehr eine geschichtliche Methode der Existenzverlängerung des Kapitals, wie das sicherste Mittel, dessen Existenz auf kürzestem Wege objektiv ein Ziel zu setzen'; denn 'je gewalttätiger, energischer und gründlicher' er 'den Untergang nichtkapitalistischer Kulturen besorgt',

¹¹⁰⁾ Nettl, P.: a.a.O. S. 803

¹¹¹⁾ Ebenda. S. 499

¹¹²⁾ Laschitzka, A., Radczun, G.: Rosa Luxemburg. a.a.O. S. 300

um so rascher entzieht er der Kapitalakkumulation 'den Boden unter den Füßen'" ¹¹³⁾. Rosa Luxemburg sieht auch die Veränderungen des Kapitalismus in der imperialistischen Phase der Kapitalakkumulation, nämlich daß die Konzentration des Bankwesens, die Kartellindustrie und die Monopolisierung sich zu seinen vorherrschenden Merkmalen herausbilden; doch - so werfen ihr Historiker der DDR vor - sie erfaßt im Gegensatz zu Lenin "im Monopol nicht jenen Brennpunkt, in dem sich alle Erscheinungen des ökonomischen Lebens der imperialistischen Entwicklungsstufe des Kapitalismus konzentrierte" ¹¹⁴⁾. Weil Rosa Luxemburg also den Imperialismus als den Ausdruck der äußeren Zuspitzung des kapitalistischen Grundgesetzes der Akkumulation ansieht und nicht wie Lenin auf Grund immanenter Strukturveränderungen als Schlußphase des Kapitalismus und ihn nicht "aus dem Wesen des Monopols, dem Streben nach unbegrenzter Herrschaft" ¹¹⁵⁾ ableitet, "konnte sie die historische und sozialökonomische Spezifik der neuen Epoche nicht erkennen" ¹¹⁶⁾, behaupten Historiker der DDR, von denen die Imperialismustheorie Lenins noch heute ohne Kritik übernommen wird.

Nettl vertritt die Meinung, daß man erst nach der Analyse auch politischer Schriften Rosa Luxemburgs zu ihrem vollständigen Konzept des Imperialismus gelangt, und nennt Faktoren, die sie dem Imperialismus zuordnet: Militarismus, der mit Kolonialismus, Protektionismus und Machtpolitik überhaupt eng verbunden ist, Weltwetttrüsten, Politik der Einflusssphären: innen- und außenpolitisch die Quintessenz kapitalistischer Politik nationaler Aggression ¹¹⁷⁾.

Nettl kommt zu dem abschließenden Urteil: "Obwohl Lenins Schrift über den Imperialismus später zum heiligen Text

¹¹³⁾ Stuke, H.: Luxemburg. a.a.O. S. 202; mit Hinweis auf "Die Akkumulation des Kapitals" v. R.L.

¹¹⁴⁾ Laschitzka, A., Radczun, G.: Rosa Luxemburg. a.a.O. S. 296

¹¹⁵⁾ Ebenda

¹¹⁶⁾ Ebenda

¹¹⁷⁾ Nettl, H.: a.a.O. S. 501 nimmt Bezug auf einen Artikel R.L.'s in der Leipziger Volkszeitung v. 6. 5. 1911.

avancierte, war sie doch nicht mehr als eine unter mehreren ziemlich dünnen Polemiken gegen den Opportunismus im allgemeinen und gegen rivalisierende Thesen über den Imperialismus im besonderen, noch dazu in einer Zeit geschrieben, wo schon ein Abgrund zwischen Kautsky und den Linken klaffte, Rosa Luxemburgs Physiognomie des Imperialismus dagegen war das organische Geschöpf einer Politik, hervorgebracht mit all den Mühen und Schwierigkeiten, die das offenbar Unorthodoxe und Ungewohnte bereitet. Sie konfrontierte nicht ihre Analyse mit der Analyse anderer, sondern die imperialistische Gesellschaft mit der Sozialdemokratie. Sie brauchte eine Imperialismuskonzeption für politische Zwecke und mußte sie aus den Rohstoffen formen, die sie zur Hand hatte. Vor 1914 existierten nur Ansätze zu einem allgemeinen sozialistischen Imperialismus-Begriff; erst der Ausbruch des Krieges gab den Anstoß, sie zu einer weithin anerkannten Doktrin auszubauen. In diesem Sinne leistete Rosa Luxemburg Pionierarbeit." 118)

Die Geschichtsschreibung der DDR überschätzt den antimilitaristischen Kampf der Linken Parteiströmung, indem sie behauptet: "Das größte Verdienst der Linken um die Arbeiterklasse und die Nation war ihr heroischer Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus und seine innen- und außenpolitischen Kriegsvorbereitungen." 119) Mit dieser These lehnen sich die Historiker der DDR eng an Karl Liebknechts Auffassung an, für den der "Imperialismus im Grunde nur eine theoretische Erweiterung des Begriffs des Militarismus " 120) war - gegen diese Denkweise wandte sich Rosa Luxemburg nachdrücklich -, und außerdem ignorieren die Historiker der DDR die nur geringe Wirkung, die die antimilitaristische Kampagne leider zu verzeichnen hatte.

118) Nettl, F.: a.a.O. S. 499 f.; siehe auch ebenda Anm.48 u.49

119) GdAB. Bd. II. S. 111

120) Nettl, F.: a.a.O. S. 502

Insbesondere Karl Liebknecht wird von der Geschichtsschreibung der DDR hervorragende antimilitaristische Aktivität bescheinigt: In seiner Schrift "Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung" von 1907 untersuchte er "erstmalig in der sozialistischen Literatur im einzelnen den Militarismus als weitverzweigtes System, das alle Gebiete des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens durchdringt" ¹²¹⁾. Wegen dieser Schrift, in der er sich nicht nur gegen den Militarismus sondern ebenso gegen den übersteigerten Patriotismus wandte und die Zerschlagung der Armee und des über sie hinausgehenden Systems der Umklammerung der gesamten Gesellschaft forderte, wurde gegen ihn ein Hochverratsprozeß angestrengt, und der westdeutsche Historiker Böhme schreibt dazu: "Bereits während der Hochverratsverhandlungen zeigte es sich, daß Liebknecht mit diesen Ansichten innerhalb der SPD, bei aller grundsätzlichen Zustimmung zu seinen Thesen, keine Mehrheiten finden konnte. Die Partei bot weiterhin für ihn keinen Rückhalt." ¹²²⁾

Die Geschichtsschreibung der DDR übt in der "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" von 1966 folgende Kritik an der linken Parteiströmung: "Die Linken berücksichtigten nicht die Lehren die W. I. Lenin in solchen Werken wie 'Was tun?' und 'Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution' ausgearbeitet hatte, und taten wenig zu deren Verbreitung in der deutschen Arbeiterbewegung. Sie verstanden nicht W. I. Lenins Lehre, ein enges Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und den anderen Werktätigen und oppositionellen Schichten herzustellen. Die fehlerhaften Vorstellungen Rosa Luxemburgs und anderer ihrer Kampfe-

¹²¹⁾ GdAB. Bd. II. S. 128

¹²²⁾ Liebknecht, Karl: Ausgewählte Reden und Schriften I. Hrsg. u. eingel. v. Böhme, Helmut. Frankfurt/Wien 1969, S. 21 der Einleitung

fährten über die Entwicklung des Imperialismus und den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sowie ihre Spontaneitätsauffassungen hinderten die Linken lange am Verständnis der Notwendigkeit, ideologisch und organisatorisch mit allen Spielarten des Opportunismus völlig zu brechen und eine Partei neuen Typus zu schaffen. Der Fehler der deutschen Linken bestand darin, daß sie sich nicht rechtzeitig, d.h. schon in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, innerhalb der Sozialdemokratie zusammenschlossen, um sich mit einem großen Kreis von Mitgliedern und Funktionären auch organisatorisch vom Opportunismus trennen zu können. Die deutschen Linken entwickelten sich vor 1914 nicht zu einer einheitlichen und geschlossenen Gruppierung, sondern blieben eine politisch-ideologische Strömung mit zum Teil sehr unterschiedlichen Auffassungen. Sie überschätzten die Rolle und die Kraft des spontanen Kampfes der Massen, auf den sie für die Bekämpfung der Opportunisten wie für die sozialistische Revolution ihre Hoffnung setzte." 123)

Alle diese angeblichen Fehler werden insbesondere Rosa Luxemburg vorgeworfen, sie wird als die Hauptverantwortliche angesehen: Erstens hatte sie eine andere Vorstellung von der Parteiorganisation als Lenin. Zweitens war die Bauernfrage für sie kein Problem der Strategie und Taktik der proletarischen Partei, und sie sah - entsprechend der Marxschen Lehre - den Schwerpunkt des Klassenkampfes in der Auseinandersetzung des Proletariats mit der Bourgeoisie und warnte davor, "das zu tun, was heute Grundlage der Kritik der SED in Bezug auf Rosa Luxemburg ist, nämlich die sich aus den besonderen russischen Bedingungen ergebende Taktik als Muster proletarischer Revolutionen zu fixieren und dem internationalen Proletariat zu empfehlen" 124). Drittens

123) GdAB. Bd. II. S. 112

124) Winkler, Manfred: Rosa Luxemburg und der "Luxemburgismus". Zum Verhältnis von Politik und Geschichte in der DDR. Phil. Diss. Erlangen-Nürnberg, Masch. Schr., 1965 S. 120

werden ihre Imperialismustheorie und ihre Spontaneitätstheorien angegriffen.

Seit der Mitte der zwanziger Jahre wurden alle "Irrlehren" Rosa Luxemburgs von Kommunisten unter dem Begriff "Luxemburgismus" kritisch systematisiert und dogmatisiert, und Nettl konstatiert: "Rosa Luxemburgs Hinterlassenschaft an die deutsche Arbeiterbewegung war so wirkungsmächtig, daß sie systematisch zerstört werden mußte. Niemand sonst in Deutschland, nicht einmal Kautsky, wurde von den Kommunisten eines eigenen 'Ismus' gewürdigt. In Rußland wurde diese Ehre nur Lenin und Stalin auf der einen, Trotzki und den Menschewiki auf der anderen Seite zuteil." ¹²⁵⁾ Eine ausführliche Analyse des "Luxemburgismus" legte zuerst der Historiker der DDR Oelßner in seiner Biographie Rosa Luxemburgs ¹²⁶⁾ vom Jahr 1951 vor.

Das Herzstück des "Luxemburgismus", die "Spontaneitätstheorie", besteht nach Ansicht Oelßners aus folgenden Hauptmerkmalen: "Erstens der Negierung oder zumindest der Unterschätzung der Rolle der Partei als der Führerin der gesamten Arbeiterklasse; zweitens der Überschätzung der unpersönlichen, objektiven Faktoren des Klassenkampfes; drittens der Verneinung oder Unterschätzung des bewußten, organisierten Handelns; und viertens dem Automatismus und Fatalismus des geschichtlichen Prozesses." ¹²⁷⁾ Der westdeutsche Historiker Winkler zeigte die Methode Oelßners auf: "Bei dem Versuch jedoch, die Spontaneitätstheorie aus Rosa Luxemburgs Werken zu begründen, zeigt sich, daß für Oelßner nicht unerhebliche Schwierigkeiten auftreten, die ihn zwingen, von der Methode des Eliminierens bei der Beweisführung reichlich Gebrauch zu machen. Durch einseitige, oft aus dem Sinnzusammenhang herausgenommene Zitate soll der Ein-

¹²⁵⁾ Nettl, P.: a.a.O. S. 26 f.

¹²⁶⁾ Oelßner, Fred: Rosa Luxemburg. Eine kritische biographische Skizze. Berlin 1951

¹²⁷⁾ Winkler, H.: a.a.O. S. 68 nimmt Bezug auf Oelßner, F.: a.a.O. S. 200-209

druck erweckt werden, Rosa Luxemburg habe die funktionelle und ideologische Bedeutung der Partei für den Klassenkampf nicht in ihrer vollen Gewichtigkeit im Sinne des Marxismus erkannt." 128)

Oelßner schreibt: "Der mechanische Materialismus tritt besonders in Rosa Luxemburgs historischen und taktischen Schriften hervor. Sie versteht nicht den dialektischen Zusammenhang des Objektiven und Subjektiven. Bei ihr verwandelt sich der historische Materialismus in einfachen ökonomischen Determinismus oder, wenn man will, in historischen Fatalismus. Die objektive Entwicklung ist ihr alles, das subjektive Handeln der Menschen nichts." 129) Im Gegensatz dazu vertritt Winkler die Meinung: "Der entscheidende Unterschied zwischen Rosa Luxemburg als Marxistin und Lenin als dem geistigen Begründer des Leninismus besteht darin, daß Rosa Luxemburg die Marxsche Lehre als das hinnimmt, was sie zu sein vorgibt, nämlich als die wahre Lehre von der gesetzmäßigen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Danach ist es die Aufgabe des Proletariats, sich als Klasse zu begreifen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu negieren und damit die klassenlose Gesellschaftsordnung als die Entelechie der Menschheitsentwicklung zu errichten. Von hier aus gesehen, entspricht Rosa Luxemburgs Konzeption von der Partei des Proletariats dem von Marx dekretierten historischen Materialismus sowie den ebenfalls von Marx in seinem Werk 'Das Kapital' postulierten ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus." 130)

Winkler kommt zu folgendem Ergebnis: "Geht man davon aus, daß der Gegensatz spontanen Handelns die bewußte Aktion ist, dann erweist sich, daß Rosa Luxemburgs Anschauungen über

128) Winkler, M.: a.a.O. S. 38

129) Oelßner, F.: a.a.O. S. 161

130) Winkler, M.: a.a.O. S. 91

Partei und Proletariat gerade das Gegenteil einer Spontaneitätstheorie darstellen." ¹³¹⁾ Seiner Meinung nach, "besteht für Rosa Luxemburg eine der wesentlichsten Aufgaben der Partei gerade darin, das Proletariat zum Bewußtsein seiner selbst, d.h. zum Klassenbewußtsein und zum klassenbewußten politischen Handeln zu bringen." ¹³²⁾

Bei seiner Kritik an Rosa Luxemburgs Imperialismustheorie vertritt Oelßner sogar die überspitzte These, daß Rosa Luxemburg völlig mit allen bürgerlichen Nationalökonomern übereinstimmt, die den Imperialismus ausschließlich als das Expansionsstreben der Großmächte definieren. ¹³³⁾

Seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erscheint der Begriff "Luxemburgismus" in der Geschichtsschreibung der DDR nicht mehr ¹³⁴⁾, und seit der Mitte der sechziger Jahre bemühen sich Historiker der DDR, Gemeinsamkeiten zwischen Rosa Luxemburg und Lenin betont hervorzuheben: "Bei allen kontroversen Auffassungen zwischen Rosa Luxemburg und Lenin stimmten beide Revolutionäre in der Einschätzung der politischen und sozialen Grundproblematik der neuen Epoche überein: daß sich das Proletariat von Imperialismus und Militarismus nur durch eine revolutionäre, politisch selbständige Klassenbewegung befreien kann und daß dieser Kampf in die Diktatur des Proletariats münden wird als objektive historische Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung." ¹³⁵⁾ "Zwischen Lenin und Rosa Luxemburg

¹³¹⁾ Winkler, M.: a.a.O. S. 91

¹³²⁾ Ebenda

¹³³⁾ Oelßner, F.: a.a.O. S. 178

¹³⁴⁾ Im "Grundriß" erscheint der Begriff "Luxemburgismus" zwar nicht mehr, aber noch die "Spontaneitätstheorie"; in der "GdAB" werden beide Begriffe nicht mehr gebraucht, und im "Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung". Bd. II. Berlin 1970 sind beide Termini auch nicht einmal mehr als Stichwort vermerkt. Die dritte Auflage von Oelßners Biographie erschien 1956: inzwischen ist ~~es~~ aus dem Handel gezogen worden.

¹³⁵⁾ Laschitzka, A./ Radczun, G.: Rosa Luxemburg. a.a.O. S. 141

gibt es in der Betrachtungsweise selbst keinen prinzipiellen Gegensatz, der berechtigte, von ihrem Herangehen an die Analyse der gesellschaftlichen Erscheinungen einen kontradiktorschen Gegensatz zwischen ihren Lebenswerken aufzustellen. Die beiden revolutionären marxistischen Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung waren stets bemüht, die Dialektik des gesellschaftlichen Gesamtprozesses in all seinen Sphären, sowohl in der ökonomischen Basis als auch in dem politischen Überbau zu erfassen. Unterschiede gibt es in der Intensität, mit der sie die Totalität des gesellschaftlichen Lebensprozesses erfaßten." ¹³⁶⁾

Laschitzka gesteht Rosa Luxemburg sogar zu, "daß sie die objektive Bedingtheit von Demokratie und Diktatur in der Klassengesellschaft im wesentlichen richtig sah" ¹³⁷⁾.

Die Geschichtsschreibung der DDR versucht also gegenwärtig immer mehr, den "leninistischen Charakter" der Schriften Rosa Luxemburgs weit stärker herauszuarbeiten, als das in der Vergangenheit der Fall war, und legt nicht mehr so viel Wert auf die Betonung der unterschiedlichen Gedanken der beiden Theoretiker. Weiterhin unterscheidet sie zwischen Rosa Luxemburg als Person - dem revolutionären Vorbild - und ihrem teilweise fehlerhaften Werk, wie schon deutsche Kommunisten in den zwanziger Jahren.

Bei dem Beurteilungswandel in der DDR wird nicht zuletzt die Tatsache mitgespielt haben, daß gerade die westliche Luxemburg-Forschung von Historikern der DDR besonders stark zur Kenntnis genommen wird.

¹³⁶⁾ Radczun, Günter: Einige Bemerkungen zum Rosa-Luxemburg-Bild von John Peter Nettel. In: BZG 1/69. S. 55 f.

¹³⁷⁾ Laschitzka, Annelies in ihrer Rezension: Rosa Luxemburg. Politische Schriften. Bd. I. und II. Hrsg. u. eingel. v. Flechtheim, Ossip K. Frankfurt/M./Wien 1966. In: ZfG 3/68. S. 376

8. Die Massenstreikdebatte

Die Diskussion um den politischen Massenstreik in der deutschen Arbeiterbewegung signalisierte nicht nur die wachsende Entfremdung der linken Parteiströmung um Rosa Luxemburg von dem marxistischen Zentrum Bebels und Kautskys, sondern zeigte auch die Gleichberechtigung der Gewerkschaften mit der Partei auf politischem Gebiet; sie begann unter dem Eindruck der russischen Revolution 1905 und auch der Erfolge der schwedischen und belgischen Sozialisten, die mit Hilfe des Generalstreiks das allgemeine Wahlrecht erreicht hatten.

Die Erörterung des Massenstreiks bildete den Höhepunkt des Parteitages in Jena von 1905. Das Thema war dem Parteitag aufgezwungen worden durch die Resolution des Internationalen Sozialisten-Kongresses in Amsterdam 1904¹³⁸⁾, die Streik-kämpfe in Rußland und den Gewerkschaftskongreß in Köln von 1905, der in einer Resolution die Ablehnung des Massenstreiks unmißverständlich zum Ausdruck brachte. Die offiziöse Geschichtsschreibung der DDR ignoriert die Tatsache, daß die Resolution, die auf dem Parteitag angenommen wurde, einen wesentlichen Schritt über den Inhalt der Rede Bebels über den Massenstreik hinausging, die dreieinhalb Stunden dauerte. Nach Bebels Rede war der Massenstreik nämlich "nur ein Mittel zur Verteidigung von Rechten und kein Mittel zur Eroberung der politischen Macht. Der Weg zu ihr, der politischen Macht, ging nach wie vor über Organisationen, Legalität und Wahlen. Der Massenstreik müsse sorgfältig vorbereitet und dürfe nur angewandt werden, wenn sein Erfolg gewiß sei, damit nicht alles, was bisher errungen sei durch ihn gefährdet würde"¹³⁹⁾. Die Resolution hingegen erklärte den Massenstreik "auch als ein Mittel der Arbeiterklasse, um sich ein wichtiges Grundrecht für die Befreiung der Arbeiterklasse zu erobern, womit an das

¹³⁸⁾ Siehe dazu Wachenheim, H.: a.a.O. S. 404

¹³⁹⁾ Wachenheim, H.: a.a.O. S. 409

gleiche Wahlrecht zu den Landtagen, besonders des preussischen, gedacht wurde" ¹⁴⁰⁾.

Der revolutionäre Charakter der Resolution wird von der Geschichtsschreibung der DDR in übertriebener Weise herausgestellt. ¹⁴¹⁾ Wachenheim konstatiert dagegen: "Die Jenaer Resolution drohte nicht mit Anwendung des Massenstreiks. Sie 'betrachtete' ihn nur 'gegebenenfalls ... als eines der wirksamsten Kampfmittel'. Die ganze lange Resolution war bar jeder revolutionären Ungeduld. Sie enthielt keinen Aufschrei gegen die deutschen politischen Verhältnisse, keine Kritik an dem mangelhaften Koalitions- und Streikrecht." ¹⁴²⁾

Rosa Luxemburgs Broschüre "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" von 1906, die die Hamburger Parteiorganisation dem Parteitag der SPD in Mannheim 1906 vorlegte, war nach Meinung des Historikers der DDR Bartel "eine revolutionäre Fanfare. Sie hob die Diskussionen über diese brennende Frage der Taktik des Massenkampfes auf ein hohes wissenschaftliches Niveau und gab ihr Richtung und Ziel. Ihre Ansichten fanden den ungeteilten Beifall der klassenbewußten Arbeiter und zugleich den entschiedensten Widerspruch bei den reformistischen Gewerkschaftsführern und ausgesprochenen Revisionisten." ¹⁴³⁾

Rosa Luxemburg ging in ihrer Schrift von einer historischen Analyse der revolutionären Ereignisse in Rußland aus und versuchte, die russischen Lehren in der Form allgemeiner Thesen über den Klassenkampf auf Deutschland anzuwenden. Sie verschwieg darin - wie auch Historiker der DDR, daß während des erfolgreichen Teils des Petersburger Massenstreiks die Armee abwesend war und die Streiks versickerten, als diese zurückkehrte. ¹⁴⁴⁾

¹⁴⁰⁾ Wachenheim, H.: a.a.O. S. 410 f.

¹⁴¹⁾ GdAB. Bd. II. S. 99

¹⁴²⁾ Wachenheim, H.: a.a.O. S. 411

¹⁴³⁾ Bartel, Walter: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg. Berlin 1958. S. 80

¹⁴⁴⁾ Wachenheim, H.: a.a.O. S. 416

Winkler zeigt Rosa Luxemburgs Schwierigkeiten auf: "Während Rosa Luxemburg versuchen mußte, eine mächtig gewordene Gewerkschaftsbewegung, die bereits den Rahmen ihrer ursprünglichen Existenzberechtigung sprengte, in das Gebiet der Politik vorgestoßen war und den Anspruch auf allgemeine Gleichberechtigung durchgesetzt hatte, wieder der marxistischen Doktrin und der politischen Führung durch die Partei zu unterstellen, waren die Gewerkschaften in Rußland gerade erst im Entstehen. Zur gleichen Zeit, da die Unruhen in Rußland im Jahre 1905 trotz gesetzlichen Verbotes zur öffentlichen Gründung von Gewerkschaften führten, bemühte sich Rosa Luxemburg vergebens, die auch auf die deutsche Arbeiterbewegung übergreifende revolutionäre Stimmung für eine Belebung des proletarischen Klassenkampfes zu nutzen." ¹⁴⁵⁾ Es bestand "zur Zeit, als Rosa Luxemburg die Broschüre veröffentlichte, nach dem Untergang der russischen Revolution von 1905 und der Befriedigung der deutschen Arbeiter über die Verbesserung ihrer Nominallöhne bei ihnen gar keine Neigung zum Massenstreik. So ging Rosa Luxemburgs für den Parteitag geschriebene Broschüre spurlos an ihnen vorüber" ¹⁴⁶⁾.

Historiker der DDR berücksichtigen - wie Rosa Luxemburg - weder angemessen die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse für die russische und deutsche Arbeiterbewegung, noch geben sie zu, daß Rosa Luxemburg die revolutionäre Energie in der deutschen Arbeiterbewegung überschätzte, sondern sie vertreten die These, daß die Arbeitermassen in Deutschland revolutionär waren.

Rosa Luxemburg war auf Grund ihrer Erfahrungen mit den deutschen Gewerkschaften bestrebt, den ökonomischen Kampf der ausschließlichen Kontrolle der Gewerkschaften zu entziehen ¹⁴⁷⁾;

¹⁴⁵⁾ Winkler, M.: a.a.O. S. 103 f.

¹⁴⁶⁾ Wachenheim, H.: a.a.O. S. 417; vgl. auch Nettl, P.: a.a.O. S. 484

¹⁴⁷⁾ Nettl, P.: a.a.O. S. 480. Anm. 17

sie beschuldigte die Gewerkschaftsvorstände, sie unterlägen der Fehleinschätzung, die formale Organisation sei die ausreichende Garantie für die Aktionswilligkeit der Arbeiter am Tag X. Für Rosa Luxemburg bedeutete die Organisation nicht nur organisatorische Erfassung von Mitgliedern, sondern praktische Erfahrung und theoretische Schulung: "Sollte die quantitative Erfassung in eine qualitative Organisierung der Arbeiterklasse umschlagen, so mußte sie einer andauernden praktischen und theoretischen Konfrontation in der Arbeiterklasse mit den verschiedenen Institutionen der Kapitalistenklasse als notwendig erscheinen." ¹⁴⁸⁾ Den nötigen Kampfgeist sollte die Partei "den an Organisationsmanie krankenden Gewerkschaften" ¹⁴⁹⁾ geben - bei dem "Mangel an politischem Machtwillen der meisten Gewerkschaftsführer" ¹⁵⁰⁾. Historiker der DDR sprechen also nicht ganz ohne Berechtigung von Rosa Luxemburgs "Kampf gegen den Organisationsfetischismus und die politischen Neutralitätsbestrebungen opportunistischer Gewerkschaftsvertreter." ¹⁵¹⁾ Die Behauptung der Geschichtsschreibung der DDR, daß der Gewerkschaftsführer Carl Legien ein strikter Gegner des politischen Massenstreiks war ¹⁵²⁾, ist jedoch falsch: Sowohl auf dem Parteitag in Jena 1905 als auch dem Parteitag in Mannheim 1906 erklärte er, daß er ihn als Defensivwaffe bei einem Angriff auf lebenswichtige Fragen der Arbeiter - wie das Reichstagswahlrecht und das Koalitionsrecht - nicht ablehne. ¹⁵³⁾

In der Resolution des Mannheimer Parteitages wurde die Partei verpflichtet, für den Massenstreik und außerdem für alle

¹⁴⁸⁾ Die Massenstreikdebatte. Beiträge v. Iarvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Anton Pannehoek. Hrsg. u. eingel. v. Grunenberg, Antonia. Frankfurt/M. 1970. S. 32 der Einleitung

¹⁴⁹⁾ Nettl, F.: a.a.O. S. 486

¹⁵⁰⁾ Ritter, G.A.: a.a.O. S. 174

¹⁵¹⁾ Laschitzka, A./ Radczun, G.: Rosa Luxemburg. a.a.O. S. 170

¹⁵²⁾ GdAB. Bd. II. S. 97

¹⁵³⁾ Vgl. wachenheim, H.: a.a.O. S. 409 f. u. 419; vgl. Ritter, G.A.: a.a.O. S. 174 f. Anm. 149

anderen Demonstrationen, die die Arbeitszeit unterbrachen, und auch für ihre gesamte Sozialpolitik die Zustimmung der Gewerkschaften zu suchen. Die Geschichtsschreibung der DDR hält weiter an der These fest, daß die Resolution "den revolutionären Kräften in der deutschen Sozialdemokratie die Hünde band" ¹⁵⁴⁾, obgleich bekanntlich ein "revolutionäres Potential" gar nicht mehr vorhanden war.

Rosa Luxemburg hielt zwar ihre Massenstreikdoktrin - in der Auseinandersetzung mit Karl Kautsky - aufrecht, und "in seltsam anmutender Paragrafenreiterei kam Rosa immer wieder auf die Parteitage resolution von 1905 zurück, in welcher der Massenstreik parteioffiziell als Kampfform anerkannt worden war" ¹⁵⁵⁾, doch der Magdeburger Parteitag von 1910 brachte das Ende der Massenstreikdebatte und für Rosa Luxemburg erwartungsgemäß eine Niederlage: "Die Resolution des Parteitags verlangt, daß der Kampf für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen geführt werden müsse. Der Parteitag fügte zu den 'Mitteln des Kampfes' der Vorstandsresolution aus der Luxemburgischen Resolution die Worte 'auch des Massenstreiks nötigenfalls' hinzu. Rosa Luxemburg war aber der Teil ihrer Resolution, der sich für die laufende Propaganda des Massenstreiks aussprach, die Hauptsache, denn diese Propaganda sollte das Proletariat mit revolutionärem Geist erfüllen. Sie zog ihn dennoch zurück, weil sie seine Ablehnung durch den Parteitag befürchtete." ¹⁵⁶⁾ Die Geschichtsschreibung der DDR führt ihrerseits dazu aus: "Den Linken gelang es in Magdeburg nicht, ihren Antrag, der die Erörterung und Propagierung des Massenstreiks forderte, der dem Willen der kampfbereiten Mehrheit der Mitglieder massen entsprach und auf die Anwendung der den neuen Bedingungen entsprechenden Kampfmittel orientierte, gegen den Widerstand der Revisionisten und

¹⁵⁴⁾ GdAB. Bd. II. S. 108

¹⁵⁵⁾ Nettl, F.: a.a.O. S. 493

¹⁵⁶⁾ Wachenheim, H.: a.a.O. S. 489

Zentrissen durchzusetzen. Sie erreichten nur, daß die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission zur Wahlrechtsfrage durch einen Satz ergänzt wurde, der den Hinweis enthielt, nötigenfalls den politischen Massenstreik anzuwenden." 157)

157) GdAB. Bd. II. S. 165

9. Die Kolonialkritik und der Beginn einer sozialdemokratischen Außen- und Kolonialpolitik

Ebenso wie westdeutsche Historiker betont auch die Geschichtsschreibung der DDR den hohen Stellenwert der Kolonialkritik der SPD: "Man kann ohne Übertreibung sagen, daß es Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts in Deutschland keine sozialdemokratische Zeitung oder Zeitschrift gab, die sich nicht von Woche zu Woche, von Monat zu Monat mit den Fragen der deutschen 'Nachtpolitik' oder 'Weltreich'-Politik beschäftigt hätte. Das gleiche trifft auch auf die umfassende Agitation der Sozialdemokratie unter den Arbeitern zu, auf die Tätigkeit ihrer Fraktion im Reichstag usw." 158)

Die SPD hielt es für eine Notwendigkeit, auf dem Mainzer Parteitag von 1900 zu den Fragen der Weltpolitik Stellung zu nehmen. Die Resolution Singers, die die Resultate zusammenfaßte, brachte allerdings "nichts Neues. Sie war das Ergebnis der Gegnerschaft gegen die kapitalistische Wirtschaft, national und international. Sie verurteilte die kapitalistische Ausbeutungspolitik der 'habgierigen Bourgeoisie', die ihr 'anschwellendes Kapital' unterbringen wollte. Die überseeische Eroberungs- und Raubpolitik führe ferner zu Eifersüchteleien und Kriegen der rivalisierenden Mächte und infolgedessen zu unerträglichen Rüstungen." 159) Historiker der DDR vertreten die Meinung, daß Singer auf diesem Parteitag eines der wichtigsten außenpolitischen Prinzipien der Sozialdemokratie aufstellte: "Die Sozialdemokratie als Feindin jeder Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch den Menschen erhebt gegen diese Raub- und Eroberungspolitik den entschiedensten Widerspruch. Sie verlangt, daß die wünschenswerten und

158) Owtscharenko, Nikolai: Zur Herausbildung der außenpolitischen Konzeption der Sozialdemokratie im Kampf gegen die imperialistische "Weltpolitik" an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. In: Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung. Studien zur sozialistischen Bewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Hrsg. v. Bartel, Horst u.a. Berlin 1970. S. 529; der Aufsatz wurde von Heinz Wolter bearbeitet.

159) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 435 f.

erforderlichen Kultur- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde dadurch verwirklicht werden, daß die Rechte, die Freiheiten sowie die Unabhängigkeit dieser Völkerschaften geachtet und gewahrt werden und sie nur durch Lehre und Beispiel für die Aufgaben moderner Kultur und Zivilisation gewonnen werden. Die gegenwärtig von der Bourgeoisie und den militärischen Machthabern aller Nationen angewendeten Methoden sind der blutigste Hohn auf Kultur und Zivilisation." 160) Die Geschichtsschreibung der DDR berücksichtigt nicht, daß die Forderung, "die Rechte, die Freiheiten, sowie die Unabhängigkeit dieser Völkerschaften" zu wahren und sie "nur durch Lehre und Beispiel für die Aufgaben moderner Kultur und Zivilisation" 161) gewonnen werden, die auch in die Resolution aufgenommen wurde, nach Meinung der Sozialdemokratie ohne weiteres erfüllt werden könnte: "Wer diese Aufgabe durchführen sollte, wurde nicht gesagt." 162)

Das Referat Singers und die Resolution des Parteitages zeigen die vorherrschende Meinung innerhalb der Sozialdemokratie: "Zumeist wurde die Einbeziehung der rückständigen Gebiete in den Kulturbereich, ein wirtschaftlicher und kultureller Austausch mit allen Ländern der Erde, nicht zuletzt auch im ökonomischen Interesse der Industriestaaten, ausdrücklich bejaht; vorausgesetzt, daß sie sich 'friedlich', d.h. ohne die Beteiligung und die Machtmittel des Staates vollzogen und allein der Privatinitiative und dem freien Spiel der Kräfte überlassen blieben." 163)

Die Geschichtsschreibung der DDR behauptet, daß Rosa Luxemburg, die zusammen mit Clara Zetkin, Ledebour, Singer und

160) Protokoll des Parteitages zu Mainz 1900. S. 156

161) Ebenda. S. 245

162) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 436

163) Schröder, Hans-Christoph: Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der "Weltpolitik" vor 1914. Teil I. Hannover 1968. S. 172

Karl Liebknecht als scharfe Gegnerin der Kolonialpolitik gelobt wird, "wiederholt auf dem Parteitag gegen die Revisionisten auftrat und wesentliche Verbesserungen der Resolution erzielte" ¹⁶⁴⁾: Auf ihren Antrag wurde nämlich "ein Amendement zur Resolution über die Verkehrs- und Handelspolitik angenommen, in welchem sich die Partei für 'das Prinzip der 'offenen Tür' und gegen das der 'Interessensphären' in bezug auf China und alle außereuropäischen Gebiete' aussprach" ¹⁶⁵⁾. Die Geschichtsschreibung der DDR läßt bei ihrer positiven Bewertung folgendes unberücksichtigt: "Waren solche Forderungen auch von dem Bestreben mitbestimmt, die Reibungsflächen zwischen den rivalisierenden Mächten zu verringern, so läßt sich doch nicht verkennen, daß die Sozialdemokraten unter dem Einfluß liberaler Ideen und aus ihrem antistaatlichen Affekt heraus von der Rolle der Staatsmacht bei der überseeischen Kolonisation geradezu hypnotisiert waren und andererseits den freien Wirtschaftsverkehr sowie die rein ökonomische Durchdringung rückständiger Gebiete in verklärendem Licht sahen. Sie neigten ganz im Widerspruch zu ihrer deklamatorischen Verurteilung des Kolonialismus als einer k a p i t a l i s t i s c h e n Politik dazu, in der staatlichen Machtausübung die Wurzel des Übels zu erblicken, die ökonomische dagegen gutzuheißten." ¹⁶⁶⁾

"Diese einseitige Betrachtungsweise ließ die Sozialdemokratie zumeist zwei entscheidende Momente übersehen: daß nämlich die Eingeborenen einer rein kapitalistischen Privatkolonisation sehr viel schutzloser preisgegeben waren als einer staatlich geleiteten Kolonialpolitik, und ferner, daß auch ohne formale Herrschaft über rückständige Gebiete deren indirekte, aber darum nicht weniger wirksame Kontrolle und Ausbeutung kraft

¹⁶⁴⁾ Owtscharenko, Nikolai: a.a.O. S. 572

¹⁶⁵⁾ Schröder, H.-Chr.: a.a.O. S. 172 weist in Anm. 212 auf Äußerungen ähnlicher Art von Karl Liebknecht hin.

¹⁶⁶⁾ Ebenda. S. 173

ökonomischer und zivilisatorischer Überlegenheit möglich war." 167)

Wie stark die Sozialdemokraten den formalen Herrschaftsaspect überschätzten und sich von einer kaum mehr als fiktiven Unabhängigkeit täuschen ließen, beweist eine Äußerung von Ledebour - der von Historikern der DDR als Kolonialkritiker jedoch hoch eingeschätzt wird - auf dem Essener Parteitag von 1907, auf dem er nur vier Jahre nach der bewaffneten Intervention Deutschlands und Englands in Venezuela die Beziehungen des Wilhelminischen Reiches zu den südamerikanischen Staaten als vorbildlich für das Verhältnis der fortgeschrittenen zu den unterentwickelten Ländern darstellte. 168)

Die Geschichtsschreibung der DDR konzentriert sich hauptsächlich auf "die sozialökonomische Grundlage der Außenpolitik des Imperialismus als Weltsystem" 169) und kommt zu dem Resultat: "Wir können konstatieren, daß sich in diesen ersten Jahren des Voranschreitens der bürgerlichen Gesellschaft auf dem imperialistischen Wege die historischen Ansichten der Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung in einer Reihe wichtiger Fragen des Imperialismus adäquat der Entwicklung des historischen Prozesses herausbildeten. In jedem Falle reichten diese Ideen aus, um die Frage nach dem Inhalt der sozialdemokratischen Außenpolitik und der internationalen Verpflichtungen der deutschen Arbeiterklasse in der beginnenden Epoche des Imperialismus zu beantworten. An die Seite der alten revolutionären Garde der Arbeiterklasse traten junge Kräfte der deutschen Sozialdemokratie in den Kampf gegen die 'Weltpolitik' des deutschen Imperialismus ein: Clara Zetkin, Ledebour,

167) Schröder, H.-Chr.: a.a.O. S. 173

168) Vgl. ebenda; mit Hinweis auf das Protokoll des Parteitages zu Essen 1907. S. 270

169) Owtscharenko, N.: a.a.O. S. 565

Luxemburg, Karl Liebknecht u.a." - ihre Auffassungen waren die herrschenden in der deutschen Sozialdemokratie. 170)

Historiker der DDR äußern sich nicht kritisch wie der westdeutsche Historiker Schröder in folgendem:

"1) Die Existenz einer überseeischen Welt trat so stark unter dem Vorzeichen des Imperialismus, der Mächterivalität, der nationalen Prestigesucht und der kapitalistischen Wirtschaftsinteressen in das Bewußtsein der Sozialdemokratie, daß durch diese zeitgebundenen Erscheinungsformen und Verzerrungen - und die Abwehr gegen sie - das grundsätzliche Problem der 'Entwicklungsländer' verdeckt wurde. Das gleiche trifft übrigens auch für andere Fragen, wie etwa das Problem der individuellen Freiheit innerhalb der modernen Industriegesellschaft, zu. (...)

2) Ein weiteres Hindernis auf dem Wege dazu, die Bedeutung der überseeischen Welt zu erfassen, ihre Probleme und ihre künftige Rolle zu durchdenken, bildete der enge geographische Horizont der deutschen Sozialdemokratie." 171)

"3) In der fehlenden Berücksichtigung der Probleme, die sich durch eine in der Entwicklung weit zurückgebliebene überseeische Welt auch für eine sozialistische Gesellschaft ergeben würden, in dem Versäumnis, irgendwelchen konstruktiven Gedanken für deren Beziehungen zu den rückständigen Gebieten zu entwickeln, äußerte sich schließlich der gleiche aus dem 'Fatalistischen Fortschrittsoptimismus' (Matthias) erwachsene Mangel an politischem Gestaltungswillen, das gleiche blinde Vertrauen darauf, daß die Verhältnisse von selbst eine Lösung der jeweils anstehenden Probleme herbeiführen würden, die auch die Einstellung der Partei zur Innenpolitik charakterisierten." 172)

170) Gwtscharenko, N.: a.a.O. S. 565 f.

171) Schröder, H.-Chr.: a.a.O. S. 174

172) Ebenda. S. 175

Die Kritik der Geschichtsschreibung der DDR erschöpft sich bereits darin, auch den "revolutionären Kräften" in der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß "die Diskussion nie auf die prinzipielle Frage des gemeinsamen Kampfes mit den vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten Kolonialvölkern für ihre Befreiung und nationale Selbstbestimmung ausgedehnt" 173) wurde - und also einer Forderung Lenins, in seiner Imperialismustheorie, nicht genügend Beachtung geschenkt wurde.

Für das Urteil Schröders sprechen auch die Äußerungen führender Sozialdemokraten - wie Ledebour, Singer und Bebel - auf dem Essener Parteitag von 1907: Bebel sah sich "zu dem ehrlichen Eingeständnis veranlaßt: 'Was wir, wenn wir zur Herrschaft gelangt sind, mit unseren Kolonien anfangen, das, ich sage Ihnen ganz offen, weiß ich nicht. (Heiterkeit)' Ihm und anderen Parteiführern schien eine Auseinandersetzung über Möglichkeiten und Formen einer sozialistischen Kolonialpolitik fruchtlos und rein akademisch, ein 'Streit um des Kaisers Bart'. Sie sahen darin eine zu weit in der Zukunft liegende Frage, deren Erörterung zudem die Gefahr in sich barg, die Aufmerksamkeit von dringlicheren Tagesaufgaben abzuziehen und Spannungen innerhalb der Partei zu erzeugen." 174)

Die Geschichtsschreibung der DDR ignoriert auch den Widerspruch in der Haltung Bebels, wie sie sich auf dem Essener Parteitag von 1907 offenbarte: Bebel glaubte, "daß es möglich sei, Verbesserungen für die eingeborene Bevölkerung durchzusetzen oder anzunehmen, dabei aber gleichzeitig die generell ablehnende Haltung seiner Partei gegenüber der Kolonialpolitik beizubehalten. (...) Bebel erkannte nicht, daß in der Kolonialpolitik, wie auch auf anderen Gebieten, eine solche Politik, besonders im Falle ihres Erfolges, der grundsätzlichen Oppositionsstellung weitgehend den Boden entzog." 175)

173) GdAB. Bd. II. S. 151

174) Schroder, H.-Chr.: a.a.O. S. 176

175) Ebenda. S. 181

Übereinstimmung der Geschichtsschreibung der DDR mit westdeutschen Historikern besteht darin, daß eine Ablehnung der Kolonialpolitik, die sich vorwiegend auf den Nachweis ihrer Erfolglosigkeit gründete - wie im Jahr 1900 eine Äußerung Bebels im Reichstag - mit dem Eintreten positiver Resultate oder erfolgsversprechender Aussichten jederzeit revidierbar sei.¹⁷⁶⁾

Kein Gewicht mißt die Geschichtsschreibung der DDR der wachsenden Annäherung der Sozialdemokratie an die Kolonialpolitik und dem Beginn der sozialdemokratischen Außenpolitik nach der Marokkokrise von 1911 zu, denn sie erkennt nicht an, daß "die fundamentale, von den herrschenden Gesellschaftssystemen ganz unabhängige Problematik in dem Verhältnis der fortgeschrittenen Industriestaaten zu den unterentwickelten Gebieten"¹⁷⁷⁾ nur von einigen Revisionisten und Reformisten, die sich nach der Jahrhundertwende mit kolonialfragen auseinandersetzten, erkannt worden ist, und daß die auswärtige Politik im Rahmen des Reichstags gemacht werden sollte, "nachdem Bebel die Unterwerfung der Partei unter Beschlüsse der Internationale abgelehnt hatte"¹⁷⁸⁾.

176) Schröder, H.-Chr.: a.a.O. S. 148 weist in Anm. 77 hin auf Jerussalinski, A.S.: Die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts. Berlin 1954. S. 662

177) Schröder, H.-Chr.: a.a.O. S. 178

178) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 506

10. Die SPD und die internationale Arbeiterbewegung,
der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart
1907

Auf dem fünften Kongreß der II..Internationale in Paris im Jahr 1900 wurde die Gründung eines Internationalen Sozialistischen Büros mit einem dazugehörigen Sekretariat beschlossen. Diese machtlose Einrichtung, die die Aufgabe hatte, "die Beschlüsse der Konferenzen zu veröffentlichen, die Berichte der nationalen Organisationen zu sammeln, Rechenschaftsberichte über die Tätigkeit der Internationale abzufassen, die laufenden Kongresse vorzubereiten und Manifeste zu wichtigeren Fragen herauszugeben" ¹⁷⁹⁾, "war lediglich eine Schreibstube, ohne jegliche Autorität" ¹⁸⁰⁾; trotzdem behauptet der Historiker der DDR Wittwer, daß sich durch sie die Wirksamkeit der II. Internationale in den kommenden Jahren wesentlich erhöhte ¹⁸¹⁾.

Der Stuttgarter Sozialistenkongreß im Jahr 1907 bildet den Höhepunkt in der Geschichte der II. Internationale; das Hauptthema dieses Kongresses war "Der Militarismus und die internationalen Konflikte" und das wichtigste Ergebnis die Resolution zu diesem Tagesordnungspunkt. Als der interessanteste Teil dieser Resolution erscheint heute der Schlußteil, in dem der Zusatzantrag berücksichtigt wurde, der gemeinsam von Lenin, Luxemburg und Martow gestellt worden war.

Die letzten Sätze der Resolution lauteten: "Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und

¹⁷⁹⁾ Kriwogus, J.M./ Stezkewitsch, S.M.: Abriß der Geschichte der I. und II. Internationale. Berlin 1960. S.192

¹⁸⁰⁾ Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. a.a.O. S. 224

¹⁸¹⁾ Wittwer, Walter: Streit um Schicksalsfragen. Die deutsche Sozialdemokratie zu Krieg und Vaterlandsverteidigung 1907-1914. Berlin 1964. S. 23

deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen." ¹⁸²⁾ Der letzte Absatz der Resolution enthielt also die Verpflichtung, die Klassenherrschaft - es blieb unklar, ob während eines Krieges oder nach einem Krieg - zu beseitigen, und brachte ein Novum, nämlich das offene Bekenntnis zur Revolution. Doch "die Tragweite dieser Verpflichtung wurde in der Debatte überhaupt nicht berührt" ¹⁸³⁾, behauptet Braunthal mit Recht. Die Geschichtsschreibung der DDR geht auf diese bemerkenswerte Unterlassung nicht ein.

Die Geschichtsschreibung der DDR spricht der Gesamtresolution, deren Grundlage Bebels Entwurf war und der die Delegierten einstimmig zustimmten, programmatischen Charakter zu ¹⁸⁴⁾ denn "zum ersten Male wurden in ihr die Prinzipien der internationalen Arbeiterbewegung für den Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und imperialistischen Krieg nach Eintritt in die Epoche des Imperialismus formuliert" ¹⁸⁵⁾.

Die Historiker der DDR stimmen Lenin zu, der über diese Resolution schreibt: "Sie verbindet die Strenge einer orthodoxen,

¹⁸²⁾ Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale. Bd. I. Hannover 1963. S. 371; die Gesamtresolution ist dort auf S. 370-372 abgedruckt.

¹⁸³⁾ Braunthal, J.: a.a.O. S. 344

¹⁸⁴⁾ Siehe GdAB. Bd. II. S. 133

¹⁸⁵⁾ Ebenda

das heißt der einzig wissenschaftlichen marxistischen Analyse mit der Empfehlung entschlossenster und revolutionärster Kampfmaßnahmen für die Arbeiterparteien" ¹⁸⁶⁾, und die Annahme dieser Resolution durch die Delegierten aller am Kongreß teilnehmenden Arbeiterparteien als einen Sieg der revolutionären Richtung über die opportunistische Richtung auf internationaler Ebene einschätzt ¹⁸⁷⁾.

In völligem Gegensatz zu dieser Beurteilung kommt Wolfe zu dem Ergebnis: "Nichts macht die Schwäche und Labilität des Internationalismus so deutlich wie diese Resolution voller unklarer Phrasen. Sie besagte nichts oder bedeutete jeder Fraktion, jeder Strömung, ja sogar jedem einzelnen, der ihr zustimmte, etwas anderes. Die einmütige Begeisterung rührte von der Erleichterung her, daß die internationale Solidarität wieder einmal, wie schon auf früheren Kongressen, mit Hilfe einer farblosen, alle Unstimmigkeiten vermeidenden Resolution gerettet worden war." ¹⁸⁸⁾ Wolfe behauptet: "In der Resolution fand sich alles: die Pflicht zur Verteidigung des eigenen Landes im Falle eines Angriffs; die völlige Ablehnung des Krieges als üble Folge eines üblen Systems; die in der abstrakten Analyse liegende Passivität; die Ablehnung der Verantwortung für die Welt, so wie sie war; die sich daraus ergebene Weigerung, an der Lösung der Probleme mitzuarbeiten, weil man glaubte, schon in der Zukunft zu leben; der Hinweis auf die Möglichkeit einer Revolution; die Versicherung, auf einen schnellen Frieden drängen zu wollen; die Rechtfertigung des Generalstreiks gegen den Krieg wie sogar die Forderung, auf die Niederlage des eigenen Landes hinzuarbeiten, um so die Revolution zu beschleunigen." ¹⁸⁹⁾

186) Lenin, W.I.: Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart. In: ders.: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung. Aus Schriften, Reden, Briefen. Berlin 1957. S. 162. Siehe dazu auch Fricke, Dieter: Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890-1914) a.a.O. S. 204 f.

187) Vgl. Lenin, W.I.: Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart. In: a.a.O. S. 162; siehe dazu auch Wittwer, W.: Streit um Schicksalsfragen. a.a.O. S. 39

188) Wolfe, Bertram D.: Marx und die Marxisten. 100 Jahre Theorie und Praxis einer Doktrin. Frankfurt/M.-Berlin 1966. S.251

189) Ebenda. S. 250 f.

Bei dem Vergleich dieser beiden Bewertungen muß man die Hauptproblematik der II. Internationale in Betracht ziehen: "Die Internationale war aufgebaut auf dem Gedanken von dem Proletariat als einer internationalen Erscheinung, dessen Befreiungskampf international sein müsse. Die der Internationale angehörigen Parteien und Gewerkschaften aber waren nationale Einheiten, die Kampfmethoden entwickelt hatten und anwandten, von denen sie annahmen, daß die auf ihrem nationalen Boden Erfolg versprachen. Sie, und besonders die deutsche Sozialdemokratie, wollten sich diese Methoden nicht durch internationale Beschlüsse stören lassen." ¹⁹⁰⁾ Obwohl auch die Resolution aussagt: "Die Internationale ist außerstande, die in den verschiedenen Ländern naturgemäß verschiedenen, der Zeit und dem Ort entsprechenden Aktionen der Arbeiterklasse gegen den Militarismus in starre Formen zu bannen" ¹⁹¹⁾, und auch Wittwer feststellt: "Die Erkenntnisse und Forderungen dieser Resolution in jeder sozialistischen Partei richtig und konsequent zu verfolgen, war Sache der nationalen Parteien" ¹⁹²⁾, unternimmt die Geschichtsschreibung der DDR nicht den Versuch, das Verhalten der nationalen Parteien und ihrer Führer gegenüber den Resolutionen der II. Internationale zu untersuchen und so zu einer angemessenen Einschätzung der Bedeutung der Resolutionen - insbesondere der Stuttgarter Resolution - zu gelangen.

Zweifellos wurde nämlich zum Beispiel der Schlußabsatz der Stuttgarter Resolution von Bebel, Hervé, Lenin und Rosa Luxemburg unterschiedlich interpretiert ¹⁹³⁾, und der französische Sozialistenführer Jaurés erwähnte nach seiner Rückkehr

190) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 440

191) Braunthal, J.: a.a.O. S. 371

192) Wittwer, W.: a.a.O. S. 39

193) Siehe Wolfe, B.D.: a.a.O. S. 249

von Stuttgart in einer Rede in Paris die revolutionäre Aktion, die die kapitalistische Klassenherrschaft stürzen sollte, gar nicht mehr ¹⁹⁴⁾.

Zieht man also die Weigerung der nationalen Parteien, sich supranationalen Entscheidungen zu unterwerfen, und die unterschiedliche Interpretation und Handlungsweise der verschiedenen Parteiführer in Betracht, so wird man der Resolution zumindest Unverbindlichkeit zuschreiben müssen. Die Resolutionen der Kongresse der II. Internationale in Kopenhagen 1910 und Basel 1912 enthielten ebenfalls keine verbindlichen Stellungnahmen.

¹⁹⁴⁾ Siehe Braunthal, J.: a.a.O. S. 344 f.

11. Die Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914

Am 4. August 1914 gab die Fraktion der SPD im Reichstag einstimmig ihre Zustimmung zur Bewilligung der Kriegskredite. Dieses Ereignis ist für die Geschichtsschreibung der DDR "ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung": "Die rechte sozialdemokratische Führung verrät die deutsche Arbeiterklasse und ihre ruhmreichen Traditionen." 195) Diese These vom "Verrat der opportunistischen Führer der deutschen Sozialdemokratie" erhält zwar einen Schein von Berechtigung dadurch, daß die Reichstagsabstimmung der SPD am 4. August als schwerer Schock auf die Parteien der II. Internationale wirkte, "als ein radikaler Bruch der traditionsreichsten Partei des internationalen Sozialismus mit ihrer eigenen Vergangenheit" 196). Trotzdem muß diese These abgelehnt werden - ganz abgesehen davon, daß der Terminus "Verrat" "als Definition und Umschreibung eines historischen Tatbestandes höchst problematisch ist" 197). Der Versuch, den "Verrat" an den "ruhmreichen Traditionen" oder bis dahin geltenden Prinzipien der deutschen Arbeiterbewegung zu beweisen, "stellt uns vor die Frage, welche Prinzipien für die Haltung der Sozialdemokratie zum Krieg maßgeblich und wie diese Prinzipien im Anwendungsfall zu interpretieren waren. Wir stünden damit gerade vor der Frage, an der sich die leidenschaftlichen Diskussionen innerhalb der Sozialdemokratie bereits im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 entzündeten und bis heute fortsetzen, einem Problem, das nicht nur politisch, sondern auch in der wissenschaftlichen Literatur nicht geklärt wurde, in Anbetracht seiner

195) GdAB. Bd. II. S. 218

196) Miller, Susanne: Zum dritten August 1914. In: Archiv für Sozialgeschichte. Hrsg. v.d. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bd. IV. Hannover 1964. S. 515

197) Miller, S.: a.a.O. S. 516 (Anm. 4: "Zur Vieldeutigkeit der Verwendung dieses Begriffs in der historischen und politischen Gegenwartsliteratur vgl. Margret Boveri, Der Verrat im 20. Jahrhundert, Hamburg 1956 bis 1960.")

Komplexität wohl auch gar nicht eindeutig zu klären ist." 198)

Gegen die Behauptung, daß die "opportunistischen" Führer der SPD "die Massen schmählich und heimtückisch verrieten" 199), "sprechen die Tatsachen eine eindeutige Sprache: Was die SPD angeht, so zeigte es sich, daß mit Ausnahme einer kleinen Minderheit innerhalb der Reichstagsfraktion, einiger wichtiger Persönlichkeiten, die ihr nicht angehörten - besonders zu erwähnen sind Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Karl Kautsky, Franz Mehring und die 'Vorwärts'-Redakteure -, und einiger ganz weniger Gruppen die überwältigende Mehrheit der Parteimitgliedschaft die Haltung der Führung gebilligt hat. Es gibt sogar verschiedene Anzeichen dafür, daß in den ersten Kriegswochen die Parteileitung die in verschiedenen Formen zum Ausdruck kommende Kriegsbegeisterung, insbesondere einzelner Partei- und Gewerkschaftsorgane, zu mäßigen gesucht hat. Man kann also allenfalls davon sprechen, daß die Führung mit den Massen gerirrt, nicht jedoch, daß sie sie 'verraten' habe." 200)

Nettl charakterisiert richtig die Einstellung der offiziellen Geschichtsschreibung der DDR für das Jahr 1964, die auch heute noch Geltung hat: "Wer von Massenbegeisterung für den Krieg spricht und damit die Schuld der Führer verkleinert, steht unter dem Einfluß antikommunistischer Autoren, die den sozialdemokratischen Reformismus anbeten" 201); denn für die Geschichtsschreibung der DDR steht unbestreitbar fest: "Die Volksmassen waren zutiefst am Frieden interessiert." 202) Deshalb wurde der hervorragende Wirtschaftshistoriker der DDR Kuczynski scharf kritisiert, der die These, "daß die Massen 1914 von den Führern verraten worden seien, in gewissem Grade

198) Miller, S.: a.a.O. S. 516

199) GdAB. Bd. II. S. 219 f.

200) Miller, S.: a.a.O. S. 516 f.

201) Nettl, P.: Rosa Luxemburg. a.a.O. S. 788. Anm. 96

202) GdAB. Bd. II. S.220

für einen Mythos" ²⁰³⁾ erklärte; "die Massen, so meinte er, seien (leider) der chauvinistischen Kriegsbegeisterung weitgehend selbst erlegen" ²⁰⁴⁾.

Die Geschichtsschreibung der DDR macht den "opportunistischen" Parteiführern den unberechtigten Vorwurf, daß sie nach dem 14. August 1914 versuchten, "ihren Verrat mit der Lüge zu rechtfertigen, sie wären von den Massen hinweggefegt worden, hätten sie nicht für die Kriegskredite gestimmt" ²⁰⁵⁾, statt den Sachverhalt richtig einzuschätzen: "Hätte die Partei die Kriegskredite abgelehnt, so hätten die kommandierenden Generäle ihre alten Orders auf Verbot der Partei und ihrer Presse und Verhaftung ihrer Führer und Unterführer wieder hervorgeholt, ohne daß die Massen, wie man das zu allen anderen Zeiten von ihnen hätte erwarten können, protestieren konnten oder protestiert hätten." ²⁰⁶⁾

Das Verhalten der Generalkommission der Gewerkschaften, die mit der Regierung ein Abkommen schloß, nach dem sie die Landesverteidigung unterstützt - um im Kriegsfall Eingriffen der Regierung in die Tätigkeit der Gewerkschaften und der Beschlagnahme der Gewerkschaftsgelder vorzubeugen -, "und die Regierung dafür versprach, für die Dauer des Krieges die gewerkschaftliche Organisation und Tätigkeit nicht zu hindern und die Gewerkschaftler gleichzeitig als Mittler zur Arbeiterschaft anzusehen" ²⁰⁷⁾, wird von der Geschichtsschreibung der DDR mit der Bemerkung abgetan: "Die führenden

²⁰³⁾ Nettl, F.: a.a.O. S. 788. Anm. 96

²⁰⁴⁾ Ebenda. Nettl nimmt Bezug auf Kuczynski, Jürgen: Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse. Berlin 1957; das Buch ist inzwischen in der DDR aus dem Handel gezogen worden.

²⁰⁵⁾ GdAB. Bd. II. S. 220

²⁰⁶⁾ Wachenheim, H.: a.a.O. S. 595 f.

²⁰⁷⁾ Ebenda. S. 591

Gewerkschaftsbürokraten lieferten die Mitglieder widerstandslos dem imperialistischen Krieg aus und beeilten sich, die Organisationen zu 'retten', indem sie die Gewerkschaften zu Institutionen im Dienste des imperialistischen Krieges degradierten." ²⁰⁸⁾ Daß die Erhaltung der Gewerkschaften und ihrer Tätigkeit im Interesse der Arbeiter lag, kann auch von der offiziellen Geschichtsschreibung der DDR nicht bezweifelt werden, obwohl sie behauptet, daß der einzelne Arbeiter "seine Klassenorganisation nicht mehr hinter, sondern gegen sich" ²⁰⁹⁾ hatte; denn "die Arbeiter waren unter Kriegsverhältnissen dauernd von der Militarisierung der Kriegsproduktion und damit von der Abschaffung der Tarifverträge und des Arbeiterschutzes und auch von erzwungenem Berufs- und Ortswechsel bedroht. Allein dafür brauchten sie einen Anwalt, der ihre Interessen wahrnahm." ²¹⁰⁾ Historiker der DDR berücksichtigen nicht, daß diese Entscheidung der Generalkommission der Gewerkschaften, mit der Regierung während des Krieges zusammenzuarbeiten, die sie schon vor der deutschen Mobilmachung am 1. August getroffen hatte, die Entschlußfreiheit der Partei einengte: "Die Gemeinden bereiteten sich auf ihre sozialen Kriegsaufgaben vor. Die Gewerkschaften arbeiteten mit. Gewerkschaften und Partei waren auf der lokalen Stufe viel zu eng miteinander verbunden, als daß die Partei sich aus ihrer prinzipiellen Haltung zum Krieg heraus hätte von ihnen absondern können. (...) Die sozialdemokratischen Lokalorganisationen, auf denen der ganze Parteiapparat beruhte, wären unverstanden verödet. So arbeiteten sie mit, und auch diese Mitarbeit band die Reichstagsfraktion." ²¹¹⁾

Wenn die Reichstagsfraktion die Kriegskredite abgelehnt hätte, dann hätten sich die Gewerkschaften von der Partei getrennt, und die Reichstagsfraktion wäre gespalten worden. "Die nationale Bewegung der Arbeiterschaft hätte sich gegen die Partei

208) GdAB. Bd. II. S. 216

209) Ebenda. S. 220

210) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 591

211) Ebenda. S. 595

und nicht in ihrem Rahmen vollzogen. Nichts wäre von der letzteren übriggeblieben als ein gespaltenes Gerippe ohne Aussicht auf Einfluß auf die künftigen Geschicke." ²¹²⁾

Auf der Sitzung der Reichstagsfraktion am 3. August, die die Vorentscheidung für die Reichstagsabstimmung am folgenden Tag brachte, entschieden sich 78 gegen 14 Stimmen, ihr Votum für die Kriegskredite abzugeben. Obwohl nicht eindeutig feststeht, welche Fraktionsmitglieder zu den 14 Oppositionellen gehörten ²¹³⁾, zählt die Geschichtsschreibung der DDR vierzehn Namen auf ²¹⁴⁾, ohne allerdings die Quelle anzugeben.

Vorher hatte am 28. und 29. Juli in Brüssel eine Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros stattgefunden, und "wie Angelica Balabanoff, eine Vertreterin der italienischen Partei, schreibt, war es der Bericht des österreichischen Vertreters Victor Adler, 'der auf absolute Aussichtslosigkeit irgendeiner Aktion gegen den Krieg und während desselben schließen ließ', der 'dem ganzen Verlauf der Sitzung das Gepräge' gab" ²¹⁵⁾. Diese Haltung Adlers hätte seine deutschen Parteigenossen sicherlich unmittelbar beeinflusst, wenn sie ihnen bekannt geworden wäre, und den Umschwung der meisten Parteiführer früher herbeigeführt.

Die These vom "Reformismus" als dem ausschlaggebenden Faktor für den Beschluß des 3. August trifft auf die meisten Parteiführer nicht zu. "Denn wenn reformistische Überlegungen vom 2. August an ausschlaggebend gewesen wären, so ist nicht einzusehen, warum sie nicht schon vom Augenblick an, als mit dem Krieg gerechnet werden mußte, ihre Wirkung getan haben." ²¹⁶⁾

²¹²⁾ Wachenheim, H.: a.a.O. S. 595

²¹³⁾ Miller, S.: a.a.O. S. 516. Anm. 5

²¹⁴⁾ GdAB. Bd. II. S. 217

²¹⁵⁾ Miller, S. a.a.O. S. 522

²¹⁶⁾ Ebenda. S. 520

Wenn auch die Frage nach den Beweggründen der Parteiführer, die zur Bewilligung der Kriegskredite führten, nicht eindeutig zu beantworten ist, so lassen sich doch klar noch zwei Faktoren aufzeigen, die diese Entscheidung begünstigten:

1. "Der Kriegsausbruch mußte unvermeidlich die Sozialdemokratie **VOR** die endgültige Entscheidung über ihr Verhältnis zum Staate stellen. Das gilt nicht nur für die deutsche Partei, sondern überhaupt für alle Parteien der II. Internationale. Wir haben betont, daß diese nur eine lockere Dachorganisation gewesen ist, in der sich souveräne nationale Parteien zur Beratung gemeinsamer Angelegenheiten zusammengeschlossen hatten. Sie verfügte allerdings über eine gewisse moralische Autorität, aber verbindlich waren ihre Beschlüsse nicht." 217)

2. Bernstein's Aussage, das Wort der Arbeiter habe kein Vaterland, stünde nicht in seinem Register, entsprach der Auffassung der großen Mehrheit in der SPD einschließlich der Parteispitze. Die Sozialdemokraten waren durch Schulausbildung, Umwelt und Heeresdienst im Wilhelminischen Kaiserreich nationaldeutsch geprägt worden und "die Augusttage 1914 zeigten, daß bei vielen sozialdemokratischen Funktionären und bei der Mehrheit der Arbeiterschaft ein latenter Patriotismus, ja selbst Chauvinismus durchbrach und ein Zusammengehörigkeitsgefühl mit den bisher bekämpften Schichten der Bevölkerung spontan entstand (...) Wir sehen also, daß auch die deutsche Arbeiterbewegung von einem der typischen Strukturelemente des Wilhelminismus, einem zum Patriotismus und Chauvinismus gesteigerten Nationalismus, nicht nur nicht frei gewesen ist, sondern daß dieser Nationalismus angelegt war und bei Kriegsausbruch aktualisiert wurde." 218)

217) Kotowsky, Georg: Friedrich Ebert. Eine politische Biographie. Wiesbaden 1963. S. 221

218) Lösche, Peter: Arbeiterbewegung und Wilhelminismus. Sozialdemokratie zwischen Anpassung und Spaltung. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. 20. Jg. 1969. S. 524

S C H L U S S

Die behandelte Phase der deutschen Sozialdemokratie - "während ihrer Blütezeit, in den Jahren, in denen sie eine führende Stellung in der zweiten Internationale innehatte" ¹⁾ - reicht nach der Periodisierung durch die Geschichtsschreibung der DDR von der zweiten in die dritte Hauptperiode hinein und erfährt folgende allgemeine prinzipielle Charakterisierung: Bis 1890 hatte sich die deutsche Sozialdemokratie zu einer revolutionären marxistischen Partei entwickelt, die dann aber bis 1914 durch den Einfluß des "Opportunismus" zu einer kleinbürgerlichen, reformistischen Arbeiterpartei wurde, "die in Theorie und Praxis keine revolutionäre Orientierung besaß" ²⁾, wie der 14. August 1914 deutlich bewies. Der Prozeß dieser Wandlung "setzte vor allem seit dem Beginn des imperialistischen Stadiums in Deutschland um die Jahrhundertwende ein" ³⁾, dem Anfang der dritten Hauptperiode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in der ihr Gegenstand so schwer erkennbar ist wie in keiner anderen ⁴⁾.

Die Geschichtsschreibung der DDR geht von der hypothetischen Annahme der Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung zu Beginn des behandelten Zeitabschnitts aus und versucht dann, die Grundlagen und Ursachen für den wachsenden "Opportunismus" aufzuzeigen.

Wichtige soziale Gruppen des "Opportunismus" seien die "Arbeiteraristokratie" und die "Arbeiterbürokratie": "Die

1) Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 43

2) Fricke, Dieter: Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890-1914). Leipzig 1962. S. 8

3) Ebenda

4) Fricke, Dieter: Der Kampf um die Herausbildung einer revolutionären marxistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse. Neue Probleme und Forschungsergebnisse zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der dritten Hauptperiode. In: BZG 5/64. S. 872

Arbeiteraristokratie ist der von der Bourgeoisie bestochene Teil der Arbeiterklasse. Die Korruption ist hier durch die ökonomische Besserstellung in Form von Löhnen, Gehältern und Prämien besonders auffällig. Die Arbeiteraristokratie setzt sich aus Meistern, Vorarbeitern und bestimmten Facharbeitergruppen zusammen. Sie ist eine wesentliche sozial-ökonomische Grundlage des Opportunismus und gibt diesen eine gewisse Massenbasis." ⁵⁾ Diese negative Definition der "Arbeiteraristokratie" berücksichtigt nicht Probleme der Arbeitsteilung und Organisation für Industrieunternehmen, die gerade seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts auftraten und in Ansätzen sogar schon in der damaligen zeitgenössischen Literatur behandelt wurden ⁶⁾.

Folgende Abwertung erfährt die "Arbeiterbürokratie": "Die Arbeiterbürokratie setzt sich aus den von den Massen losgelösten und keiner systematischen revolutionären Erziehung unterworfenen Beamten in Partei und Gewerkschaften, aus hauptamtlichen Sekretären, Zahlstellenleitern, Redakteuren, Parlamentariern usw. zusammen. Das waren jene Leute, die durch ihre feste Anstellung in der Arbeiterbewegung ihre soziale Frage als gelöst ansahen; Stimmenzahlen, volle Partei- und Gewerkschaftskassen, Abonnentenzahlen der Zeitungen usw. kurz gesagt, die Legalität der Organisation ging ihnen über alles. Sie paßten sich bedingungslos dem Kapitalismus an. Natürlich gehörten nicht alle hauptamtlichen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre zu dieser Gruppe. Aber die Bürokratie hatte das Übergewicht." ⁷⁾

Die Geschichtsschreibung der DDR mißt zwar dem quantitativen Aufschwung, den die deutsche Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften in der Zeit von 1890 bis 1914 genommen haben,

5) Griep, Günter: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (1890-1914). Berlin 1960. S. 67; vgl. auch die ausführlichere Charakterisierung im: Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. I. Berlin 1969. S. 104 f.

6) Vgl. Kocka, Jürgen: Industrielles Management. Konzeptionen und Modelle vor 1914. In: Vierteljahrschrift für Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte. Bd. 56. 1969. S. 352 f.

7) Griep, G.: a.a.O. S. 66

und der großen Organisationsarbeit angemessene Bedeutung zu ⁸⁾, kommt aber zu anderen Bewertungen als Historiker der BRD. Historiker der DDR werten gerade die Tätigkeit auf lokaler und regionaler Ebene in der deutschen Arbeiterbewegung als "Opportunismus" ab, auf der in der SPD dieser Jahre große Erfolge erzielt wurden und Macht erworben werden konnte: "durch die Tätigkeit der örtlichen Gewerkschaftskartelle, der Arbeitersekretariate, in Gemeindevertretungen, teilweise - durch politische Tauschgeschäfte anlässlich von Budgetbewilligungen - auch in den süddeutschen Landtagen. Hier war die durch reformistische Praxis erkämpfte und behauptete Basis für die Stärke der Partei" ⁹⁾.

Der Historiker der DDR Fricke vertritt paradigmatisch die These: "Die Herrschaft der opportunistischen Führer der Partei und der Massenorganisationen machten die organisatorischen Erfolge der proletarischen Masse zunichte bzw. verkehrten sie durch den Nurparlamentarismus, die Überbetonung der Bedeutung der zahlenmäßigen Stärke der Organisationen auf Kosten ihrer Kampfkraft und den Organisationsfetischismus ins Gegenteil." ¹⁰⁾ Der Terminus "Nurparlamentarismus" ist übertrieben; zwar blieb auch nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 der parlamentarische Kampf das Hauptarbeitsgebiet der SPD auf Reichsebene - "zur Beschränkung auf dieses politische Mittel trugen im wesentlichen die quantitativen Erfolge bei, die dabei erzielt wurden: bis 1912 stiegen die Stimmenzahlen auf 4 250 329" ¹¹⁾ -, jedoch berücksichtigt Fricke nicht die Furcht der SPD vor neuer Illegalisierung wie unter dem Sozialistengesetz, obgleich er zum Beispiel darauf hinweist, daß "von 1890 bis Anfang 1912 insgesamt 164 Jahre, 2 Monate Zuchthaus, 1244 Jahre Gefängnis, 1 Jahr 6 Monate Festungshaft und 557 481 Mark Geldstrafe gegen Arbeiter wegen 'politischer' Vergehen ver-

8) Fricke, D.: Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890-1914). Leipzig 1962. S. 12 f.

9) Fülberth, Georg: Proletarische Partei und bürgerliche Literatur. Auseinandersetzungen in der deutschen Sozialdemokratie der II. Internationale über Möglichkeiten und Grenzen einer sozialistischen Literaturpolitik. Kollektion alternative.

hängt worden sind" ¹²⁾. Nach 1900 trat unverkennbar neben die Vorsicht gegenüber dem Staatsanwalt allmählich die Furcht vor den militärischen Machtmitteln des Staates, doch die Historiker der DDR lassen auch dieses Argument beiseite, obgleich gerade sie die Aufgabe der Armee gegen innere Feinde des Staates sogar höher als gegen äußere veranschlagen.

Fülberth vertritt die richtige Meinung, daß der Zweck der vorsichtigen Taktik von Parteivorstand und Gewerkschaften nicht einfach die Schonung der "Organisation" war, "sondern die Aufrechterhaltung der Aufgabenstellung der Arbeiterbewegung, wie sie sich seit dem Ende des Sozialistengesetzes herausgebildet hatte: die erfolgreiche Verwaltung der Tageskämpfe des Proletariats und das Sammeln von Parlamentsmandaten mit der Aussicht, damit auf in den Einzelheiten allerdings noch ungeklärte Weise an die Macht zu kommen. Auf diese beiden Ziele war die Organisation selbst zugeschnitten. Ihre Zerschlagung durch die Konfrontation mit der Staatsmacht sollte nicht deshalb vermieden werden, weil es galt, Partei und Gewerkschaften als Selbstzweck zu erhalten, sondern weil eine Reduzierung oder qualitative Veränderung der Organisation die Erfüllung dieser beiden Aufgaben erschwerte oder sogar verhindert hätte. Eine Kritik an der vorsichtigen Taktik der SiD vor 1914 wird deshalb nicht abstrakt an ihrem 'Organisationsfetischismus' ansetzen müssen, sondern an ihrer verkürzten und isolierten Zielsetzung." ¹³⁾

Die Geschichtsschreibung der DDR vertritt die These: "Arbeiteraristokratie, proletarisierte Kleinbürger und Arbeiterbürokratie bildeten die soziale Grundlage des Revisionismus." ¹⁴⁾

zu 9) Hrg. v. Brenner, Hildegard. Bd. IV. Neuwied/Berlin 1972 S. 23

10) Fricke, Dieter: Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890-1914). Leipzig 1962. S. 14

11) Fülberth, G.: a.a.O. S. 15 f.

12) Fricke, D.: a.a.O. S. 272

13) Fülberth, G.: a.a.O. S. 22

14) GdAB. Bd. II. S. 55

Damit schlägt sie Sozialdemokraten wie Friedrich Ebert, Hermann Müller und Gustav Noske dem Revisionismus zu, obwohl der Parteiapparat sich nicht nur gegen die Linke sondern auch gegen die Revisionisten - allerdings in geringerem Maß - wandte, und kommt auf diese Weise zu einer unscharfen und zu weit gefaßten Abgrenzung des Revisionismus.

Fülberth kommentiert Kuczynskis Herleitung der Resonanz von Bernsteins Revisionsversuch des Marxismus aus der Existenz von "Arbeiteraristokratie" und "Arbeiterbürokratie" so:
"Nur wenn man voraussetzt, daß durch ungenügende intellektuelle Verarbeitung der Wandlungen in der Lage des deutschen Proletariats massenhaftere Illusionen (auch außerhalb der 'Arbeiteraristokratie') über die in den Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft erreichbaren Ziele von Arbeiterpolitik möglich waren und eine breite Grundlage für reformistische Ideologien der 'Arbeiteraristokratie' abgeben konnten, mag Kuczynskis Konstruktion ein Moment Wahrheit enthalten."¹⁵⁾
Tatsächlich entsprach der Revisionismus nach überwiegender Auffassung westlicher Historiker einer verbreiteten reformistischen Tendenz innerhalb der Anhängerschaft der SPD - und keineswegs allein in den Randgruppen, die mit den Begriffen "Arbeiteraristokratie", "Arbeiterbürokratie" und "Kleinbürgertum" in Verbindung gebracht werden können. Das ist auch die Erklärung dafür, warum der Revisionismus sich trotz seiner formellen Verurteilung auf dem Dresdner Parteitag 1903 gegenüber dem orthodoxen Marxismus behauptete und seinen Einfluß noch verstärkte.

Es ist einseitig, die Bedeutung der Schicht von Parteifunktionären - der "Arbeiterbürokratie", die nach 1900 schnell an Einfluß gewann - lediglich nach ihrer Wichtigkeit für die Entstehung des Revisionismus zu beurteilen, wie es die Geschichts-

¹⁵⁾ Fülberth, G.: a.a.O. S. 14

schreibung der DDR in ihrer Einschätzung vornimmt, denn zugleich waren es diese Parteifunktionäre, "die - vielleicht oft wegen ihrer Bereitschaft zur Anpassung - politisches Klassenbewußtsein bei Massen von Arbeitern weckten, die bis dahin von sozialdemokratischer Agitation völlig unberührt, unpolitisch oder ausschließlich von den klerikalten, nationalistischen und militaristischen Ideologien des herrschenden Systems beeinflusst waren" 16). Im übrigen wird der Revisionismus in seiner Wirkung - bei Ignorierung der großen Bedeutung der reformistischen Praxis für die Arbeiterbewegung - von der Geschichtsschreibung der DDR viel zu hoch veranschlagt. Zwar hatten auch die Theoretiker in der Partei ihren festen Platz und ihre Debatten auf Versammlungen und Parteitagten, ihre Aufsätze und Bücher bewegten einen großen Teil der Mitglieder und beeinflussten das Handeln der Partei, "das entscheidende Gewicht für die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie aber liegt eindeutig auf der in tausenden von Einzelercheinungen zu beobachtenden Einbeziehung der Arbeiter in immer neue Bereiche der praktischen Wirkungsmöglichkeit. Der 'Revisionismus' ist nur ein schwacher Reflex dieser vielfältigen reformistischen Praxis. Nicht die Schippel, Bernstein, Meine, Calwer und Hildenbrand, sondern die Vollmar, Grillenberger, Auer, Kloß, v. Elm, Legien, Leipart, Hué, Dr. Südekum, Ebert, Scheidemann, Keil und Löbe, nicht die revisionistischen Akademiker der 'Sozialistischen Monatshefte', sondern die Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsführer, die Kommunalpolitiker und Landtagsabgeordneten, die letztlich unangreifbaren, weil unersetzlichen Träger der politischen Gegenwartsarbeit bestimmten den Charakter der Partei, die sich bereits bis 1900 im wesentlichen zu einer praktischen Arbeiterpartei mit einigen nicht ernst genommenen revolutionären Phrasen 'durchgemausert' hatte" 17).

16) Fülberth, G.: a.a.O. S. 34 f.

17) Ritter, G.A.: a.a.O. S. 187

Ignaz Auer's Praktizismus, der als Ausdruck einer bewußten Integrationstaktik anzusehen ist, "weil er die Möglichkeit bot, von einer unangreifbaren Basis aus die Gegensätze in der Partei zu überbrücken, beziehungsweise als theoretisches Gezänk, das die Partei eigentlich gar nicht berühre, abzutun" 18), und der in der Partei eine große Anhängerschaft hatte 19), findet in dem offiziellen Werk der Geschichtsschreibung der DDR, der achtbändigen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" von 1966, keine Beachtung: Der Terminus Praktizismus wird nicht einmal erwähnt. Historiker der DDR werten den Praktizismus mit der Definition ab, er beinhalte eine einseitige Auffassung des Verhältnisses von Theorie und Praxis, und weil er faktisch die Notwendigkeit einer theoretischen Orientierung der Tätigkeit des Menschen negiert, führt er in der Politik zu Prinzipienlosigkeit und zu "Opportunismus". 20) Der Historiker der DDR Engelberg urteilt über den Hauptrepräsentanten des Praktizismus: "Ignaz Auer ist ein typisches Beispiel dafür, wie ein klassenverbundener und opferbereiter Arbeiter durch Vernachlässigung der theoretischen Schulung zum Opportunisten werden kann." 21)

Zwar hat Ignaz Auer in der Tat keine Gelegenheit ausgelassen, um sein Desinteresse an allen theoretischen Fragen, ja sein intellektuelles Unvermögen zu bekunden und Einladungen, sich über prinzipielle Fragen zu äußern, grundsätzlich abgelehnt 22), aber Zeitgenossen haben die Erfahrung gemacht, "daß Auer in der marxistischen Theorie sehr wohl zu Hause war und über die

18) Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 117

19) Ebenda. S. 124

20) Kleines Politisches Wörterbuch. Berlin 1967. S. 506

21) Engelberg, Ernst: Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878 - 1890. Berlin 1959. S. 46

22) Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 116

theoretischen Grundlagen der Partei mehr wußte als manche, die sich zu den Theoretikern rechneten" ²³⁾. Doch Auer sah eben deutlich die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung gefährdet "durch die Theoretiker von links und rechts, und deshalb war er bemüht, die Theorie als das Sekundäre, Unwesentliche in den Hintergrund zu drängen" ²⁴⁾.

Die Geschichtsschreibung der DDR akzeptiert nicht, daß die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zwischen 1890 und 1914 eben "die Geschichte der Emanzipation von der Theorie überhaupt" ²⁵⁾ war und daß das, was von Auer konsequent verfochten worden war, die Abkehr von der Theorie und die Verfolgung praktischer, den Umständen angepaßter Arbeiterpolitik, zum Leitsatz, ja zur Ideologie der Praktiker wurde, die am Vorabend des ersten Weltkrieges das Gesicht der Partei als einer praktischen Arbeiterpartei bestimmten ²⁶⁾, und daß diese Politiker - neben Auer waren es Molkenbuhr, Ebert, Scheidemann und ein Teil der Gewerkschaftsführer -, "deren politische Praxis weder durch die offizielle Parteidoktrin noch durch den spezifischen Revisionismus und auch nicht durch den Reformismus der Süddeutschen beeinflusst wurde" ²⁷⁾, sich damit in Übereinstimmung mit den Massen befanden.

Der "Zentrismus" wird von der Geschichtsschreibung der DDR als zweite "opportunistische Strömung" in der deutschen Arbeiterbewegung neben dem Revisionismus angesehen, der Reformismus hingegen zwar nicht ignoriert wie der Praktizismus jedoch eingegrenzt als kleinbürgerliche "opportunistische" Strömung in der Arbeiterbewegung, die sich als praktisch-politischer Ausdruck des Revisionismus beim Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus herausbildete ²⁸⁾.

23) Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 116

24) Ebenda. S. 117

25) Ebenda. S. 124

26) Ebenda. S. 125

27) Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 124

28) Kleines Politisches Wörterbuch. Berlin 1967. S. 547; vgl. auch die ausführlichere Charakterisierung im: Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands u.d. dtsh. Arbeiterbewegung.

Die Historiker der DDR erkennen also nur drei ideologische Gruppierungen in der deutschen Sozialdemokratie an: Die Linken, die "Zentristen" und die Revisionisten, während Historiker der BRD auch noch die beiden Richtungen des Reformismus und Praktizismus als vierte und fünfte hinzuziehen, die von der Geschichtsschreibung der DDR mit unter dem Begriff Revisionismus oder "Opportunismus" erfaßt und in ihrem Wert für die Arbeiterbewegung herabgesetzt werden, obgleich gerade Praktizismus und Reformismus die Parteiarbeit entscheidend geprägt haben.

Die Geschichtsschreibung der DDR lehnt übereinstimmend die Thesen ab, daß die Theorie der deutschen Sozialdemokratie schon vor der Herausbildung des marxistischen Zentrums durch einen gradualistischen Fatalismus bestimmt wurde, der sich hinter einer revolutionären Terminologie verbarg, und Kautsky dem Revisionsversuch Bernsteins viel näher stand, als man bisher annahm; sie pflegt statt dessen weiterhin die "revolutionäre" Kautsky-Legende. Kautskys Schrift "Der Weg zur Macht" wird zwar sowohl von Historikern der DDR als auch der BRD als Höhepunkt seiner revolutionären Einstellung angesehen, doch ignorieren die Historiker der DDR, daß er einerseits auch in dieser Schrift die Position des Abwartens nicht verließ und andererseits weder die Gewerkschaftsbewegung noch den Reformismus in ihrem Wesen und in ihrer Berechtigung erkannt hat.

Der Versuch des Historikers der DDR Irrlitz, Erkenntnisse westlicher Geschichtsschreibung über Karl Kautsky auszuwerten und fruchtbar zu machen, stieß auf die Kritik seiner Fachkollegin in der DDR Laschitzka und wird vorläufig sicherlich Ausnahmeerscheinung bleiben. Allerdings sieht auch Laschitzka, daß es bei Kautsky Mängel in der Beherrschung der marxistischen Theorie und insbesondere bei ihrer Anwendung auf die konkreten Gegebenheiten der gesellschaftlichen Entwicklung gab, aber sie wendet

zu 23) Ed. T. Berlin 1969. S. 322 f.

sich gegen Irrlitz und westliche Historiker, die in Zweifel ziehen, daß Kautsky in philosophischer Hinsicht jemals Marxist war.

Das Problem der Historiker der DDR, einen plötzlichen Bruch in der theoretischen Entwicklung Kautskys zu beweisen, verursachte ebenfalls eine Diskussion zwischen Laschitzka und Irrlitz, der mit Steinberg in seiner Einschätzung der "zentristischen" Haltung Kautskys seit 1910 übereinstimmt. Insbesondere kritisiert Laschitzka, daß Irrlitz in Erwägung zieht, vom "Zentrismus" in der Partei erst ab 1910 zu sprechen, und den "Zentrismus" nicht klar als "opportunistische Strömung" abgrenzt.

Besondere Beachtung schenken die Historiker der DDR den Linken in der SPD, die ihrer Meinung nach "auf einen großen Kreis von Mitgliedern und Funktionären der mittleren und unteren Parteiorganisationen Einfluß" ²⁹⁾ gewannen. Dagegen stellt Fülberth fest ³⁰⁾, daß die linkssozialistischen Intellektuellen keinen festen und kontinuierlichen Kontakt zu radikalen Parteieinheiten in den Wahlkreisen hatten - wie zu den radikalen Industriearbeitern einiger Wahlkreise, die während der Massenstreikdebatten deutlich Kampfbereitschaft und revolutionäre Entschlossenheit zeigten - mit Ausnahme von Clara Zetkin, die in enger Verbindung mit der Stuttgarter Partei stand und der Intellektuellen der "Bremer Linken". Übereinstimmend treffen Historiker der DDR und BRD die Aussage, daß die Linken vor 1914 zu keiner gemeinsamen politischen Position fanden und man sie keineswegs als eine geschlossene Gruppe bezeichnen kann.

Hervorzuheben ist die Entwicklung der Beurteilung Rosa Luxemburgs: seit Mitte der fünfziger Jahre sind das System des

²⁹⁾ GdAB. Bd. II. S. 111

³⁰⁾ Fülberth, G.: a.a.O. S. 31 f.

"Luxemburgismus" und seit Mitte der sechziger Jahre Rosa Luxemburgs "Spontaneitätstheorie" für die offiziöse Geschichtsschreibung der DDR nicht mehr relevant, und man betont nicht mehr vorrangig Divergenzen zwischen Rosa Luxemburg und Lenin sondern Konvergenzen. Die Abwendung von der "stalinistischen" Geschichtsschreibung, die von kommunistischer Seite heute so bestimmend angemeldeten Ansprüche auf Rosa Luxemburgs Erbe und die sich daraus ergebende verstärkte "Auseinandersetzung" mit der westlichen Luxemburg-Forschung - Historiker der DDR sprechen von einer "Rosa-Luxemburg-Renaissance" durch bürgerliche und rechtssozialdemokratische Historiker und Politologen" 31) -, stellen die Historiker der DDR vor die Aufgabe, die Zugehörigkeit Rosa Luxemburgs zum eigenen Lager und den "leninistischen" Charakter ihrer Schriften intensiver herauszuarbeiten als in der Vergangenheit.

Der Vorwurf der offiziösen Geschichtsschreibung der DDR, der Fehler der Linken habe darin bestanden, "daß sie sich nicht rechtzeitig, das heißt schon in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, innerhalb der Sozialdemokratie zusammenschlossen, um sich mit einem großen Kreis von Mitgliedern und Funktionären auch organisatorisch vom Opportunismus trennen zu können" 32), verkennet die Situation dieser Parteiströmung in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie und trifft nicht ihre Probleme: "Vor 1914 waren Luxemburg, Liebknecht, Mehring und Zetkin nicht nur deshalb unfähig, ihre Position innerhalb der Partei zur Geltung zu bringen, weil sie sich spät entwickelten und erst kurz vor Kriegsbeginn stetig zusammenarbeiteten, sondern weil ihr Arbeitsgebiet innerhalb der Partei ihnen wenig dauernden Einfluß sichern konnte: auch sie waren an der beständigen organi-

31) Radczun, Günter: Zur Geschichte der deutschen Vorkriegssozialdemokratie und der deutschen Linken. In: Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch. Hrsg. v. Berthold, Werner u.a. Köln 1970. S. 377 (Westdeutsche Lizenzausgabe des Akademie Verlages in Ost-Berlin. Die Ausgabe des Akademie-Verlages erschien 1970 unter dem Titel: "Unbewältigte Vergangenheit. Handbuch zur Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung.")

32) GdAB. Bd. II. S. 112

satorischen und reformistischen Praxis der SPD nicht beteiligt. Liebknechts Jugend- und Zetkins Frauenarbeit waren dafür kein voller Ersatz. Aus diesem Grund hätten sie zu einer Parteispaltung selbst dann keine Handhabe besessen, wenn sie sich früher gemeinsam politisch artikuliert hätten. Das gleiche gilt für eine Sezession: ohne Massenanhang konnten diese Intellektuellen nur in der SPD arbeiten und hätten in einer Zeit relativer politischer Ruhe - anders als später im Ersten Weltkrieg - außerhalb der Partei sehr schnell alle politischen Wirkungsmöglichkeiten verloren." 33)

Bei der Beurteilung des Verhältnisses zwischen der SPD und den Gewerkschaften erheben Historiker der DDR den schwerwiegenden Vorwurf des "Nurgewerkschaftertums" gegen die Gewerkschaften, obgleich die Maxime vom Primat der Arbeiterpartei über die Arbeitergewerkschaften von den Gewerkschaftsführern nicht aufgegeben wurde. Wenn auch ihr Tagewerk war, eine große Organisation und deren Kassen zu verwalten, ihre vornehmste Tätigkeit, Lohnkämpfe zu führen, und sie in der Praxis das Politische manchmal als störend empfanden, erkannten sie doch den Vorrang der Politik mit mehr oder weniger Überzeugung an. 34)

Die zentrale Persönlichkeit der deutschen Arbeiterbewegung in dieser Phase ist August Bebel: "nach Bismarck die interessanteste politische Erscheinung des Kaiserreichs" 35). Die Historiker der DDR erkennen zwar auch gewisse Widersprüche in der Persönlichkeit Bebels an, jedoch nicht die Diskrepanz zwischen formalem Radikalismus in der Theorie und sozialreformerischer Praxis, die sich insbesondere in August Bebels Wirken offenbarte.

33) Fülberth, G.: a.a.O. S. 31

34) Hirsch-Weber, Wolfgang: Gewerkschaften in der Politik. Von der Massestreikdebatte zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht. Köln/Opladen 1959. S. 13

35) Wachenheim, H.: a.a.O. S. 419. Anm. 22

Steinberg bezeichnet Bebels mangelhafte Marxismus-Rezeption als "Eklektizismus" ³⁶⁾ und hebt Bebels Interpretation des Marxismus "im evolutionistischen Sinn" ³⁷⁾ hervor, und Wachenheim konstatiert: "Dieser fleißige, mutige und bescheidene Mensch vermochte bis zu seinem Tode durch Resolutionen des Parteivorstandes und der Parteitage die linke Seite von der Parteivorstandsmitte bis zu den Radikalen mit oft selbst gewählten marxistischen Formulierungen zu befriedigen und doch der Rechten, den Reformisten und Gewerkschaftlern, die notwendige Gedanken- und Diskussionsfreiheit, ja sogar gelegentlich Aktionsmöglichkeit sichern." ³⁸⁾ "Letztlich waren es die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme der Unterführer in der Partei, seine Beobachtungen in Versammlungen, die Dynamik der Streiks und der Unruhen und spontaner politischer Demonstrationen, und auch seine Scheu, die Arbeiter durch Disziplinierung und Bestrafung für Unternehmungen leiden zu sehen, die nicht zu Erfolgen führen konnten, die Bebel in seinen Aufwallungen, taktischen wie auch strategischen Schwankungen und vor allem seinen Kompromissen bestimmten. ³⁹⁾ Bebel kannte eben die sozialpsychologische und politische Situation der Arbeiterschaft im Kaiserreich so gut wie kein anderer seiner Zeitgenossen.

Der Historiker der DDR Hennig kommt hingegen zu folgendem Resultat: "In seiner praktisch-politischen Tätigkeit, zum Beispiel als hervorragender Parlamentarier seiner Klasse und im Kampf gegen den preußisch-deutschen Militarismus, hat er die Grundgedanken von Engels zur Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes der neunziger Jahre, wenn auch mit unübersehbaren Mängeln, objektiv viel weiter verwirklicht, als er sie subjektiv erfaßte. Insgesamt war und

³⁶⁾ Steinberg, H.-J.: a.a.O. S. 18

³⁷⁾ Ebenda. S. 56

³⁸⁾ Wachenheim, H.: a.a.O. S. 278

³⁹⁾ Ebenda. a.a.O. S. 279

blieb Bebel der proletarische Revolutionär, der in den Grundfragen seiner Zeit eine marxistische Haltung einnahm. In seiner politischen Praxis eilte er seinen theoretischen Erkenntnissen voraus." ⁴⁰⁾ Auch August Bebel wird also für die "klassenmäßige, revolutionäre, marxistische" Tradition der SED in Dienst gestellt.

Die Auseinandersetzung mit der westdeutschen Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung wird den Historikern der DDR in allen einschlägigen Beschlüssen und Anleit-Artikeln aufgegeben, und in undifferenzierter Übertragung der Bedeutung der geschichtsphilosophischen und wissenschaftspolitischen Konzeptionen und politischen Aufgabenstellung für die eigene Geschichtswissenschaft auf die der BRD geht die Geschichtsschreibung der DDR bei der Beurteilung der westdeutschen Forschung und Interpretation zur Geschichte der Arbeiterbewegung von folgenden angeblichen gesellschaftstheoretischen und historisch-politischen Grundkonzeptionen, geschichtsphilosophischen Grundlagen und politisch-ideologischen Aufgaben und Funktionen der westdeutschen Historiographie aus:

1. Die Lehre von der Industriegesellschaft sei "die gegenwärtig bedeutendste bürgerliche Gegenkonzeption zum Marxismus-Leninismus" ⁴¹⁾, weil
 - "eine relativ geschlossene 'Gesamtansicht der Vergangenheit' vermittelt wird, die mit pseudowissenschaftlichem Instrumentarium soziologisch, historisch und logisch begründet, in der Regel auf primitive Fälschungen verzichtet;
 - reale Erscheinungen berücksichtigt und daraus resultierende geschichtliche Teilwahrheiten in eine reaktionäre Gesamtaussage eingebaut werden;

⁴⁰⁾ Hennig, Günter: August Bebel. Todfeind des preußisch-deutschen Militärstaats. 1891 - 1899. Berlin 1963. S. 14 f.

⁴¹⁾ Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. a.a.O. S. 26

- wissenschaftliche Teilerkenntnisse und Begriffe manipuliert werden bis hin zur formalen Anwendung inhaltlich völlig entstellter marxistischer Termini"⁴²⁾.

2. Die in den Jahren 1960/61 aufkommende Konvergenztheorie, die aus der Lehre von der Industriegesellschaft abgeleitet sei und eine Annäherung der beiden Welt-systeme infolge von Wandlungs- und Liberalisierungsprozessen des "Sozialismus" annehme, sei "eine anti-sozialistische Untergangsprognose"⁴³⁾ und habe die Funktion, die "imperialistische Strategie" theoretisch zu begründen, die darin besteht, "die Transformationsprozesse im Sozialismus durch eine langfristige gezielte Einwirkung mit ökonomischen, politischen und ideologischen Mitteln zur Anbahnung einer kapitalistischen Restauration zu beeinflussen, zu beschleunigen und in die gewünschte Richtung zu lenken"⁴⁴⁾. Die ideologische Komponente dieser "Strategie" werde vornehmlich durch die "politisch-ideologische Diversion gegen die sozialistischen Länder" verwirklicht - nämlich vor allem dadurch, "rechtssozialdemokratisches und revisionistisches Gedankengut in die imperialistische Geschichts-ideologie einzugliedern und wirksam werden zu lassen. Eine besondere Rolle spielt dabei die Theorie des 'dritten Weges', namentlich in Gestalt der aktualisierten Ableger vom 'demokratischen' oder 'humanistischen Sozialismus' oder auch vom 'Nationalkommunismus'" - zur Schwächung des "Proletarischen Internationalismus".⁴⁵⁾

⁴²⁾ Lozek, Gerhard: Zur Anwendung der Lehre von der "Industriegesellschaft" auf die Geschichte. In: Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. a.a.O. S. 32

⁴³⁾ Rose, Günther: Zur Genesis der "Industriegesellschafts"- und "Konvergenz"theorie. In: Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. S. 31

⁴⁴⁾ Ebenda. S. 30 f.

⁴⁵⁾ Loesdau, Alfred, Lozek, Gerhard: Die Klassenfunktion der bürgerlichen Geschichtsschreibung. In: Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. S. 13

3. Die Totalitarismus-Doktrin, deren Kernstück die These einer angeblichen Wesensgleichheit zwischen Faschismus und "Sozialismus" bilde, sei "die in der Bundesrepublik am weitesten verbreitete ideologische Erscheinungsform des Antikommunismus" ⁴⁶⁾. Ideologiegeschichtlich wurzele die Totalitarismus-Doktrin in Karl Kautskys Auffassungen von "Demokratie" und "Diktatur". Zu Beginn der sechziger Jahre - "parallel zum Scheitern der imperialistischen Konzeptionen des Frontalangriffes gegen die sozialistischen Staaten und gleichzeitig mit dem Übergang zur Politik der ideologischen Diversion" - habe diese Doktrin dann eine differenziertere Auslegung erfahren: "Im Hinblick auf ihre Diversionsfunktion sollten dabei weniger die konstruierte Wesensgleichheit zwischen Faschismus und Sozialismus als vielmehr die Besonderheiten der einzelnen sozialistischen Staaten, insbesondere ihre geschichtlichen und anderen Unterschiede zur angeblich 'totalitären' Sowjetunion herausgearbeitet werden. Dieses Vorgehen kulminiert heute in den Losungen eines 'demokratischen', 'humanistischen', 'reformierten' und damit 'nichttotalitären' Sozialismus. Dabei gibt es wiederum enge Berührungspunkte mit der Theorie des 'Nationalkommunismus', der gleichfalls als 'nichttotalitär' ausgegeben wird." ⁴⁷⁾

4. Mit der Integrationskonzeption "wird die Integration der Arbeiterbewegung in den bürgerlichen Staat als ein mit dem Übergang zur 'Industriegesellschaft' einsetzender notwendiger, kontinuierlich ablaufender Prozeß hingestellt, dessen Durchsetzung angeblich das eigentliche Grundanliegen der Arbeiterbewegung selbst gewesen sei und der demzufolge den konzeptionellen

⁴⁶⁾ Lozek, Gerhard: Die antikommunistische "Totalitarismus"-Doktrin. In: Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. S. 39

⁴⁷⁾ Ebenda. S. 43

Leitfaden der Gesamtdarstellung einer Geschichte der Arbeiterbewegung bilden müsse" ⁴⁸⁾. Bei dieser Integration der Arbeiterbewegung werde selbst der "bürgerliche" Nationalismus als "Integrationskitt" dienstbar gemacht. "Die Integrationskonzeption ist das entscheidende Instrument imperialistischer und rechtssozialdemokratischer Historiker zur Verfälschung der Geschichte der Arbeiterbewegung" ⁴⁹⁾: sie habe die wichtige Funktion, die Arbeiterklasse und ihre Organisationen in den "monopolkapitalistischen Herrschaftsbereich" zu integrieren.

Die sozialgeschichtliche Forschung in Westdeutschland, die die Synthese von Soziologie und Geschichtswissenschaft, von individualisierender und generalisierender Betrachtung, die strukturgeschichtliche Betrachtungsweise ermöglicht und den Wandel der gesellschaftlichen Strukturen untersucht, wird angegriffen, weil für sie die Geschichte der Arbeiterbewegung nur eines der wichtigsten Phänomene des gesellschaftlichen Strukturwandels der vergangenen letzten 150 Jahre ist und nicht die bedeutendste "Haupttriebkraft des gesellschaftlichen Fortschritts": "So entpuppt sich die strukturorientierte 'Sozialgeschichte' als Versuch maßgebender Historiker des Bonner Staates, in gezielter Abwehr und Bekämpfung des historischen Materialismus zu einem modifizierten theoretisch-methodologischen Forschungsinstrumentarium zu kommen, das ermöglichen soll, die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse zumindest seit dem Aufkommen des Kapitalismus und dem Beginn der Geschichte der Arbeiterbewegung im Sinne der heutigen Machtinteressen der Monopolbourgeoisie zu deuten",

8) Schmidt, Walter: Die bürgerliche "Integrations"konzeption. In: Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. S. 47

49) Ebenda. S. 44

und es solle "der soziale Inhalt des weltweiten Kampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus" und der "Klassenkampf in den imperialistischen Ländern" gezeugnet werden ⁵⁰⁾.

Die Geschichtsschreibung der DDR nimmt ihr eigenes Planungs-, Leitungs- und Organisationsmodell als Ausgangspunkt und konstatiert, daß die Historiographie der BRD direkt oder indirekt der Bundesregierung oder politisch führenden Gruppen in der BRD untergeordnet sei und für deren Bedürfnisse politische Aufgaben wahrnehme. Für die Geschichte der Arbeiterbewegung habe sich zuerst der von Werner Conze geleitete "Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte" in Heidelberg zu einem Zentrum entwickelt. ^{Er} entstand 1956/59 und stellt "ein praktisches Beispiel für die 'Sozialgeschichtsschreibung' in Westdeutschland dar" ⁵¹⁾. Die Integrationskonzeption und insbesondere der "bürgerliche" Nationalismus bildeten für seine Publikationen die Grundlage.

Seit Anfang der sechziger Jahre habe sich die "Friedrich-Ebert-Stiftung" zu einem weiteren Zentrum der Forschungs- und Publikationstätigkeit auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeiterbewegung entwickelt; das stehe in enger Beziehung zu "der Hinwendung der rechten sozialdemokratischen Führer Westdeutschlands zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" ⁵²⁾ - insbesondere bei den Diskussionen um das Godesberger Programm.

Der demokratische Sozialismus - wie er im Godesberger Programm der SPD von 1959 verankert ist - sei "in ein Entwicklungsschema der Menschheit zu 'Freiheit und Gerechtigkeit'

50) Lozek, Gerhard, Meier, Helmut: Die Soziologisierung der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Zur Rolle der strukturenorientierten "Sozialgeschichte". In: Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. S. 78

51) Meier, Helmut: Die wichtigsten Institutionen. In: Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. S. 501

52) Teresiak, Manfred: Die Friedrich-Ebert-Stiftung - Zentrum zur Verfälschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. In: BZG 6/69. S. 1014

eingebettet. Die Einheit zwischen der ideologischen Plattform des 'demokratischen Sozialismus', des Entwicklungsschemas und der rechtssozialdemokratischen Politik bildet die historisch-politische Gesamtkonzeption zur Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung durch die rechtssozialdemokratische Historiographie" 53) - insbesondere die der "Friedrich-Ebert-Stiftung", deren Publikationen von den in Westdeutschland vorherrschenden Fehlinterpretationen getragen werden: "Abwertung des Marxismus als eine Richtung neben anderen in der Arbeiterbewegung; Herabminderung der Rolle von Marx und Engels; Aufwertung des parlamentarischen Kampfes und der opportunistischen Richtungen; Überbewertung der Rolle Ferdinand Lassalles usw. Die antikommunistische Zielsetzung bestimmt letztlich die Institutsarbeit." 54)

Gerade bei der Auseinandersetzung mit der westdeutschen Historiographie spielen für die Historiker der DDR politische, ja selbst auch aktuelle tagespolitische Aufgaben und Situationsanalysen, die von der SED vorgegeben werden, eine große Rolle; "in diesem Arbeitsbereich kann möglicherweise im einzelnen Fall die Kluft zwischen echter Beschäftigung mit Ergebnissen und Methoden der 'bürgerlichen' Forschung und publizierter politischer Soll-Interpretation besonders groß sein. Der Personenkreis, der sich die Beschäftigung mit der westdeutschen Historiographie zum Spezialgebiet erkoren hat, muß nicht unbedingt repräsentativ sein für das Urteil, das Historiker in der DDR über ihre westdeutschen Kollegen haben. Gerade die pauschale Zusammenfassung und Bewertung so verschiedenartiger Forschungsgebiete und Forscherpersönlichkeiten in politisch motivierten und ausgerichteten

53) Teresiak, Manfred: Die Friedrich-Ebert-Stiftung - Zentrum zur Verfälschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. In: BZG 6/69. S. 1014

54) Meier, Helmut: Die wichtigsten Institutionen. In: Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. S. 502

Darstellungen verweist darauf, daß es sich in erster Linie um ein politisches Problem handelt." 55)

Zusammenfassend kann man über den gegenwärtigen Forschungsstand in der DDR auf diesem dort hervorragenden Gebiet der Geschichtswissenschaft die Aussage treffen, daß die behandelte Phase der Geschichte der Arbeiterbewegung dort intensiv untersucht worden ist - davon zeugt die große Anzahl von Aufsätzen, Monographien, Gesamtdarstellungen und Biographien. Das Quellenfundament ist gerade in der DDR besonders umfangreich - vor allem im Zentralen Parteiarchiv im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED - und westlichen Historikern leider bisher nur selten zugänglich; allerdings werden häufig vorher auch im Westen unbekannte Quellen insbesondere in den einschlägigen Fachzeitschriften veröffentlicht, die aber immer nach den Grundsätzen der wissenschaftlichen Parteilichkeit ausgewählt und bearbeitet werden: nur die "klassenmäßigen" Fragen an die Quellen werden gestellt, tabuierte Fragen werden ausgespart.

Die Geschichtsschreibung der DDR - insbesondere die zur Arbeiterbewegung - steht in einem problematischen Spannungsverhältnis, das sich daraus ergibt, daß die Anforderungen der SED - ihre politische Aufgabenstellung für die Geschichtswissenschaft, die von der allgemeinen politischen Situation, aber durchaus auch der Tagespolitik bestimmt wird und oft kurzfristig Änderungen in der Geschichtsschreibung erfordert - ebenso weitreichend sind wie die weltanschaulichen Grenzen des Marxismus-Leninismus eng, denn "in der Verneinung des Rechts und der Möglichkeit aus unterschiedlichen Motivationen zu verschiedenen Resultaten im Hinblick auf den Sozialismus zu kommen, liegt der erste entscheidende Unterschied zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Ideologie. Im einen Fall ist die Ge-

55) Förtsch, Eckart: Geschichtswissenschaft. In: Produktivkraft Wissenschaft. a.a.O. S. 133

gesellschaft das Maß, die Person das Mittel und die Partei das Instrument, im anderen Fall ist die Person das Maß, die Partei das Mittel und die Gesellschaft der Handlungsrahmen." 56)

Der präsentistische Ansatz in der Beurteilung und die Fixierung auf damalige zeitgenössische Beobachtungen und Wertungen der "Klassiker des Marxismus-Leninismus" und ihrer angeblichen Epigonen stehen einer vorurteilsfreieren, sozialgeschichtlichen Forschung und Interpretation zur Arbeiterbewegung in der DDR und der Erfüllung der damit verbundenen Aufgabe entgegen, die Interdependenz zwischen gesellschaftlicher Veränderung und ideologischer Entwicklung aufzuzeigen.

Abschließend muß man insbesondere folgende Behauptungen der Historiographie der DDR registrieren, die nicht belegt und bewiesen sind und als offene Fragen Forschungsdesiderate darstellen: Die "Durchsetzung des Marxismus" und die Entwicklung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zu einer "revolutionären marxistischen" Partei im Jahr 1890 sind zentrale Prämissen der Parteientwicklung für Historiker der DDR - ohne irgendwelche Belege für diese Thesen; es bleibt unbeantwortet, auf welchem Wege, nach welchen Kriterien die Geschichtsschreibung der DDR zu diesen hypothetischen Annahmen gelangt. Für westliche Historiker - in Übereinstimmung mit damaligen zeitgenössischen Aussagen von sozialdemokratischen Parteiführern - steht hingegen fest, daß die dialektisch-kritische Sozial-

56) Lohmar, Ulrich: Sozialdemokratie - Kommunismus. Zur ideologischen Abgrenzung. Eine Auseinandersetzung mit den DDR-Autoren Arno Winkler, Günter Kalex, Harry Klug. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" v. 24.2.73. S. 4

theorie von Marx in viel zu starkem Maße grundsätzlicher Natur ist und sich nicht ohne weiteres als Parteilehre für Arbeiterparteien eignet und daß die Kenntnis der Marx'schen Schriften innerhalb der Sozialdemokratie auf die Führungsgruppen und die sozialistische Intelligenz beschränkt blieb.

Die These der Geschichtsschreibung der DDR, daß die Linken in der Vorkriegssozialdemokratie auf eine große Anzahl von Mitgliedern und Funktionären Einfluß errangen, ist ebenfalls nicht durch Forschungsergebnisse belegt - vor allem nicht durch lokal- und regionalgeschichtliche Resultate. Die Definition der "Arbeiteraristokratie" durch Historiker der DDR - die nicht über die Charakterisierung durch Lenin hinausgeht - ist einseitig und unzureichend, allerdings haben auch westliche Historiker dieses Problem noch nicht geklärt.

Man kann die allgemeine Feststellung treffen, daß wegen der Vernachlässigung der angemessenen Beschäftigung und Auseinandersetzung mit der reformistischen Praxis und auch dem Praktizismus durch die Geschichtsschreibung der DDR unvoreingenommener sachlicher Urteile gegenwärtig noch ausgeschlossen sind und unberechtigte Kategorien wie "Nurparlamentarismus", "Organisationsfetischismus" und "Nurgewerkschaftertum" deshalb immer noch die Grundlage für die einseitige Interpretation bilden.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1) Protokolle, stenographische Berichte, Materialsammlungen

Akten zur staatlichen Sozialpolitik in Deutschland 1890 - 1914. Hrsg. v. Rassow, Peter und Born, Karl Erich.

Wiesbaden 1959.

Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. II, 1,2: Die Auswirkungen der ersten Russischen Revolution von 1905-1907 auf Deutschland. Berlin 1954/56

Auer, Ignaz: Nach zehn Jahren. Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes. Nürnberg 1913

Barthel, Paul: Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse. Dresden 1916

Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905-1907 auf Deutschland. Hrsg. v. Prof. Dr. Leo Stern. 7 Bde. Berlin 1954 - 1961

Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1898-1903. Hrsg. v. sozialdemokratischen Parteivorstand. Berlin 1903

Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1907-1911. Hrsg. v. Vorstand der sozialdemokratischen Partei. Berlin 1911

Höhn, Reinhard: Die vaterlandslosen Gesellen. Der Sozialismus im Lichte der Geheimberichte der preußischen Polizei, 1878-1914. Bd. I (1878-1890). Opladen 1964

Internationaler Sozialisten-Kongreß:

Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiterkongresses zu Brüssel, 16.-22.8. 1891. Berlin 1891

Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in der Tonhalle Zürich, 6.-12.8.1893. Zürich 1894

Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses zu London, 27.7.-1.8. 1896. Berlin 1896

Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Paris, 23.-27.9.1900. Berlin 1900

Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Amsterdam, 14.-20.8. 1904. Berlin 1904

Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, 18.-24.8. 1907. Berlin 1907

Matthias, Erich, Pikart, Eberhard (Hrsg.): Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898-1918. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe. Bd. III/1 u. 2. Düsseldorf 1966

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Halle vom 12. - 18. Oktober 1890. Berlin 1890

Ebenso:

- Erfurt vom 14.-21.10.1891. Berlin 1891
- Berlin vom 14.-21.11.1892. Berlin 1892
- Köln vom 22.-28.10.1893. Berlin 1893
- Frankfurt vom 21.-27.10.1894. Berlin 1894
- Breslau vom 6.-12.10.1895. Berlin 1895
- Gotha vom 11.-16.10.1896. Berlin 1896
- Hamburg vom 3.-9.10.1897. Berlin 1897
- Stuttgart vom 3.-6.10.1898. Berlin 1898
- Hannover vom 9.-14.10.1899. Berlin 1899
- Mainz vom 17.-21.9.1900. Berlin 1900
- Lübeck vom 22.-28.9.1901. Berlin 1901
- München vom 14.-20.9.1902. Berlin 1902
- Dresden vom 13.-20.9.1903. Berlin 1903
- Bremen vom 18.-24.9.1904. Berlin 1904
- Jena vom 17.-23.9.1905. Berlin 1905
- Mannheim vom 23.-29.9.1906. Berlin 1906
- Essen vom 15.-21.9.1907. Berlin 1907
- Nürnberg vom 13.-19.9.1908. Berlin 1908
- Leipzig vom 12.-18.9.1909. Berlin 1909
- Magdeburg vom 18.-24.9.1910. Berlin 1910
- Jena vom 10.-16.9.1911. Berlin 1911
- Chemnitz vom 15.-21.9.1912. Berlin 1912
- Jena vom 14.-20.9.1913. Berlin 1913

Protokoll der Verhandlungen des fünften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten zu Köln vom 22.-27.5.1905

Schippel, Max: Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch. Berlin 1902

Schröder, Wilhelm: Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863-1909. München 1910

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des deutschen Reichstages 1890-1907

2) Zeitgenössische Schriften und Artikel sozialistischer Autoren

Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus. 9. Auflage. Stuttgart 1891

- Unsere wirtschaftliche und politische Lage. Rede, gehalten im Dezember 1892 in Zürich. Zürich 1893
- Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr! Stuttgart 1898
- Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien. Stuttgart 1900

Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Hrsg. v. Hillmann, Günther. Hamburg 1969

Bernstein, Eduard: Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich? Berlin 1901

- Der Revisionismus in der Sozialdemokratie. Amsterdam 1909
- Die Arbeiterbewegung. Frankfurt/M. 1910

Engels, Friedrich: (Antwort an die Redaktion der "Sächsischen Arbeiter-Zeitung"). In: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke. Hrsg. v. IML beim ZK der SED. Bd. XXII. Berlin 1963

- Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1898. In: Marx/Engels: Werke. Bd. XXII. Berlin 1963
- Kann Europa abrüsten? In: Marx/Engels: Werke. Bd. XXII. Berlin 1963
- Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. 6. Aufl. Stuttgart 1894

Kautsky, Karl: Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie. Stuttgart 1899

- Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik. Stuttgart 1899
- Sozialismus und Kolonialpolitik. Berlin 1907
- Der Weg zur Macht. Berlin 1909
- Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil. 10. Aufl. Stuttgart 1910
- Taktische Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie. Berlin 1911
- Der politische Massenstreik. Ein Beitrag zur Geschichte der Massenstreikdiskussion innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Berlin 1914

Legien, Carl: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Berlin 1901

- Der Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg-Altona. Darstellung der Ursachen und des Verlaufs des Streiks, sowie der Arbeits- und Lohnverhältnisse der im Hafenverkehr beschäftigten Arbeiter. Hamburg 1897

Lenin, W.I.: Was tun? Stuttgart 1902

- Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. Genf 1904
- Staat und Revolution. Berlin 1918
- Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung. Aus Schriften, Reden, Briefen. Berlin 1957
- Über die Lösung der vereinigten Staaten von Europa. In: Lenin. Ausgewählte Werke. Bd. I. Moskau 1946
- Das Militärprogramm der proletarischen Revolution. In: Lenin. Ausgewählte Werke. Bd. I. Moskau 1946
- Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß. Berlin 1967
- Werke. Hrsg. v. IML beim ZK der KPdSU. Bd. XV u. XXV. Berlin 1968
- Sozialismus und Krieg. In: Werke. Bd. XXI. Berlin 1968

Liebknecht, Karl: Ausgewählte Schriften. Bd. I. Hrsg. und eingeleitet v. Böhme, Helmut. Frankfurt/Wien 1969
Liebknecht contra Rüstungskapital. Karl Liebknechts Kampf gegen Krupp, Imperialismus und Kriegsgefahr 1913/1914. Ausgewählt, eingeleitet und mit Zwischentexten versehen v. Otto, Werner. Berlin 1961
Liebknecht, Wilhelm: Kein Kompromiß, kein Wahlbündnis. Berlin 1899

Luxemburg, Rosa: Sozialreform oder Revolution, In: Gesammelte Werke. Bd. III. Berlin 1923 - 28. S. 1-114
- Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Berlin 1913

Mehring, Franz: Eine Nachlese. In: Gesammelte Schriften. Bd. XIII: Philosophische Aufsätze. Berlin 1961
- Kant und Marx. In: Gesammelte Schriften. Be. XIII. Berlin 1961
- Nach dem Hamburger Ausstände. In: Mehring, Franz: Gesammelte Schriften. Bd. XIV. Berlin 1964
- Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Gesammelte Schriften. Bd. I und II. Berlin 1960

Flechanov, G.: Bernstein und der Materialismus. In: Neue Zeit vom 16. 2. 1897/98. S. 545-555

Vollmar, Georg von: Über die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Zwei Reden, gehalten am 1. Juni und 6. Juli 1891 im "Eldorado" zu München. München 1891
- Über Staatssozialismus. Nürnberg 1892
- Bauernfrage und Sozialdemokratie in Bayern (1895/96). Nürnberg 1896

3) Darstellungen aus der DDR

a) Bücher, Broschüren, Dissertationen

Bartel, Walter: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg. Berlin 1958
Bauer, Roland: Die II. Internationale (1889-1914). Berlin 1956

Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905-1907 auf Deutschland. Hrsg. v. Prof. Dr. Leo Stern. Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 2/I. Berlin 1955. Bd. 2/II Berlin 1956

Dornemann, Luise: Clara Zetkin. Ein Lebensbild. Berlin 1962

Engelberg, Ernst: Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878-1890. Berlin 1959
- Deutschland von 1871-1897. Lehrbuch der deutschen Geschichte. Berlin 1965

Fricke, Dieter: Der Ruhrbergarbeiterstreik von 1905. Berlin 1955

Fricke, Dieter: Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890-1914). Dokumente und Materialien. Leipzig 1962

- Bismarck's Iräterianer. Die Berliner politische Folizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1871-1898). Berlin 1962

Gemkow, Heinrich: Paul Singer. Ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung. Mit einer Auswahl aus seinen Reden und Schriften. Berlin 1957

- August Bebel. Leipzig 1969

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED. Bd. I - VIII. Berlin 1966

Griep, Günter: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (1890 - 1914). Berlin 1960

Haak, Ernst, Wunderlich, Hannes: Grundkurs zu Lenins Werk.

"Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus". Berlin 1971

Hennig, Günter: August Bebel. Todfeind des preußisch-deutschen Militärstaats. 1891-1899. Berlin 1963

Hesselbarth, Hellmut: Revolutionäre Sozialdemokraten, Opportunisten und die Bauern am Vorabend des Imperialismus. Berlin 1968

Höhle, Thomas: Franz Mehring. Sein Weg zum Marxismus. 1869-1891. Berlin 1956

Jerussalinski, A.S.: Die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts. Berlin 1954

Klein, Fritz: Deutschland von 1897/98 bis 1917. Deutschland in der Periode des Imperialismus bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Lehrbuch der deutschen Geschichte. Beiträge. Bd. IX. Berlin 1969

Kleines Politisches Wörterbuch. Berlin 1967

König, Erika: Vom Revisionismus zum "Demokratischen Sozialismus". Zur Kritik des ökonomischen Revisionismus in Deutschland. Berlin 1964

Kuczynski, Jürgen: Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse. Berlin 1957

- Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart. Bd. I. Zweiter Teil 1871-1932. Sechste, verbesserte Auflage. Berlin 1954.

- Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1873-1914. Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. XII. Berlin 1961

Liwogus, J.M., Stenkewitsch, S.A.: Abriß der Geschichte der I. und II. Internationale. Berlin 1960

Laschitzka, Annelies: Deutsche Linke im Kampf für eine demokratische Republik. Der Kampf der deutschen Linken für eine demokratische Republik und die Anwendung des politischen Massenstreiks in Deutschlands. Zur Entwicklung der deutschen Linken als politisch-ideologische Strömung in der deutschen Sozialdemokratie (1909/1910). Berlin 1969

Laschitzka, Annelies/Radczun, Günter: Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung. Frankfurt/M. 1971

Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung. Studien zur sozialistischen Bewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Hrsg. v. Bartel, Horst u.a. Berlin 1970

Neef, Helmut: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert. Berlin 1962

- Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert. Berlin 1964

Oeckel, Heinz: Volkswehr gegen Militarismus zur Milizfrage in der proletarischen Militärpolitik in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg. Berlin 1962

Oelßner, Fred: Rosa Luxemburg. Eine kritische biographische Skizze. Berlin 1951

Reisberg, Arnold: Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung. Berlin 1970

Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus. Hrsg. und eingeleitet von Derthold, Lothar und Diehl, Ernst. Berlin 1967

Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. I und II. Berlin 1969

Schäfers, Hans-Joachim: Zur sozialistischen Arbeiterbildung in Leipzig 1890-1914. Leipzig 1961

Schleifstein, Josef: Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen. 1891-1919. Berlin 1959

Schröder, Wolfgang: Klassenkämpfe und Gewerkschaftseinheit. Die Herausbildung und Konstituierung der gesamtnationalen deutschen Gewerkschaftsbewegung und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Berlin 1965

Schumacher, Horst/ Tych, Feliks: Julian Marchlewski - Karski. Eine Biographie. Berlin 1966

Seeber, Gustav: Die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung ihrer revolutionären Parlamentstaktik von 1867 bis 1893. Einführung in die originalgetreue Reproduktion des Buches "Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstag". Berlin 1966

Seidel, Jutta: Wilhelm Bracke. Vom Lassalleaner zum
Marxisten. Berlin 1966

Unbewältigte Vergangenheit. Handbuch zur Auseinandersetzung
mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung.
Hrsg. v. Lozek, Gerhard, Meier, Helmut, Schmidt, Walter,
Berthold, Werner. Berlin 1970

Wittwer, Walter: Streit um Schicksalsfragen. Die deutsche
Sozialdemokratie zu Krieg und Vaterlandsverteidigung 1907-
1914. Berlin 1964

Wohlgemuth, Heinz: Burgkrieg, nicht Burgfriede. Berlin
1963

- Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung von der Jahr-
hundertwende bis 1917. Berlin 1964

b) Aufsätze, Beiträge, Rezensionen

Adamy, Kurt: Aus August Bebels revolutionärer Parlamentsar-
beit. Zur Tätigkeit August Bebels in der VI. Kommission des
Reichstages zur Beratung der "Umsturzvorlage". In: BZG 2/
67. S. 248-257

Bartel, Horst : Wilhelm Liebknecht und das Erfurter Programm.
In: BZG 6/66. S. 974-995

- Die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbe-
wegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Probleme
der zweiten Hauptperiode der Geschichte der deutschen Ar-
beiterbewegung. In: ZfG 8/66. S. 1334-1371

- August Bebels Stellung zur Vaterlandsverteidigung. In: BZG
5-6/63. S. 846-860

- Um die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbei-
terbewegung. Neue Probleme und Forschungsergebnisse zur Ge-
schichte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert.
In: BZG 5/64. S. 859-870

Berthold, Lothar/ Gemkow, Heinrich: Das Erfurter Programm
und das Urteil der Geschichte. In: BZG 6/66. S. 963-973

Berthold, Lothar/ Diehl, Ernst/Fricke, Dieter/Viellard,
Hans: Über einige theoretische Probleme unserer Geschichts-
schreibung. In: BZG 3/63. S. 407-420

Berthold, Lothar: Über die Rolle der Geschichtswissenschaft
beim umfassenden Aufbau des Sozialismus. Zur Arbeit an der
dreibändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. In:
BZG 2/63. S. 195-212

- Über die Arbeit an der mehrbändigen Geschichte der deut-
schen Arbeiterbewegung. Bericht auf der 10. Tagung des ZK
der SED am 25. Juni 1965. In: BZG 5/65. S. 779-790

- Über die Arbeit an der achtbändigen "Geschichte der deut-
schen Arbeiterbewegung" und die Aufgaben der Geschichts-
wissenschaft nach dem Erscheinen des Geschichtswerkes. In:
BZG 2/67. S. 195-215

Berthold, Lothar: Zum Stand der Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung - unter Berücksichtigung der in der "BZG" geführten Diskussion zur Entwicklung der Strategie und Taktik der revolutionären deutschen Arbeiterpartei. In: BZG 5/64. S. 830-858

Die historischen Traditionen der DDR. In: ZfG 9/69. S. 1105-1107

Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR. In: Volksarmee. Beilage 1/69

Diehl, Ernst: Zum Kampf der KPD um die Einheitsfront der Arbeiterklasse. Neue Probleme und Forschungsergebnisse zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der vierten Hauptperiode. In: BZG 1/65. S. 3-13

Dittmar, Gerhard: Zur praktischen Landagitation der deutschen Sozialdemokratie unter den deutschen Kleinbauern in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts. In: BZG 6/68. S. 1091-1100

Engelberg, Ernst: Über Partei und Geschichtswissenschaft. Zum 70. Geburtstag von Walter Ulbricht. In: ZfG 4/63. S. 649-667

- Die Aufgaben der Historiker der DDR von 1964-1970. Pflichten und Rechte der Sektion Geschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften. In: ZfG 3/64. S. 388-402

Fricke, Dieter: Der Aufschwung der Massenkämpfe der deutschen Arbeiterklasse unter dem Einfluß der russischen Revolution von 1905. In: ZfG 4/57. S. 770-790

- (Rez.) : Reinhard Jansen: Georg von Vollmar. Eine politische Biographie. Düsseldorf 1958. In: ZfG 5/58. S. 1158-1165

- Der Kampf um die Herausbildung einer revolutionären marxistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse. Neue Probleme und Forschungsergebnisse zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der dritten Hauptperiode. In: BZG 5/64. S. 871-880

Gemkow, Heinrich: "Großbourgeois und musterhafter Sozialdemokrat". Paul Singer. In: BZG 1/69. S. 106-113

- August Bebel - Freund und Schüler von Marx und Engels. In: BZG 4/63. S. 632-646

"Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". Zum Erscheinen der achtbändigen Ausgabe. In: BZG 2/66. S. 195-208

Geyer, Karlheinz/Julier, Elmar: Bemerkungen zur Engels-Verfälschung im System der Angriffe auf den Marxismus-Leninismus in Westdeutschland. In: BZG 5/70. S. 788-798

Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. In: Einheit. Sonderheft August 62. S. 58-186 (Entwurf)

Herbig, Erna: Einige Bemerkungen zur Tätigkeit Rosa Luxemburgs als Referentin. In: BZG 5/69. S. 778-799

Hörnig, Hannes: Ein neuer Abschnitt in der Geschichtswissenschaft. Zur Bildung der Sektion Geschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. In: ZfG 3/64. S. 381-387

Irrlitz, Gerd: Bemerkungen über die Einheit politischer und theoretischer Wesenszüge des Zentrismus in der deutschen Sozialdemokratie. In: BZG 1/66. S. 43-59

Kuczynski, Jürgen: Ökonomische Basis und Zusammensetzung der Arbeiteraristokratie im Wandel eines Jahrhunderts. In: ZfG 2/54. S. 666-686

Laschitzka, Annelies/ Schumacher, Horst: Thesen über die Herausbildung und Entwicklung der deutschen Linken von der Jahrhundertwende bis zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund). In: BZG 1/65. S. 23-40

Laschitzka, Annelies: Der Imperialismus und die neuen Aufgaben der Partei der Arbeiterklasse. Grundprobleme, neue Fragestellungen und Forschungsergebnisse der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der dritten Hauptperiode. In: ZfG 8/66. S. 1372-1399

- Karl Kautsky und der Zentrismus. In: BZG 5/68. S. 798-832

Laschitzka, Annelies/ Radczun, Günter: Zum Wirken Rosa Luxemburgs in der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. In: BZG 2/71. S. 179-197

Malik, Dieter: Zur Bebelverfälschung in Westdeutschland. In: BZG 4/69. S. 675-688

Opitz, Waldtraut: Die Anwendung, Weiterentwicklung und Verteidigung der marxistischen Revolutionstheorie durch Friedrich Engels im letzten Jahrzehnt seines Lebens. In: BZG 5/70. S. 752-772

Peters, Evemarie: Opportunisten wider die Maitradition der Arbeiterklasse. In: BZG 6/69. S. 977-993

Plener, Ulla: Karl Kautskys Opportunismus in Organisationsfragen (1900 bis 1914). - Zur Entstehung des Zentrismus in der deutschen Sozialdemokratie. In: BZG 2/61. S. 349-370

Radczun, Günter: Einige Bemerkungen zu dem Rosa-Luxemburg-Bild von John Peter Nettl. In: BZG 1/69. S. 49-61

- Einige Probleme der Haltung Rosa Luxemburgs zur proletarischen Revolution. Zu Flechtheims Rosa-Luxemburg-Edition "Die russische Revolution". In: BZG 1/66. S. 9-22

- Zum Kampf Eduard Bernsteins gegen die marxistische Lehre vom Staat und von der proletarischen Revolution. In: BZG 3/66. S. 446-460

Raubaum, Jörg/Keller, Günter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterkonsumgenossenschaften bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. In: BZG 5/69. S. 826-839

Reisberg, Arnold: Zeitgenössische Urteile Lenins über die deutsche Sozialdemokratie vom Beginn unseres Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg (1900-1914). In: BZG 2/70. S.215-231

Rieck, Brigitte: Briefe über den Erfurter Parteitag. In: BZG 6/66. S. 996-1006

Schmidt, Walter: Zur historisch-politischen Konzeption des Heidelberger "Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte". In: BZG 4/67. S. 626-635

Seeber, Gustav: Lenin über die deutsche Arbeiterbewegung von 1871 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts. In: BZG 2/70. S. 191-214

Seidel, Jutta: Zu einigen Aspekten der proletarisch-internationalistischen Position der deutschen Sozialdemokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. In: BZG 5/70. S. 733-733

Stern, Leo: Lenin und der Kampf der zwei Klassenlinien in der deutschen Geschichte. In: BZG 2/70. S. 179-190

Streisand, Joachim: Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. In: ZfG 1-2/69. S. 33-51

Teresiak, Manfred: Die Friedrich-Ebert-Stiftung - Zentrum zur Verfälschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. In: BZG 6/69. S. 1008-1016

Tschistjakow, W.W.: Der Einfluß der russischen Revolution 1905-1907 auf die Entwicklung der Anschauungen Rosa Luxemburgs. In: BZG 4/68. S. 617-630

Wohlgemuth, Heinz: Zu den Thesen über die Herausbildung und die Entwicklung der deutschen Linken. In: BZG 6/65. S.1017-1024

Zimmermann, Fritz: Friedrich Engels' Hilfe für die deutsche Sozialdemokratie im Kampf gegen den Opportunismus in der Bauernfrage in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. In: BZG /Sonderheft 61. S. 167-187

4. Westliche Darstellungen

a) Bücher, Broschüren, Dissertationen

Abendroth, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse. Frankfurt/Main 1964
- Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. Frankfurt/Main 1968

August Bebel. Sein Leben in Dokumenten, Reden und Schriften.
Hrsg. v. Hirsch, Helmut. Köln/Berlin 1968

Baumgart, Winfried: Deutschland im Zeitalter des Imperialismus
(1890-1914). Grundkräfte, Thesen und Strukturen. Frankfurt/M./
Berlin/Wien 1972

Balser, Frolinde: Aufbruch zur Freiheit. 1863-1963. Wege zu
Mitverantwortung und sozialer Sicherheit. Hannover 1963

Beck, Reinhart: Die Geschichte der Weimarer Republik im Spiegel
der sowjetzonalen Geschichtsschreibung. Bonn/Berlin 1965

Besson, Waldemar: Friedrich Ebert. Verdienst und Grenze.
Göttingen 1963

Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale. Bd. I.
Hannover 1961

Conze, Werner: Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen
Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht. Köln/Opladen
1957

Conze, Werner / Groh, Dieter: Die Arbeiterbewegung in der natio-
nalen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und
nach der Reichsgründung. Stuttgart 1966

Die Massenstreikdebatte. Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl
Kautsky und Anton Pannekoek. Hrsg. und eingeleitet von Grunen-
berg, Antonia. Frankfurt 1970

Fülberth, Georg: Proletarische Partei und bürgerliche Literatur.
Auseinandersetzungen in der deutschen Sozialdemokratie der II.
Internationale über Möglichkeiten und Grenzen einer sozialisti-
schen Literaturpolitik. Collection alternative. Hrsg. v. Brenner,
Hildegard. Bd. IV. Neuwied/Berlin 1972

Gay, Peter: Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Eduard
Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx. Nürnberg 1954

Gilg, Peter: Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wil-
helminischen Deutschland. Eine ideengeschichtliche Studie zur
Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Wiesbaden 1965

Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
Ein Überblick. München 1970

Griewank, Karl: Der neuzeitliche Revolutionsbegriff. Entstehung
und Entwicklung. Frankfurt/M. 1969

Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt/M./Berlin/Wien 1973

Grützner, Günter: Die Pariser Kommune. Macht und Karriere einer politischen Legende. Die Auswirkungen auf das politische Denken in Deutschland. Köln/Opladen 1963

Haupt, Georges: Der Kongreß fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914. Wien 1967

Hirsch-Weber, Wolfgang: Gewerkschaften in der Politik. Von der Massenstreikdebatte zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht. Köln/Opladen 1959

Hofmann, Werner (unter Mitwirkung von Abendroth, Wolfgang): Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Berlin 1968

Höhn, Reinhard: Sozialismus und Heer. Bd. II: Die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Moltkeschen Heer (1871-1878). Bd. III: Der Kampf des Heeres gegen die Sozialdemokratie. Bad Homburg v. d. H./Berlin/Zürich 1959-1969

Imperialismus. Hrsg. v. Wehler, Hans-Ulrich. Köln/Berlin 1970

Jansen, Reinhard: Georg von Vollmar. Eine politische Biographie. Hrsg. v. d. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Düsseldorf 1958

Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971

Kettenbach, Hans Werner: Lenins Theorie des Imperialismus. Teil I: Grundlagen und Voraussetzungen. Köln 1965

Klinik, Dieter: Vom Antikapitalismus zur sozialistischen Marktwirtschaft. Die Entwicklung der ordnungspolitischen Konzeption der SPD von Erfurt (1891) bis Bad Godesberg (1959) Hannover 1965

Koch, Max Jürgen: Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II. (1889 - 1914). Düsseldorf 1954

Kotowsky, Georg: Friedrich Ebert. Eine politische Biographie. Bd. I: Der Aufstieg eines deutschen Arbeiterführers 1871 - 1917. Wiesbaden 1963

Labusch, Lothar Franz: Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zur "konstitutionellen Oppositionspartei" 1890 - 1914. Göttingen 1956 (Diss.)

Lades, Hans: Von Trier bis Wien. Beobachtungen zur Historiographie in Mitteldeutschland. Berlin 1965

Lehmann, Hans Georg: Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der Deutschen und Internationalen Sozialdemokratie. Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus. Tübingen 1970

Lösche, Peter: Der Bolschewismus im Urteil der Deutschen Sozialdemokratie 1903 - 1920. Mit einem Vorwort von Kotowsky, Georg. Berlin 1967

Marko, Kurt: Sowjethistoriker zwischen Ideologie und Wissenschaft. Aspekte der sowjetrussischen Wissenschaftspolitik seit Stalins Tod. 1953 - 1963. Köln 1964

Mayer, Gustav: Friedrich Engels. Eine Biographie. Bd. II: Engels und der Aufstieg der Arbeiterbewegung in Europa. Haag 1934

Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Leipzig 1925

Miller, Susanne: Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismusstreit. Frankfurt/M. 1964

Mitrany, David: Marxismus und Bauerntum. München 1956

Nettl, Peter: Rosa Luxemburg. Köln/Berlin 1967

Nipperdey, Thomas: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. Düsseldorf 1961

Nollau, Günther: Die Internationale. Wurzeln und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus. Köln/Berlin 1959

Osterroth, Franz: Biographisches Lexikon des Sozialismus. Bd. I: Verstorbene Persönlichkeiten. Hannover 1960

Puhle, Hans-Jürgen: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich (1893-1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei. Hannover 1966

Riese, Werner: Historiographie in der DDR. Ein Zwischenbericht für die Zeit vom XI. Internationalen Historikerkongreß (1960) bis zum Jahre 1964. Erlangen 1964 (Ms.)

Rikli, Erika: Der Revisionismus. Ein Revisionsversuch der deutschen marxistischen Theorie (1890-1914). Zürich 1936

Ritter, Gerhard A.: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890-1900. Berlin 1959

Rosenberg, Arthur: Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre. Frankfurt/M. 1962

Schröder, Hans-Christoph: Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der "Weltpolitik" vor 1914. Teil I. Hannover 1968

Steinberg, Hans-Josef: Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem I. Weltkrieg. Hannover 1967

Timm, Albrecht: Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands seit 1945. Bonn/Berlin 1965

Varain, Hans Josef: Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890-1920). Düsseldorf 1956

Wachenheim, Hedwig: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914. Köln/Opladen 1967

Waldschmidt, Hans-Jürgen: Lenin und Kautsky - Verschiedene Wege der Weiterentwicklung des Marxismus. Würzburg 1966 (Diss.)

Weber, Hermann: Ulbricht fälscht Geschichte. Ein Kommentar mit Dokumenten zum "Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". Köln 1964
- Lenin in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek bei Hamburg 1970

Weller, Hans-Ulrich: Sozialdemokratie und Nationalstaat. Die deutsche Sozialdemokratie und die Nationalitätenfragen in Deutschland von Karl Marx bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Würzburg 1962

Winkler, Manfred: Rosa Luxemburg und der "Luxemburgismus". Zum Verhältnis von Politik und Geschichte in der DDR. Erlangen-Nürnberg 1965 (Diss.)

Wolfe, Bertram D.: Marx und die Marxisten. Hundert Jahre Theorie und Praxis einer Doktrin. Frankfurt/M. /Berlin 1968

b) Aufsätze, Beiträge

Anweiler, Oskar: Die russische Revolution von 1905. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. Hrsg. v. Koch, Hans. N.F. Bd. III. 1955

Förtsch, Eckart: Geschichtswissenschaft. In: Produktivkraft Wissenschaft. Sozialistische Sozialwissenschaften in der DDR. Hrsg. v. Lades, Hans und Burrichter, Clemens. Hamburg 1970. S. 93-136

Geyer, Dietrich: Lenin und der deutsche Sozialismus. In: Deutsch-Russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart. Hrsg. v. Markert, Werner. Stuttgart 1964. S. 80-96

Gneuss, Christian: Um den Einklang von Theorie und Praxis. Eduard Bernstein und der Revisionismus. In: Marxismus-Studien. Zweite Folge. Tübingen 1957

Hofer, Walter: Geschichtsschreibung als Instrument totalitärer Politik. In: Wissenschaft im totalen Staat. Hrsg. v. Hofer, Walter. München 1964

Jocsa, Jürgen: Industrielles Management. Konzeptionen und Modelle vor 1914. In: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Bd. 56, 1969

Lohmar, Ulrich: Sozialdemokratie - Kommunismus. Zur ideologischen Abgrenzung. Eine Auseinandersetzung mit den DDK-Autoren Arno Winkler, Günter Kalex, Harry Klug. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" v. 24.2.73

Lösche, Peter: Arbeiterbewegung und Wilhelminismus. Sozialdemokratie zwischen Anpassung und Spaltung. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. 20. Jg. 1969

Matthias, Erich: Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg. In: Marxismusstudien. Zweite Folge. Tübingen 1957

Michels, Robert: Die deutsche Sozialdemokratie, Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung. In: Archiv für Sozialwissenschaft. Bd. XXIII. 1906

Miller, Susanne: Zum dritten August 1914. In: Archiv für Sozialgeschichte. Hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bd. IV. Hannover 1964

Ritter, Gerhard A.: Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands 1863-1914. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" vom 22. 5. 1963. S. 3-26

Schmidt, Gustav: Innenpolitische Blockbildung am Vorabend des Ersten Weltkrieges. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" vom 13.5.1972

Schulz, Wilhelm: Geschichtswissenschaft. In: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Bd. II. Freiburg/ Basel/ Wien 1968

Stuke, Horst: Luxemburg. In: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Bd. IV. Freiburg/Basel/Wien 1971

Weber, Hermann: Die SED und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. In: Neue Politische Literatur. 12. Jg. 1967 H. 4. S. 449-462

Weber, Hermann (Rez.): Zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. In: Archiv für Sozialgeschichte. Hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bd. XII. 1972. S. 535-544

L e b e n s l a u f

Ich, Wilfried, Erwin Kalk wurde am 13. Mai 1946 in Soltau geboren. Meine Eltern sind der Architekt und Zimmermeister Erwin Kalk und seine Ehefrau Frieda Kalk, geb. Gartmann; meine Mutter starb am 7. September 1960.

Nach dem Besuch der Volksschule trat ich in das Gymnasium Soltau ein, an dem ich am 22. Februar 1966 die Reifeprüfung ablegte. Anschließend war ich zwei Jahre lang Soldat der Bundeswehr. Im Sommersemester 1968 begann ich dann an der Philosophischen Fakultät der Universität Würzburg das Studium der Fächer Geschichte, Osteuropäische Geschichte, Politische Wissenschaft, Germanistik und Staatswissenschaften; seit dem Wintersemester 1968/69 studiere ich an der Universität Erlangen/Nürnberg. Ich hörte Vorlesungen und besuchte Seminare bei den Professoren Beyschlag, Diwald, Fülleborn, Goez, Höß, Kuchinke, Lades, Lenk, Morsey, Rohde, Ruffmann, Schoeps und Zimmermann. Mein Hauptinteresse richtete sich auf das Fach Geschichte; und unter der Anleitung von Prof. Dr. Lades fertigte ich die Dissertation mit dem Thema "Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1890 bis 1914 im Spiegel der Historiographie der DDR" an.

